

NEUE ZEIT

APRIL 1980

17

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 805

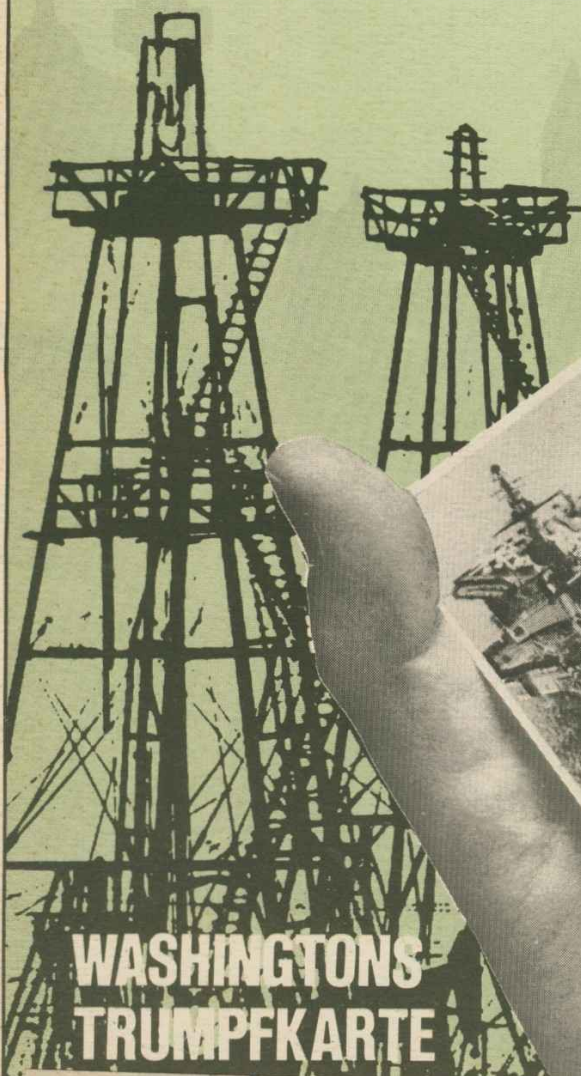


WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

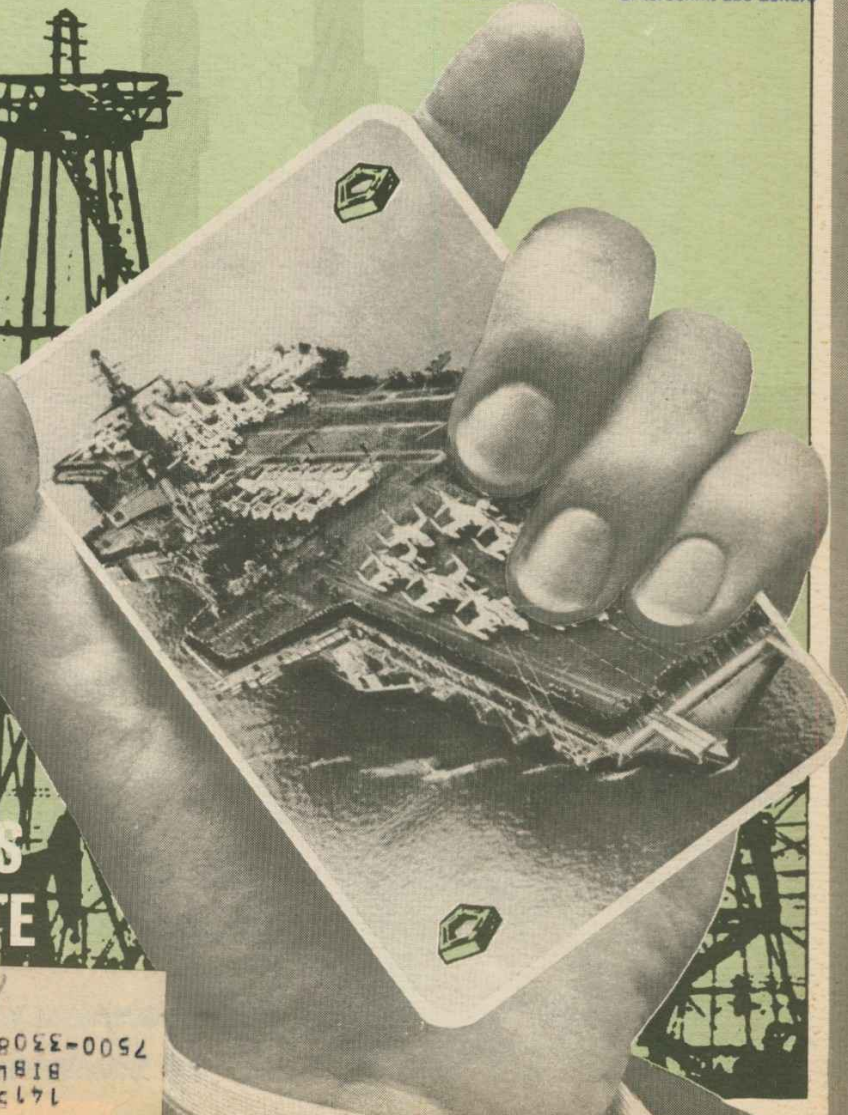
Abgeschriben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters



**WASHINGTONS
TRUMPFKARTE**



14759-17 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308
BELS-13-14
STB



SOWJETUNION IM BILD

Das ist kein abstraktes Bild, sondern ein Herzschlag auf dem Bildschirm eines Ultraschallgeräts. Es gibt wohl kein perfekteres Organ als das Herz, nicht nur die ständig wirkende „Pumpe“, sondern auch eine Energiequelle. Dabei ist das Herz in unserem hektischen Zeitalter am meisten gefährdet. Es ist ein soziales und staatliches Problem, die Risikofaktoren zu vermindern, das Herz vor Erkrankungen zu schützen.

Die sozialhygienischen Maßnahmen in der UdSSR zeugen von der Zuverlässigkeit der Prophylaxe bei Herz- und Gefäßkrankheiten und die wachsende Anzahl der Menschen, die z. B. nach einem Herzinfarkt wieder arbeitsfähig sind, von der Möglichkeit, auch die schwersten

Der Monitor empfängt die Herzsignale



Erkrankungen zu bewältigen. Führend in der UdSSR ist dabei das Kardiologische Unions-Forschungszentrum, das im Dezember 1975 in Moskau gegründet wurde. Demnächst sollen die Kardiologen einen neuen Gebäudetrakt erhalten, aus Mitteln aufgeführt, die bei einem Subbotnik erwirtschaftet wurden.

Im Kardiologischen Zentrum werden Patienten behandelt und untersucht, zugleich aber auch Forschungen im Bereich der wissenschaftlichen und vorbeugenden Kardiologie durchgeführt. Praktische Ärzte und Wissenschaftler arbeiten hier Hand in Hand an neuen Behandlungs- und Diagnosemethoden, an neuen Medikamenten.

Das Zentrum koordiniert die einschlägigen Forschungen und den kardiologischen Dienst in der UdSSR. In mehreren Großstädten bestehen eigene kardiologische Zentren. Eine aktive Arbeit wird im RGW-Rahmen geleistet sowie die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus vielen kapitalistischen und Entwicklungsländern erweitert.



Dr. med. habil. B. Sidorenko und Dr. T. Kulikowa bei der Visite.

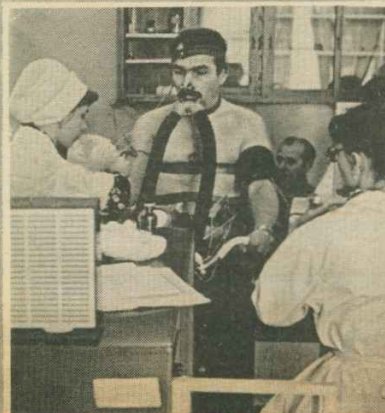
Therapeutische Intensivstation



Dr. med. Borssuk, Chefarzt des Instituts für Kardiologie



Im Kabinett für Angiokoronarographie



Rehabilitation nach überstandenem Herzinfarkt

Fotos: A. Motschalov

HISTORISCHE MISSION

Seit Jahresanfang ist der Aktienkurs der größten Auftragnehmer des USA-Verteidigungsministeriums um 15—20% gestiegen. Erklärt wird das erstens damit, daß die USA-Administration die Stationierung neuer strategischer Waffen in mehreren westeuropäischen Ländern vereinbart und der Militärhaushalt der USA die schwindelerregende Summe von mehr als 160 Md. Dollar im Jahr erreicht hat; zweitens damit, daß die massierten USA-Aktionen am Persischen Golf sich auf das Rüstungsgeschäft günstig auswirken. Es steht überhaupt seit langem fest: Je größer die internationalen Spannungen, desto besser sind die Rüstungsmobile dran.

Für den Militär-Industrie-Komplex der USA beginnen die 80er Jahre also vielversprechend. Aber was den Rüstungsfabrikanten Profite bringt, ist für die Völker der Erde absolut unannehmbar. Man will sie in die Zeiten des kalten Krieges, in die 50er Jahre, zurückversetzen. Doch schon die Alten sagten, daß man nicht zweimal in ein und denselben Fluß steigen kann. In unserem dynamischen Zeitalter sind die Bestände an Massenvernichtungsmitteln nicht einmal mit den Waffenarsenalen aus der Zeit vor 20 Jahren zu vergleichen. Wohin treiben die Handlanger des Pentagon die Menschheit?

Wie gefährlich ihre Ziele sind, beweist das Verlogene ihrer Argumente. Werden supermoderne Kriegsschiffe im Persischen Golf konzentriert, so berufen sie sich auf die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan. Werden in Pakistan amerikanisch-chinesische Ausbildungszentren für Diversanten und Killer aufgezogen, so verweisen sie auf erdachte Nachrichten über ebenfalls erdachte Militäroperationen. Mit dem Gerede von den afghanischen Ereignissen will man die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß den Palästinensern, die unter der Okkupation der Israelis leben, die Schlinge am Hals zugezogen wird. Wer wüßte denn nicht, daß die Revolution in Afghanistan, die Vertreibung der USA-Agenten aus Iran und die Okkupation arabischer Gebiete lange vor der sowjetischen Militärhilfe für Kabul da waren? Nimmt ein politisch Unerfahrener dem Aggressor die falschen Argumente ab, so ist es zwar bitter, aber bis zu einem gewissen Grad verständlich. Gehen aber Menschen, die als Politiker gelten wollen, frei-

willig ins Garn, so läßt sich das weder verstehen noch entschuldigen.

Europa, dem Kontinent, der von der Entspannung am meisten profitiert hat, droht erneut die Gefahr, ein Schlachtfeld zu werden. Es ist ja Tatsache: Indem Washington und die NATO mitten in den Abrüstungsverhandlungen den Beschluß über die Stationierung neuer Raketen faßten, zwangen sie die westeuropäischen Völker zu einer wahnwitzigen Arbeit, ungefähr so, als würde man einen Ackerbauern dazu nötigen, vor dem Pflügen Steine auf seine Scholle zu tragen.

Vor einiger Zeit unterbreiteten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die regierende Partei eines sozialistischen Staates, und die Französische Kommunistische Partei, eine der größten und einflußreichsten Arbeiterorganisationen in der kapitalistischen Welt, den Vorschlag, ein Treffen von Vertretern der kommunistischen Parteien Europas für Frieden und Abrüstung durchzuführen. Der Sinn eines solchen Treffens ist klar. Wie Herbert Mies, der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, mit Recht sagt, müssen alle fortschrittlichen Menschen der Erde, in erster Linie die Kommunisten, ihre Zusammenarbeit verstärken und ihre tätige Solidarität ohne alle Wenn und Aber zum Wohle der gemeinsamen Interessen bekunden, falls die Reaktionäre aller Länder, denen sich die Pekinger Chauvinisten anschließen, zur „Solidarität mit den USA“ auffordern.

Die Stärke der Kommunisten liegt nicht nur und nicht so sehr in ihrer Zahl als vielmehr in den engen Verbindungen mit den breiten Massen, in der ehrlichen Zusammenarbeit mit der friedliebenden Öffentlichkeit. Heutzutage ist das nicht wenig. Selbst die „U.S. News & World Report“, ein Sprachrohr der imperialistischen Propaganda, muß zugeben, daß der Plan, eine antisowjetische Front mit den USA an der Spitze aufzuziehen „mehr Seifenblasen als Funken produziert“.

Um in diesem Bilde zu bleiben: Wir wollen uns merken, daß es Funken sehr wohl gibt. Mehr noch, es gibt auch das Pulverfaß der imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Mit vereinten Kräften kann die fortschrittliche Menschheit diese unheilvollen Funken eines möglichen großen Brandes austreten. Was die UdSSR angeht, so verstehen, wie Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, beim Festakt in Moskau am Vorabend des 110. Geburtstages Lenins sagte, die Völker und selbst die herrschenden Kreise einiger Länder immer besser, daß die Politik der Sowjetunion eine Politik des Friedens ist, daß die UdSSR den Krieg nicht braucht und daß ihre Bürger nicht nach Krieg streben. Wir haben anderes zu tun: Wir müssen die historische Mission des Sozialismus — die Erhaltung des Friedens — in vollem Umfang erfüllen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 17 APRIL 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Historische Mission	1
B. Wesnin — Ein Drittes gib's nicht!	5
B. Assojan — Simbabwe. Start ins neue Leben	6
W. Kusnezow — Debatten in Genf	8
E. Kowaljow — Portugal. Vor entscheidenden Schlachten	10
B. Petruk — Liberia. Lange herangereift	12
D. Wolski — Antifranzösische Hysterie	13
W. Smirnow — Moskau empfangsbereit (Interview)	14
W. Wjasow — Vereinigtes Königreich. Sackgasse Nordirland	14
A. Semjonow — Ruf aus Tripolis	15
Notizen ♦ Glossen	16
V. Sidenko — Zwei Jahre afghanische Revolution	18
J. Procházka — Flieder für die Helden	25
J. Botschkarjow — RSA. Rassenpack schlägt sich	26
J. Gudkow — USA. Silber-Bluff	26
N. Alexejew — Philippinen. Zeitungsente	28
A. Braginski — Mit dem Strom und dagegen	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der seit dem zweiten Weltkrieg größte Aufmarsch der US-Kriegsmarine am Persischen Golf — so sieht die Drohpolitik Washingtons, die Carter-Doktrin in Aktion, aus.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Das Sowjetvolk, die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder, die gesamte progressive Menschheit begingen feierlich den 110. Geburtstag Lenins, des großen Denkers, leidenschaftlichen Revolutionärs, des Gründers der Kommunistischen Partei und des ersten sozialistischen Staates der Welt, des Führers des Weltproletariats. In Moskau, im Kongreßpalast des Kreml, fand eine Festsitzung statt. Den Vortrag „Die große Lebenskraft des Leninismus“ hielt Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU.

Vom 15. bis 17. April fand in Moskau die internationale wissenschaftliche Konferenz „Der Marxismus-Leninismus und die heutige Epoche“ statt, die dem 110. Geburtstag Lenins gewidmet war. An der Konferenz nahmen sowjetische Wissenschaftler, Persönlichkeiten der KPdSU und der sowjetischen Öffentlichkeit sowie Vertreter von 38 kommunistischen und Arbeiterparteien des Auslands teil.

Am 21. April war der 35. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Polen. Aus diesem Anlaß richteten Leonid Breschnew und Alexej Kossygin an das ZK der PVAP, den Staatsrat und den Ministerrat der VR Polen, an das polnische Brudervolk eine Botschaft mit Gratulationen und den besten Wünschen. Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PVAP, Henryk Jablonski, Vorsitzender des Staatsrates, und Edward Babiuch, Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen, sandten ein Grußschreiben mit herzlichen Wünschen an das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, an den Ministerrat der UdSSR und an das Sowjetvolk.

Am 18. April begannen in Polen Tage der sowjetischen Kultur. An ihnen nehmen mehr als 700 sowjetische Kulturschaffende teil, darunter so berühmte Ensembles wie das Ballett des Bolschoi-Theaters, das Leningrader Große Gorki-Schauspielhaus und das Sinfonieorchester der Litauischen SSR. Zur Eröffnung der Tage trafen Michail Simjanin, Sekretär des ZK der KPdSU, und Wassili Schaurow, Leiter der Abteilung Kultur des ZK der KPdSU, in Warschau ein.

Am 17. April beging das Volk Kampuchas seinen Nationalfeiertag. Vor fünf Jahren hatten die patriotischen Kräfte im Kampf gegen die US-Aggressoren und die einheimische Reaktion den Sieg errungen. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an Heng Samrin, den Vorsitzenden des Revolutionären Volks-



Moskau, Kreml. Das Präsidium der Festsitzung anlässlich des 110. Geburtstags des großen Lenin

Foto: TASS

rates Kampucheas und Vorsitzenden des ZK der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampucheas, eine Grußbotschaft: „Die Sowjetunion will, geleitet von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auch in Zukunft die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft zwischen unseren Ländern im Interesse des sowjetischen und des kampucheanischen Volkes, für Frieden, Demokratie und Sozialismus allseitig festigen.“

Am 18. April um Mitternacht wurde in Salisbury die Unabhängigkeit Simbawes verkündet. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Präsidenten der Republik Simbabwe, Canaan Banana, und an den Premierminister, Robert Mugabe, eine Grußbotschaft: „Die Sowjetunion erklärt feierlich, daß sie die Republik Simbabwe als souveränen unabhängigen Staat anerkennt, und ist bereit, mit ihr diplomatische Beziehungen aufzunehmen und diplomatische Vertretungen auf Botschafterebene auszutauschen.“ Die Sowjetunion war bei der Feier durch eine Staatsdelegation unter Scharaf Raschidow, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, vertreten.

Am 17. April beging das syrische Volk seinen Nationalfeiertag — den 34. Jahrestag des Abzugs der ausländischen Truppen. Leonid Breschnew richtete aus diesem Anlaß eine Grußbotschaft an Hafis al-Assad, Generalsekretär der Partei der Arabischen Sozialistischen Wie-

dergeburt und Präsidenten der Syrischen Arabischen Republik. Alexej Kossygin sandte eine Grußbotschaft an Abdel Rauf Kasm, den Vorsitzenden des Ministerrats der SAR.

Am 20. April ging der offizielle Besuch einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Eduard Schewardnadse, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR, in Brasilien zu Ende. Die Delegation übergab dem Präsidenten Brasiliens, João Figueiredo, eine Botschaft Leonid Breschnews sowie die Einladung zu einem Besuch der Sowjetunion. Die Einladung wurde angenommen.

20 Jahre sind seit der Gründung der Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) vergangen, die entschieden gegen die Okkupation durch die Rassisten, für ein unabhängiges, demokratisches und einheitliches Namibia kämpft. Das ZK der KPdSU gratulierte dem Nationalen Exekutivkomitee der SWAPO zu diesem denkwürdigen Ereignis. „Im Jahr des 110. Geburtstags des großen Lenin bekräftigen die Kommunisten und alle sowjetischen Menschen ihre feste Solidarität mit den namibischen Patrioten. Wir verleihen unserer Überzeugung Ausdruck, daß die gerechte Sache der SWAPO siegen wird. Das Volk Namibias wird frei sein!“

Das ZK der KPdSU gratulierte dem Ersten Sekretär des ZK der KP Boliviens, Jorge Kalle, zu seinem 50. Geburtstag.

Am 19. April fand in Köln ein Wahlkongreß der DKP statt. An ihm nahmen die kommunistischen Kandidaten für die Bundestagswahlen vom 5. Oktober teil. Als Sprecher trat der DKP-Vorsitzende Herbert Mies auf. Die Delegierten nahmen einen Appell an die bundesdeutsche Öffentlichkeit „Dauerhaften Frieden sichern, das Wettrüsten beenden!“ an.

Vom 16. bis 18. April stattete Günter Mittag, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, der BRD einen Besuch ab. Er führte in Bonn Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Am 17. April wurden in Kabul die Thesen des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans zum zweiten Jahrestag der Aprilrevolution veröffentlicht (siehe S. 18).

Am 21. April traf Todor Shiwkow, der Erste Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzende des Staatsrates der VR Bulgariens, auf Einladung der Führung der Syrischen Arabischen Republik zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Damaskus ein.

Am 20. April nahm das Plenum des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) seine Beratungen in Aden auf. Das ZK erörterte die Frage des Rücktritts des Generalsekretärs des ZK der JSP und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrates, Abdel Fattah Ismail, von seinen Ämtern, worum er wegen seines Gesundheitszustandes gebeten hatte. Das ZK kam der Bitte A. F. Ismails nach. Zugleich beschloß das ZK, in einer Bewertung der Rolle A. F. Ismails, ihn zum Vorsitzenden der Partei zu ernennen. Das ZK der JSP wählte Ali Nasser Muhammed zum Generalsekretär des ZK der JSP und beauf-

tragte ihn, als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ bis zur Einberufung der Tagung der Obersten Volksvertretung im Amt zu bleiben, wobei er weiterhin Vorsitzender des Ministerrats der VDRJ ist.

Fidel Castro, Vorsitzender der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, richtete Botschaften an die führenden Politiker der Länder Südostasiens und des Nahen Ostens. In den Botschaften wird die Initiative des guten Willens Kubas dargelegt, um zur Suche nach einer politischen Regelung der in Südwestasien entstandenen Situation beizutragen.



„Der Leninismus in der Gegenwart“ — zu diesem Thema veranstaltete die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Berlin eine wissenschaftliche Konferenz zum 110. Geburtstag Lenins. Unser Bild: Während der Konferenz

Foto: ADN—TASS

Am 15. April wurde in Tripolis die Gipfelkonferenz der Panarabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes abgeschlossen (siehe S. 15).

Der UNO-Sicherheitsrat erörtert die Aggressionsakte Israels gegen Libanon. Am 8. April waren motorisierte Verbände und Panzereinheiten Israels in Südlibanon eingedrungen. Am 18. April verübten die von Israel unterstützten christlichen Rechtsmilizen des Verräters Haddad ein entsetzliches Verbrechen an Soldaten der UNO-Interimstruppe. Im Raum Bint-Jbeil überfiel ein Haddad-Trupp einen UNO-Konvoi, der Grenzposten mit Lebensmitteln versorgen sollte. Die Wache wurde ergriffen und entwaffnet. Dann wurden zwei irische Soldaten erschossen und ein weiterer schwer verletzt.

Washington verstärkt weiterhin seine Wirtschaftsrepressalien gegen den Iran. Zusätzlich zu dem Exportembargo amerikanischer Waren wurde jeglicher Import der USA aus dem Iran verboten. Zugleich droht Carter mit dem Einsatz militärischer Gewalt gegen den Iran (siehe S. 13).

Am 21. April wurde in Lagos eine Tagung des Ministerrats der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) eröffnet. Sie befaßt sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Afrika und soll die Tagesordnung für die Gipfelkonferenz der OAU-Länder am 28. und 29. April vorbereiten.

In Liberia wurde als höchstes Machtkörper der Volksrat der Rettung gebildet. Sein Vorsitzender wurde Staatschef und Ministerpräsident Samuel Doe (siehe S. 12).

Am 20. April wurde der Regierung Italiens unter dem Christdemokraten Francesco Cossiga in der Abgeordnetenkammer mit 335 gegen 271 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. In der Opposition bleiben die Kommunisten, die linken Unabhängigen, die Sozialdemokraten und die Abgeordneten einiger anderer Parteien.

Am 21. April wurde in Luxemburg eine Tagung des EG-Ministerrats auf Außenministerebene eröffnet. Es geht dabei um Fragen, die sich aus der Forderung der Carter-Administration ergeben, Westeuropa solle sich den US-Wirtschaftssanktionen gegen den Iran anschließen. Die US-Administration übt stärksten Druck auf die EG aus und verlangt die volle Unterstützung ihrer antiiranischen Maßnahmen.

Am 15. April begannen Luftwaffenmanöver der NATO, die fast den gesamten Luftraum Westeuropas erfassen. An den Manövern nehmen mehr als 500 Flugzeuge aus NATO-Ländern teil.



Demonstrationen unter der Losung der Einheit des iranischen Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus fanden kürzlich in vielen Städten des Iran statt. Die Demonstranten verurteilten die Wirtschaftsblockade und die militärischen Drohungen der Carter-Administration. Unser Bild: Teilnehmer einer Demonstration in Teheran.

Foto: AP—TASS

Ich bin ein Freund Ihres Landes und weiß, daß der Weg zum Sozialismus nicht leicht war. Ich war oft in der UdSSR und lese sowjetische Literatur. Aber auch antisowjetisches Geschreibsel kenne ich. Wenn schon, dagegen bin ich immun. Lügen können mich nicht irremachen. Ich glaube aufrichtig an die Richtigkeit der sowjetischen Außenpolitik.

Adolf MOLNAR
Espoo, Finnland

Präsident Carter wirft der Sowjetunion völlig grundlos Aggressivität vor. Gerade der USA-Imperialismus unterhält ja in der ganzen Welt 2500 Stützpunkte und andere militärische Objekte. Die USA rüsten Israel gegen die Araber aus. Washington stellt eine „Eingreifstruppe“ zur Intervention in jedem Land auf, das sich den Vereinigten Staaten nicht fügen will. Carter gibt sich als Verteidiger der Moslems, während sich die CIA in Afghanistan einmischte. Was für eine Schau hat Brzezinski an der pakistanisch-afghanischen Grenze für die afghanischen Banden abgezogen!

Alejandro NUÑEZ ARIAS
Havanna, Kuba

Der Imperialismus möchte, wo immer möglich, reaktionäre Marionettenregimes einsetzen, damit willfähige Machthaber den Monopolen fremde Naturreichtümer plündern helfen. So wurde mit Hilfe des amerikahörigen Schahs das iranische Volk bestohlen.

A. BELJAKOW
Kasan, Tatarische ASSR

Die USA-Administration bemüht sich redlich, möglichst viele Staaten von der Teilnahme an der Moskauer Olympiade abzuhalten. Wir Afrikaner kämpfen für die Souveränität unserer Länder und wahren unsere nationale Würde. Das Weiße Haus soll wissen, daß jedes afrikanische Land das Recht hat, über seine Olympiateilnahme selbst zu entscheiden. Washingtons augenblickliche Antiolympiakampagne empört jeden, der an den Idealen der olympischen Bewegung festhält.

Tejera MAMO
Dresden, DDR

EIN DRITTES GIBT'S NICHT!

(Zum Pariser Treffen der Kommunisten Europas)

Boris WESNIN

Die revolutionäre Arbeiterbewegung hat viele gute Traditionen. Doch unter ihnen gibt es eine, die gut zu nennen wenig wäre. Zu wenig, weil es die Haupttradition ist, in der sich der ganze Humanismus der proletarischen Ideale manifestiert — die unsterbliche Tradition des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse für den Frieden, gegen Raub- und Unterdrückungskriege.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeugt unwiderleglich von der Vitalität dieser Tradition. Bereits die I. Internationale hatte in ihrem ersten politischen Dokument die Arbeiterklasse aufgerufen, in die Weltpolitik einzugreifen und eine eigene Außenpolitik — eine Politik der Völkerfreundschaft und des Friedens — zu erarbeiten. Eben dieser Frage widmete auch die II. Internationale, die sich insbesondere eingehend mit dem Kampf gegen die Weltkriege befaßte, große Aufmerksamkeit.

Die Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung suchten von Anfang an den Kampf gegen den Krieg zu stören, ihn zu vereiteln und zu kompromittieren. So sei daran erinnert, daß die Bourgeoisie und mit ihr zusammen auch rechte Kreise der Sozialdemokratie nach Annahme der Antikriegsresolutionen des Stuttgarter und später des Baseler Kongresses der II. Internationale diese Beschlüsse scharf kritisierten. Der Aufruf, gegen die Entfesselung eines Weltkrieges zu kämpfen, wurde für sektiererisch erklärt. Insbesondere hieß es, eine solche Aktion seitens „allein der Arbeiterbewegung“ könne andere Kräfte, die gleichfalls fähig sind, gegen den Krieg zu kämpfen — z. B. pazifistische Kreise der Bourgeoisie —, gegen diese aufbringen, und das werde folglich nicht den Friedenskampf fördern, sondern ihm Abbruch tun.

Rechtsopportunistische Autoren derartiger kritischer Bemerkungen stimmten im August 1914 für die Kriegskredite und traten so an die Seite „ihrer“ Bourgeoisie in dem beginnenden ersten imperialistischen Weltkrieg. Indem sie die Aufrufe von Stuttgart und Basel dem Vergessen preisgaben, zeichneten sie das Flasko der II. Internationale vor.

Ist es etwa erstaunlich, daß die III. Internationale, die eine wahrhaft proletarische Organisation der Arbeiterklasse sein wollte, gerade im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik im Entstehen begriffen war? Ist es etwa erstaunlich, daß sie von Anfang

an den Kampf für einen demokratischen Frieden als eine der wichtigsten Lösungen ihrer Tätigkeit vorbrachte?

Der erste Staat des siegreichen Proletariats — Sowjetrußland — ist unter dem Banner des Weltfriedens in die internationale Arena getreten. Lenin legte durch seine Theorie der friedlichen Koexistenz die Grundlage für die Entwicklung der internationalen Beziehungen auf Jahrzehnte hinaus.

Natürlich konnte die Friedenspolitik des Sozialismus nicht mit der Unterstützung des Klassengegners, des Imperialismus, rechnen. Lange Jahre weigerten sich die Imperialisten, die Friedensinitiativen Sowjetrußlands aufzugreifen. Überdies nahmen seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution die intensiven Versuche, die Friedenspolitik des Sowjetstaates zu kompromittieren, kein Ende. In eben dieser Absicht tauchte das bereits von Lenin enthüllte Märchen vom roten Militarismus auf, der Europa und Asien bedrohe.

„Es gibt Dummköpfe“, schrieb Lenin, „die über roten Militarismus jammern; das sind politische Gauner, die sich den Anschein geben, als ob sie an diesen Unsinn glauben, und nach rechts und links mit derartigen Anschuldigungen um sich werfen, wobei sie ihre Advokatenkunst dazu nutzen, falsche Argumente zu erfinden und den Massen Sand in die Augen zu streuen. Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre schreien: ‚Seht, statt des Sozialismus gibt man euch den roten Militarismus!‘“

In der Tat, welch „schreckliches“ Verbrechen! Die Imperialisten der ganzen Welt haben sich auf die Russische Republik gestürzt, um sie zu erdrosseln, und wir begannen eine Armee aufzubauen, die zum erstenmal in der Geschichte weiß, wofür sie kämpft ... und das verurteilt man als roten Militarismus!“

Die Geschichte wiederholt sich. Und in jeder neuen Spirale der Ereignisse nehmen sich ihre „Reduplikationen“ immer mehr als Farce aus...

Heute schreit man von einer „sowjetischen Bedrohung“ — und das nicht das erste Jahr. Man schreit laut, beinahe leidenschaftlich. Doch Leidenschaft kann eine Dummheit nicht in ihr Gegenteil verkehren! Nein, je leidenschaftlicher Dummheiten propagiert werden, desto deutlicher zeichnet es sich ab: Hinter dem Lügenvorhang soll irgendeine sehr bittere und schwere Wahrheit verborgen werden. In

Wirklichkeit sucht man mit der „sowjetischen Bedrohung“ die Aggressionsvorbereitungen des US-Imperialismus und der NATO zu tarnen.

Im Grunde ist Europa bereits in eine neue Phase des atomaren Rüstungswettlaufs getreten — eines Wettlaufs, der dem Kontinent von den USA und keineswegs im europäischen Interesse aufgezungen wurde. Zudem droht dieser Wettlauf immer mehr außer Kontrolle zu geraten. Er beschwört von Jahr zu Jahr immer größere Gefahren für die europäischen Völker herauf.

Die kommunistische Bewegung Europas hat bewährte Traditionen im Kampf gegen den Krieg auf dem Kontinent. In den 30er Jahren begannen gerade die Kommunisten die Kampagne gegen Faschismus und Krieg. In der zweiten Hälfte der 40er Jahre wandten sich gerade die Kommunisten entschieden gegen den vom Imperialismus aufgezwungenen kalten Krieg. Und dann waren es gerade die Kommunisten, die als Pioniere der Entspannungspolitik auftraten. Erinnern wir uns nur an die Konferenzen von Karlovy Vary und von Berlin. Bei allen Unterschieden vereinte sie ein realistisches Herangehen an die Frage von Krieg und Frieden in Europa sowie der leidenschaftliche Wille nach einer Festigung des Friedens auf dem Kontinent.

Jetzt wird die Vorbereitung auf ein weiteres Treffen der europäischen Kommunisten abgeschlossen. Es wird am 28. und 29. April auf Initiative der Französischen Kommunistischen Partei und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei stattfinden.

Ist es etwa erstaunlich, daß gerade diese beiden Parteien die Initiative für ein neues Treffen der europäischen Kommunisten ergriffen haben? Bald wird die ganze Welt den 35. Jahrestag des Sieges über den Faschismus im zweiten Weltkrieg begehen. Die Polen — fürwahr ein Märtyrervolk — haben durch ihre Millionen Opfer für alle Zeiten das Recht auf grenzenlose Achtung aller Europäer, aller, denen der Frieden teuer ist, errungen. Die französischen Kommunisten sind in die Geschichte nicht nur ihres Landes, sondern ganz Westeuropas als Vorkämpfer der Résistance eingegangen. Nicht umsonst trägt die FKP den Ehrennamen „Partei der Erschossenen“.

Die KPdSU hat ebenso wie mehr als 20 andere Bruderparteien Europas die Einladung der französischen und der polnischen Genossen zur Teilnahme an dem Pariser Treffen angenommen. Die

sowjetischen Kommunisten meinen, daß das Treffen von Paris ein wichtiges Ereignis wird. Es wird erneut den gemeinsamen Friedenswillen der Kommunisten demonstrieren und seinen Teilnehmern die Möglichkeit geben, weitere Schritte und Initiativen für die wahre Sicherheit der Völker des Kontinents in Erwägung zu stellen.

Bekanntlich wird um die Vorbereitung des Pariser Treffens eine gewisse Diskussion geführt. Das ist nur gesetzmäßig. Wir unsererseits möchten uns zu einigen dabei vorgebrachten Argumenten äußern.

Vor allem zu der Auffassung, die Abhaltung eines Treffens nur von Kommunisten könne dem Friedenskampf Abbruch tun. Warum? Man sagt, weil jetzt verschiedene Kräfte am Friedenskampf teilnehmen, und, wenn die Kommunisten ohne sie zusammenkommen, dadurch die Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit mit ihnen untergraben würden.

Als Antwort auf dieses Argument wollen wir ein Zitat anführen:

„Natürlich haben sich auch einige Kritiker gefunden, die es nicht unterließen, Lärm zu schlagen, nur weil die kommunistischen und Arbeiterparteien europäischer Länder ein Treffen beschlossen haben. Warum aber soll dieses Ereignis auf Verwunderung stoßen? Werden nicht von Zeit zu Zeit derartige Treffen auf Initiative von Parteien verschiedener Richtungen veranstaltet?“ Das sind Worte des Generalsekretärs der Italienischen Kommunistischen Partei auf der Konferenz der Kommunisten 1976 in Berlin. Wir meinen, daß sie auch heute volle Berechtigung haben.

Und noch ein anderes Argument, das von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Presse den Kommunisten angeboten wird. In Paris werde ein „einseitiger“ Standpunkt geäußert werden. Wenn dort irgendein Dokument angenommen wird, dann werde es gleichfalls ein „einseitiges“ Dokument sein, das nur den Standpunkt „einer Seite“ zum Ausdruck bringt. Was heißt hier „einer Seite“? Niemand verhehlt, daß damit die sozialistischen Länder, unser Land, die Sowjetunion gemeint ist.

Den Kommunisten will man also zu verstehen geben: Wenn ihr euch gegen die Stationierung von US-Raketen im Zentrum Europas aussprecht, wenn ihr die Beschlüsse der Dezember-Tagung der NATO verurteilt und wenn — Gott behüte! — eure Meinung sich mit Vorschlägen der Länder des Warschauer Vertrages für Verhandlungen bei Parität und gleicher Sicherheit der Seiten deckt, verdient ihr als Adepten der „Einseitigkeit“ und eines „engen Herangehens“ verurteilt zu werden. Was muß eigentlich getan werden, um das Fehlen von „Einseitigkeit“ und ein „breites Herangehen“ zu demonstrieren? Ist die „Umrüstung“ der NATO zu unterstützen? Oder die Sowjetunion zu verurteilen, weil sie Verletzungen der Parität nicht dulden will?

Das Leben zwingt ständig Menschen, Parteien und Klassen zu irgendwelchen Entscheidungen, zu einer Wahl. Eine Wahl muß auch heute getroffen werden. Doch zu wählen ist nicht zwischen einem „engen“ oder einem „breiten“ Herangehen und nicht zwischen „Einseitigkeit“ und „Vielseitigkeit“. Heute läßt sich die Wahl, vor die die Europäer gestellt sind, sehr einfach formulieren: Für eine Politik des Friedens oder aber für eine Politik, die objektiv zum Krieg führt. Leider muß die Frage gerade jetzt, 35 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg und fast fünf Jahre nach Helsinki, so gestellt werden.

Der Imperialismus verfolgt zielstrebig und frech seine Politik der Kriegsvorbereitung. Ihr, dieser volksfeindlichen Politik, steht die entschiedene Verteidigung des Friedens durch die Länder des Sozialismus, die Kommunisten, viele Sozialdemokraten, durch Gläubige und Ungläubige, durch die Menschen guten Willens entgegen, die in Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung leben.

Heute müssen all jene, die aufrichtig den Frieden wollen, die an die Zukunft denken und sich diese angelegen sein lassen, Einseitigkeit im positiven Sinne des Wortes demonstrieren und — entschieden, fest und klar — auf die Seite des Friedens treten, müssen gegen den Krieg Partei ergreifen. Ein Drittes gibt's nicht!

Aus dem Zentralkomitee der KPdSU

Das ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erhielt einen Brief vom ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und vom ZK der Französischen Kommunistischen Partei mit der Einladung, eine Delegation zum Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung zu entsenden. Das Treffen findet am 28. und 29. April 1980 in Paris statt.

Das ZK der KPdSU entschloß sich, diese Einladung anzunehmen. Im Antwortbrief des ZK der KPdSU an die Zentralkomitees der PVAP und der FKP wird Zustimmung zur Meinung der polnischen und der französischen Bruderpartei bekundet, daß das Pariser Treffen in der heutigen Lage politisch wichtig ist und die aktive Rolle der kommunistischen Parteien im Kampf für Frieden und Abrüstung bekräftigt.

Am 18. April um Mitternacht hörte die letzte Kolonie Großbritanniens in Afrika auf zu bestehen. Viele Tausende waren im Stadion von Salisbury zusammengekommen, um die Geburtsstunde des 50. unabhängigen Staates in Afrika zu begrüßen. Zum Artilleriesalut wurde die Flagge des siegreichen Simbabwe gehißt: grün, gold, rot und schwarz mit der Darstellung des symbolischen Simbabwe-Vogels vor einem fünfzackigen roten Stern.

Vor Delegationen aus mehr als 100 Ländern, darunter einer UdSSR-Staatsdelegation unter Sharaf Raschidow, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, erklang erstmals die Hymne der jungen Republik. Die ersten Führer des unabhängigen Simbabwe, Präsident Canaan Banana und Premierminister Robert Mugabe, versprachen feierlich, alles für das Wohl ihres Volkes zu tun.

Das große Volksfest dauerte bis zum nächsten Morgen. Auf den hell beleuchteten, mit Girlanden und Flaggen geschmückten Straßen der Hauptstadt tanzten, sangen und umarmten sich die Menschen.

Das neue Simbabwe wurde im bewaffneten Freiheitskampf der schwarzen Urbevölkerung gegen das Rassistenregime geboren. Von Jahr zu Jahr weitete sich der Kampf aus. Gegen Ende 1979 kontrollierten die Patrioten den Großteil Simbawwes. Die militärischen Erfolge der Patriotischen Front von Simbabwe zwangen Großbritannien, im Februar d. J. allgemeine Wahlen abzuhalten.

Entgegen den Kalkulationen der britischen Regierung stimmten die weitaus meisten Afrikaner für Robert Mugabe, den Führer der Afrikanischen Nationalunion von Simbabwe (ZANU), und für seinen Mitstreiter von der Patriotischen Front, den Führer der Afrikanischen Volksunion von Simbabwe (ZAPU) Joshua Nkomo. Standhaftigkeit, Geschlossenheit und die starke Unterstützung durch alle Fortschrittskräfte der Erde brachten den nationalpatriotischen Kräften den Erfolg. Einen großen Beitrag zum Sieg leisteten die sozialistischen Länder, die stets für die Lösung der Simbabwefrage im Interesse der afrikanischen Mehrheit eintraten und den Freiheitskämpfern große materielle Unterstützung erwiesen.

Simbabwe verfügt über ein be-

START INS NEUE LEBEN

deutendes ökonomisches Potential, doch seine Wirtschaft wird von ausländischen Monopolen kontrolliert. In Jahrzehnten haben sie aus Rhodesien riesige Profite herausgeschlagen, ohne etwas für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der afrikanischen Bevölkerung zu tun. Millionen Afrikaner wurden erbarmungslos ausgebeutet und diskriminiert, lebten rechtlos in Armut und Unwissenheit. Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes leidet bis heute ca. ein Fünftel der schwarzen Bevölkerung an Unterernährung. Die Arbeitslosigkeit hat immense Ausmaße angenommen.

Erklärungen der Führung Simbabwe zeigen, daß sie die Lage im Land nüchtern einschätzt und nicht gedenkt, überstürzte Entscheidungen zu treffen, die die Erungenschaften des Volkes gefährden könnten. Die Hauptaufgabe in der heutigen Etappe sieht sie darin, innenpolitische Stabilität zu gewährleisten und einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Ein solcher Krieg wäre nur im Interesse der RSA-Rassisten und imperialistischer Kreise des Westens, die nicht wollen, daß Simbabwe den progressiven Weg geht. Auch im Land selbst gibt es Kräfte, die aus eigennützigen Erwägungen die Gegensätze zwischen den Rassen und Volksgruppen zu schüren suchen.

In seiner Botschaft an die Nation anlässlich der Verkündung der Unabhängigkeit rief Robert Mugabe alle Bürger auf, mit vereinten Kräften für den friedlichen Aufbau zu arbeiten: „Meine Regierung will das Leben der Mehrheit der Bevölkerung entscheidend verändern. Doch ich rufe Euch zur Geduld auf... Unsere Menschen brauchen Boden, Arbeit, Bildung und medizinische Betreuung. Uns ist klar, daß die Löhne angehoben werden müssen. Die Regierung wird alles tun, um diese Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Ihr aber müßt uns mit Geduld und Disziplin helfen.“

Die weitaus meisten Einwohner von Simbabwe verstehen, daß es noch viele Schwierigkeiten gibt und diese nicht sofort beseitigt sein können.

„Am wichtigsten ist, daß die Unabhängigkeit die Rassendiskriminierung beendet hat“, sagte Ellen Muzenda, Lehrerin aus Salisbury.

„NEUE ZEIT“

17.80



In Salisbury

Foto des Autors

„Meine Kinder werden also als freie und gleichberechtigte Bürger aufwachsen. Wir erwarten natürlich eine Verbesserung des Lebens, wollen, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird und die Löhne steigen. Doch wir haben zu lange auf die Freiheit gewartet, um nun mit ihren Früchten allzu leichtfertig umzugehen. Man kann nicht zugleich säen und die Ernte einbringen. Wir müssen den Ratschlägen der Führer des Landes folgen und uns in Geduld fassen...“

Die Führer Simbawes wollen eine demokratische Gesellschaft aller Rassen errichten, in der auch den weißen Bürgern des Landes eine wichtige Rolle zukommt. Mugabe erklärte, im neuen Simbabwe werde es Platz für alle geben, die aufrichtig mit der Volksmacht zusammenarbeiten wollen. Die hierauf folgenden konkreten Schritte — zwei weiße Minister wurden ins Kabinett aufgenommen, und der ehemalige Oberbefehlshaber der rhodesischen Streitkräfte, General Walls, wurde zum Verantwortlichen für die Aufstellung der neuen Armee ernannt — trugen dazu bei, daß nur wenige Weiße das Land verlassen haben.

„Wir sind hier geboren und sehen Simbabwe als unsere Heimat an“, sagte mir ein hiesiger Geschäftsmann. „Viele von uns meinen, daß die Regierung aufrichtig an einer harmonischen Entwicklung der Gesellschaft interessiert ist, und deshalb sind wir bereit, mit unseren Kenntnissen und Erfahrungen dem Fortschritt unseres Landes zu dienen...“

Die Verkündung der Unabhängigkeit Simbawes hat die politische Lage in Afrika zugunsten der Kräfte, die gegen die Überreste des Rassismus und Kolonialismus auf dem Kontinent kämpfen, verändert. Es

gibt Möglichkeiten für eine schnelle Regelung der Namibiafrage im Interesse des Volkes dieses Landes. Wie mir der stellvertretende OAU-Generalsekretär Peter Onu sagte, wird der Erfolg der Patrioten von Simbabwe ein zusätzlicher Ansporn für alle Afrikaner sein, die immer noch den Freiheitskampf führen.

Die junge Republik wird in ihrer freien Entwicklung noch viele Prüfungen zu bestehen haben.

Die Reden der nach Salisbury angereisten Vertreter der USA und Großbritanniens deuten daraufhin, daß der Westen nicht davor zurückschrecken wird, politische und wirtschaftliche Hebel einzusetzen,

um die Politik des neuen Staates zu beeinflussen. Die amerikanische Delegation unter Averell Harriman erklärte vor Journalisten, die USA würden die neue Regierung von Simbabwe zu einem Boykott der Moskauer Olympiade aufrufen — obwohl bekannt ist, daß Simbabwe bereits an das IOC die Bitte gerichtet hat, an den Moskauer Spielen teilnehmen zu dürfen.

Eine schwere Bedrohung für die Unabhängigkeit Simbawes geht von der RSA aus. In Pretoria hat der Sieg der nationalpatriotischen Kräfte die halsstarrigen Apartheidanhänger in Panik versetzt. Von dort werden Forderungen laut, einen „harten Kurs“ gegenüber Simbabwe einzuschlagen.

Vor diesem Hintergrund hat die Grußbotschaft Leonid Breschnews und Alexej Kossyguins an die Führer der Republik Simbabwe, in der das Streben bekundet wurde, die Beziehungen zu dem jungen afrikanischen Staat auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung zu gestalten, besondere Bedeutung erlangt. Viele Bürger Simbawes sagten mir, daß seine Anerkennung durch die Sowjetunion zweifelsohne die außenpolitischen Positionen des Landes festigen wird.

Wie die Führer Simbawes meinen, kommt dem Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte um die Regierung sowie der Schaffung eines festen wirtschaftlichen und politischen Fundaments die entscheidende Rolle bei der Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse des ganzen Volkes zu.

B. ASSOJAN
Sonderbericht

Salisbury

DEBATTEN IN GENÈVE

Von unserem Sonderberichterstatter Wladimir KUSNEZOW

Gepflegter Rasen vor der 500 m langen Fassade des monumentalen Gebäudes. In den Kronen jahrhundertalter Zedern und Zypressen hört man in diesen milden, sonnigen Frühlingstagen Vogelgezwitscher. Eichhörnchen tummeln sich, auf den Pfaden stolzieren Pfauen, ab und zu ein Rad schlagend.

Auf der Wiese vor dem Haupteingang der von vielen Fotos her bekannte Bronzeglobus, daneben die nicht minder bekannte Kosmonautenstatue als Symbol für das Streben der Menschheit, die Gravitationskraft der Erde zu überwinden und ins All vorzustoßen. Die Plastik ist ein Geschenk der UdSSR.

Der Palast im alten Park ist das europäische Hauptquartier der UNO, das berühmte Palais des Nations in Genf. Von dort aus bietet sich ein unvergeßlicher Ausblick auf den Genfer See, die Alpen, den Montblanc. Ein majestätisches, besänftigendes Panoramabild, das Gedanken nicht an die Vergänglichkeit des Lebens, sondern an die in der Schönheit und Macht der Natur verkörperte Ewigkeit wachruft. Zugleich empfindet man dort besonders eindringlich die Verwundbarkeit all des Lebendigen und Schönen, die unser Atomzeitalter mit sich gebracht hat.

Schon der Völkerbund wählte Genf 1920 zu seinem Sitz. Das Palais entstand 1929–1936. Im Jahre 1946 zog die UNO im Palais ein. Dieses wurde ihr allmählich zu eng, und so wurde ein neuer Flügel angebaut und 1973 der UNO übergeben. Das alte Palais läßt an all die vergeblichen Hoffnungen und die nicht in Erfüllung gegangenen Projekte eines „ewigen Friedens“ denken, jene Projekte, die im Völkerbund in großer Zahl unterbreitet wurden, darunter von Vertretern der Staaten, die den zweiten Weltkrieg vorbereiteten. Wie viele gute Vorsätze wurden dort verkündet! Aber nicht von ungefähr heißt es, daß der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist. Auf jeden Fall war der Weg zum Krieg mit der Heuchelei der bürgerlichen Diplomatie gepflastert, die die Abrüstungsverhandlungen als Deckmantel für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung benutzte.

Wiederholt sich die Geschichte? Ja und nein. Auch heute versanden die Abrüstungsverhandlungen in endlosen Diskussionen. Der einzige Grund ist, daß gewisse Kräfte im Westen nicht wirklich die Absicht haben, die

Rüstungen einzuschränken oder gar völlig zu liquidieren. Und doch setzen sich die westlichen Vertreter an den Verhandlungstisch. Sie tun es aus Angst vor dem Zorn der Völker, aber auch vor den verheerenden Folgen eines nuklearen Konfliktes.

Die 70er Jahre, die erste von der UNO verkündete Abrüstungsdekade, ist zu Ende. In diesen 10 Jahren wurden internationale Abkommen geschlossen: über das Verbot, Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden unterzubringen, über das Verbot der bakteriologischen Waffen, über das Verbot, Mittel zur Einwirkung auf die natürliche Umwelt zu militärischen Zwecken zu benutzen. Hinzu kamen die Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen und über die Verhütung eines Nuklearkrieges. Europa begann mit der Realisierung einiger vertrauensbildender Maßnahmen im militärischen Bereich. Insgesamt kamen in diesen 10 Jahren über 20 Abkommen zustande, die so oder anders das Wettrüsten an mehreren Abschnitten eindämmen. Diese positiven Ergebnisse wären unmöglich gewesen ohne eine geduldige Vorarbeit, ohne die Schaffung eines weitverzweigten Systems bi- und multilateraler Verhandlungen über Abrüstungsfragen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Abrüstungsausschuß.

Wie bewältigt dieses Forum seine Aufgaben, mit welchen Aufgaben tritt es in das zweite Abrüstungsjahrzehnt? Gewiß, die verschlechterte internationale Lage fördert nicht gerade diese Gespräche. Heute fühlen sich die Abrüstungsgegner, die unter dem Motto „Je schlimmer, desto besser“ vorgehen, in ihrem Element. Sie reden nicht offen davon, sie berufen sich auf die komplizierte Situation, die sie selber herbeigeführt haben, aber sie geben unmißverständlich kund und zu wissen: Die Zeiten sind nicht für eine Abrüstung.

Dazu gibt es jedoch auch einen anderen Standpunkt: „In der heutigen verschärften internationalen Lage ist es von größter Bedeutung, daß alle friedliebenden Staaten in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, sondern sie im Gegenteil verstärken, um den Frieden zu festigen, die Gefahr eines Krieges abzuwenden und konkrete Maßnahmen zur Zügelung des Wettrüstens und zur Abrüstung zu erreichen.“ Das ist die Meinung der UdSSR, dargelegt in einem Schrei-

ben des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko zu den Aufgaben der zweiten Abrüstungsdekade, das am 11. April in New York dem UNO-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim überreicht wurde.

Der Ratssaal, in dem der Abrüstungsausschuß tagt, ist elegant und gemütlich. Die langen Tische für die Delegierten bilden ein Quadrat. Die zweite Reihe ist für Vertreter der Staaten bestimmt, die nicht dem Ausschuß angehören. Das Publikum und die Presse haben ihre Plätze auf der Galerie. Beim Betreten des Saals fallen einem sofort die allegorischen Wand- und Deckgemälde auf. Sie verkörpern den Frieden, die Gerechtigkeit, das Recht, die Weisheit und die Kraft, die dem Menschen den Durchbruch aus Barbarei zu Fortschritt und Zivilisation ermöglicht haben. Fünf Figuren an der Decke, Sinnbild der fünf Kontinente, reichen einander die Hand. Diese Gemälde des bekannten spanischen Malers José Maria Sert rufen auch die Menschen, die in diesen Saal kommen, zur Eintracht auf.

Der Ausschuß hat seine eigene Satzung, genaue Verfahrens- und Protokollregeln, in die mich der Experte der sowjetischen Delegation Wladimir Ustinow einführte. Der Ausschuß ist nicht ein Organ der UNO, wirkt aber in engem Kontakt mit ihr und nach ihren Empfehlungen. Ihm gehören 40 Länder an, die die wichtigsten Staatengruppen — die sozialistischen, die westlichen, die nichtpaktgebundenen und die neutralen — repräsentieren. Der Ausschuß faßt seine Beschlüsse im Konsensverfahren. Die Arbeitssprachen für die Simultanübersetzer, stenographischen Berichte und die Dokumentationen sind Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Arabisch. Die Delegationen nehmen ihre Plätze nach dem englischen Alphabet ein. Jeden Monat wird im Rotationsverfahren und ebenfalls nach dem englischen Alphabet der Vorsitzende gewechselt.

Das Wichtigste ist aber natürlich, womit sich der Genfer Ausschuß befaßt. Darüber unterhalte ich mich mit dem sowjetischen Chefdelegierten Viktor Israeljan, Mitglied des Kollegiums des sowjetischen Außenministeriums.

Er sagt: „Wir sind mit dem Auftrag nach Genf gekommen, auch in der heutigen verschärften Situation beharrlich auf die Lösung konkreter Abrüstungsfragen hinzuwirken. Diese Zielsetzung ergibt sich aus dem Kurs der KPdSU und der Sowjetregierung, sachliche Verhandlungen zu führen und auch künftig für die Festigung der Entspannung und die Einschränkung des Wettrüstens zu arbeiten. Wir haben konkrete Vor-

schläge z. B. zum Verbot der radiologischen und chemischen Waffen sowie zur nuklearen Abrüstung eingebracht.“

V. Israeljan hebt zwei Besonderheiten der gegenwärtigen Sitzung des Ausschusses hervor. Erstmals seit seiner Gründung 1961 nehmen an ihr alle fünf Kernmächte teil. Fast 20 Jahre brauchte Peking, um seinen Sessel im Genfer Palais des Nations einzunehmen. Zudem finden die Sitzungen des Ausschusses zu einer Zeit statt, da die Washingtoner Administration die Verhandlungen über mehrere Abrüstungsaspekte unterbrochen hat:

einer Konvention über das Verbot der radiologischen Waffen wesentlich vorankommt. Sehr viele Länder sind daran interessiert, daß Staaten, die keine Kernwaffen haben, Sicherheitsgarantien erhalten, und in diesem Bereich könnten positive Ergebnisse erzielt werden. Der Ausschuß hat vier Arbeitsgruppen eingesetzt: zum Verbot der chemischen Waffen, zum Verbot der radiologischen Waffen, zur Festigung der Sicherheitsgarantien für die Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, und zu einem umfassenden Abrüstungsprogramm, das eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle vorsieht. Wir erwarten, daß die Arbeitsgruppen ihren Aufgaben gerecht werden.“

Die Spannungen, die die Entspannungsgegner anheizen, sind auch in diesen Saal eingedrungen und wirken sich auf die Tätigkeit des Ausschusses ungünstig aus. „Die Delegationen der westlichen Länder und Chinas haben sofort das Thema Afghanistan in die Diskussion geworfen“, sagt V. Israeljan. „Einige in Wortgefechten versierte Diplomaten versicherten uns, das sei nicht weiter schlimm, die Anhänger der Konfrontation werden sozusagen den Dampf ablassen, dann aber die Ärmel hochkrepeln und an die Arbeit gehen. Weit gefehlt! Wir hatten keine Illusionen und machten uns auf das Schlimmste gefaßt. Tatsächlich verloren einige Leute jedes Maß. Die Reden westlicher Delegierter strotzten von Erfindungen über einen C-Waffen-Einsatz in Afghanistan, Kampuchea und Laos, wobei die Quellen mehr als zweifelhaft waren. Nicht genug damit, warfen sie der UdSSR verleumderisch vor, die Konvention über das Verbot der bakteriologischen Waffen verletzt zu haben. Als Vorwand dienten ihnen ein Aufflackern des Milzbrandes bei Swerdlowsk, zu dem es infolge eines Verstoßes gegen die Veterinärkontrolle gekommen war.“

Sie werden mich fragen, wozu das alles dienen soll. Nun, um die Atmosphäre im Ausschuß zu verpesten und ihn von seinen Aufgaben abzulenken. Wir haben unsere Verhandlungspartner sofort darauf hingewiesen, daß unser Forum für sachliche Diskussionen da ist, daß wir Ausfälle gegen die UdSSR und ihre Bündnispartner nicht dulden und in jedem einzelnen Fall eine entschei-

dene Abfuhr erteilen werden. Wir sagten: Wenn ihr konstruktiv über die Abrüstung verhandeln wollt, bitte schön, wir sind ja dazu hergekommen. Doch bringt den Ausschuß nicht von diesem Weg ab, werft nicht Fragen auf, die mit unserer Arbeit nichts zu tun haben.“

Ich mußte da an einige westliche Diplomaten denken, die behaupten, Moskau sei bestrebt, „heikle Themen“ zu vermeiden, weshalb es den anderen „den Mund verbietet“. Was wäre dazu zu sagen? Höchstens ihnen zu raten, das Schreiben des UNO-Generalsekretärs an den Vorsitzenden des Genfer Abrüstungsausschusses vom 25. Januar 1980 sowie die beiliegenden offiziellen Dokumente der 34. UNO-Vollversammlung aufmerksam zu lesen. Eines dieser Dokumente enthält folgende Empfehlung: „Alles zu tun, damit die Verhandlungen über die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung ununterbrochen und möglichst rasch geführt werden, und zu diesem Zweck diesen Verhandlungen keine Hindernisse in den Weg zu legen, u. a. durch Aufwerfen von Fragen, die mit der Abrüstung nicht zusammenhängen.“

Ich frage V. Israeljan, wie das Debit Pekings im Ausschuß ausgefallen sei (übrigens ist die chinesische Delegation mit ihren 15 Mitgliedern die stärkste darin).

„Erstmalig in der ganzen Geschichte der internationalen Abrüstungsverhandlungen beteiligt sich China daran. Wir haben diese Tatsache begrüßt. Aber schon die ersten Wortmeldungen der chinesischen Delegierten zeigten, daß sie keineswegs vom Wunsch beseelt sind, zusammenzuarbeiten und nach annehmbaren Wegen zur Lösung der Probleme zu suchen. Anscheinend wollen sie nunmehr auch den Genfer Ausschuß für ihre hegemonistische, chauvinistische, sowjetfeindliche Propaganda benutzen.“

Besonders arg war es im März, als ein chinesischer Vertreter den Vorsitz führte. Ich bin fast 15 Jahre lang in internationalen Organisationen tätig, habe so manchen Vorsitzenden erlebt und muß sagen: Gewöhnlich sind sie um Objektivität bemüht, das ist allgemein üblich. Aber hören Sie nur, was der chinesische Vorsitzende in nur einem Monat alles angestellt hat!

Im Ausschuß liefen die Anträge mehrerer Länder, darunter Vietnams, ein, an der Debatte teilnehmen zu dürfen. Es gab fünf solche Schreiben. Eine Woche nach der anderen verstreicht, die Schreiben werden nicht behandelt. Warum?



Kosmonautenplastik vor dem Palais des Nations in Genf

Foto des Verfassers

über die Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean, über die Begrenzung des Verkaufs und der Lieferungen konventioneller Rüstungen u. a. Die Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen wurde eingefroren. Unter diesen Umständen nimmt die Rolle des Abrüstungsausschusses objektiv zu: Heute ist er wenn auch nicht das einzige, so doch eines der wenigen Foren, auf denen noch über die Eindämmung des Wettrüstens verhandelt wird. Diesem Wettrüsten Abrüstungsverhandlungen entgegenzustellen ist lebensnotwendig zu einer Zeit, da sich die Frage erhebt, ob produktive Abrüstungsverhandlungen jetzt möglich sind.

„Wir gehen davon aus“, setzt V. Israeljan fort, „daß ein Fortschritt hier möglich ist. Mit einem großen Erfolg ist vorläufig allerdings kaum zu rechnen. Doch dürfen wir Schritte in dieser Richtung erwarten. Wir hoffen, daß der Ausschuß bei der Vorbereitung des Entwurfs

Das wurde klar, als der Vorsitzende das Gesuch eines Pol Pot-Mannes vortrug, auch ihm das Wort zu erteilen. Nun frage ich Sie, warum sich dieses nunmehr außerhalb der Geschichte stehende Regime im Abrüstungsausschuß spreizen muß. Natürlich war das eine Provokation. Es wurde gefeilscht, mehr noch, ultimativ gefordert: Laßt den Pol Pot-Mann reden, dann werden wir auch Vietnam anhören...

Im vorigen Jahr sprach der vietnamesische Vertreter hier, und niemand kam damals auf den Gedanken, dem entgegenzuwirken. Diesmal aber vergiftete die Geschichte mit dem Pol Pot-Mann so sehr die Atmosphäre, daß die Mitglieder des Ausschusses zu den Sitzungen nur ungern erschienen, die Situation war peinlich. Die Menschen waren ja gekommen, um ernste Dinge wie die Abrüstung zu besprechen, und nun tauchen da Pol Pot-Leute auf. Was hat das eine mit dem anderen zu tun?

Den Chinesen wird Weisheit nachgesagt. Wo bleibt sie aber in diesem Fall? In Peking müßte man ja wissen, daß wir eine Diskriminierung Vietnams wie auch die Anwesenheit eines Vertreters Pol Pots im Konferenzsaal nicht zulassen. Mit seinem provokatorischen Unterfangen wollte China eine offene Kollision im Ausschuß hervorrufen, eine Sackgasse entstehen lassen. Nun müssen wir diese ganze Geschichte ausbaden. Es gibt nur einen einzigen Ausweg: für frische Luft im Sitzungssaal zu sorgen, womit sich der Ausschuß jetzt auch beschäftigt (den Vorsitz hat gegenwärtig ein Vertreter Kubas).“

V. Israeljan sagt noch, leider müsse man einen Leerlauf im Ausschuß feststellen. Das überrasche eigentlich niemanden, aber dadurch werden diejenigen entlarvt, die nicht zu Verhandlungen bereit sind, befürchten, einer Obstruktion beschuldigt zu werden, und eine Aktivität markieren.

Einer der Räume, die an den Ratsaal stoßen, heißt Saal der Verlorenen Schritte. Heute, zu Beginn der zweiten Abrüstungsdekade, ist es sehr wichtig, das Erreichte nicht zu verlieren, nicht aus dem Schritt zu kommen, nicht die nötige Richtung aufzugeben, die im vorausgegangenen Jahrzehnt festgelegt wurde. Die 80er Jahre müssen die Bewegung der Menschheit zur Einschränkung, Begrenzung und Liquidierung der Waffen, zur Beseitigung der Kriegsgefahr beschleunigen. Dazu ruft die UdSSR auf. Daran arbeiten ihre Vertreter bei allen Abrüstungsgesprächen.

Genf—Moskau

PORTUGAL

VOR ENTSCHEIDENDEN SCHLACHTEN

Eduard KOWALJOW

In den politischen Kämpfen des Portugals von heute zeichnen sich immer deutlicher zwei entgegengesetzte Richtungen ab. Die eine tritt für die gegenwärtige Verfassung, für alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften ein, die nach dem Sieg der Revolution vom 25. April 1974 verankert wurden. Die andere strebt danach, die geltende Verfassung zu revidieren und die nach dem April vollzogenen großen Veränderungen teilweise oder gänzlich rückgängig zu machen.

Der 25. April 1974 wird in die Geschichte Portugals, Europas und der ganzen Welt eingehen. An jenem Tag trat die von progressiven jungen Offizieren der portugiesischen Armee gegründete Bewegung der Streitkräfte gegen die reaktionäre Regierung Caetano auf. Der siegreiche Aufstand der patriotischen und antifaschistisch gesinnten Militärs bildete den Ausgangspunkt für die demokratische und nationale Revolution, die nunmehr als die Revolution der Nelken bekannt ist. Das Bündnis von Volk und revolutionärer Armee wurde die Triebkraft bei den fortschrittlichen Reformen, wenn sie auch sehr ungleichmäßig verliefen.

Der faschistische Staat wurde in der Hauptsache zerstört, die demokratische Ordnung errichtet. Die Bevölkerung erhielt die wichtigsten Bürgerfreiheiten wieder. Es wurden einschneidende wirtschaftliche und soziale Reformen durchgeführt. Nach der Verstaatlichung von Banken, Versicherungsgesellschaften und führenden Industriezweigen, nach der Errichtung der Staats- und Arbeiterkontrolle über die Industriebetriebe wurden die kapitalistischen Monopole beseitigt, es entstand ein staatlicher Sektor. Im Süden des Landes wurde die Agrarreform vorgenommen und der Boden auf einem Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzflächen jenen übergeben, die ihn bestellen. In den ersten Jahren nach der Revolution verbesserte sich die materielle Lage der Bevölkerungsmehrheit.

Der 13jährige Kolonialkrieg in Afrika wurde beendet. Das portugiesische Kolonialreich, bis dahin eine Stütze der reaktionären Kräfte, brach zusammen.

In den ehemaligen Kolonien entstanden neue souveräne Staaten mit revolutionären Regierungen.

Portugal durchbrach die internationale Isolierung, zu der es das faschistische Regime verurteilt hatte, und stellte die Beziehungen zu vielen Staaten unterschiedlicher politischer und sozialer Ordnung wieder her. Die Situation war günstig, um eine wahre nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten und eine Politik guter Nachbarschaft und nützlicher Zusammenarbeit mit alten, auch den sozialistischen Ländern durchzuführen. Die neue, fortschrittliche Verfassung fixierte alle diese Errungenschaften.

Die Aprilrevolution ging zwar nicht über den Rahmen einer allgemeindeмократischen Revolution hinaus, ist aber ein Zeichen unserer Zeit. Sie widerspiegelte nicht nur die konkreten Besonderheiten Portugals, sondern auch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des revolutionären Weltprozesses.

Doch war der revolutionäre Prozeß in Portugal nicht frei von Schwächen und Mängeln. Später führte das zu einem Abflauen der revolutionären Entwicklung, zur Aktivierung der Reaktion. Erstens wurde mit deren Herrschaft nicht im ganzen Lande Schluß gemacht und nicht in allen Gebieten wirklich die Demokratie eingeführt. Zweitens wurde der faschistische Staatsapparat nicht völlig zerschlagen und auch kein neuer aufgebaut, der voll und ganz im Dienste der Demokratie gestanden hätte.

Die Rechtskräfte erholten sich allmählich von den ersten Niederlagen, sie kontrollierten noch einen bedeutenden Teil des Landes (in den Nordprovinzen und auf den Atlantikinseln) sowie viele Posten im Staatsapparat und in den Streitkräften und benutzten diese wichtigen Hebel zum Kampf gegen die Demokratie. Schon damals wurden sie vom Ausland energisch unterstützt.

Im Zuge der Revolution begingen die Linksparteien, besonders die Sozialisten, eine Reihe von Fehlern. Die sozialistische Führung betrieb jahrelang eine antikommunistische Politik und kapitulierte häufig vor den immer drei-

steren Forderungen der Rechten. Eine hinreichende Einheit der linken, demokratischen Kräfte wurde nicht erzielt. Auch beim linken Flügel der Militärs kamen Differenzen auf.

Infolgedessen konnten die rechten und rechtszentristischen bürgerlichen Parteien erneut starke Positionen im Staatsapparat und in den Massenmedien an sich reißen. Sie erreichten, daß bei den allgemeinen Nachwahlen im vorigen Dezember die Kandidaten der bürgerlichen Koalition „Demokratische Allianz“ im Parlament die Mehrheit erhielten und eine Regierung nach ihrem Gusto bildeten.

Sechs Jahre nach der Revolution der Nelken ist die politische Situation immer noch kompliziert. Die vorjährigen Wahlen haben da keine Klarheit geschaffen. Der Rechte-Zentrum-Block hat zwar seine Positionen in der Versammlung der Republik gefestigt, hat jedoch nicht die Unterstützung der meisten Portugiesen. Für die linken Parteien stimmten insgesamt 300 000 Wähler mehr als für die „Allianz“. Deshalb hat die heutige Regierung keine feste politische Basis im Lande.

Das birgt die ständige Gefahr von Krisen in sich. Man sollte meinen, unter solchen Umständen würde die Regierung der „Allianz“ (die Verfassung räumt ihr die Macht nur bis zum Herbst d. J. ein) umsichtig vorgehen: keine erbitterte Konfrontation mit den oppositionellen Parteien herbeiführen, nicht die zahlreichen Konflikte zuspitzen und nicht Anlaß zur Steigerung der sozialen Spannungen geben. Doch die Regierung

von Sá Carneiro und Freitas do Amaral hat sich für eine andere Taktik entschlossen. Ihre volksfeindlichen Maßnahmen bewirken neue und immer breitere Massenaktionen.

Mit ihrer Offensive auf die Errungenschaften der Aprilrevolution visiert die jetzige Regierung folgende Ziele an:

- die wirtschaftliche und dann auch die politische Macht des Großkapitals und der Latifundienbesitzer zu restaurieren, um die kapitalistischen Methoden von Akkumulation, Zentralisation und Konzentration des Kapitals wieder einzuführen;

- die wichtigsten Errungenschaften der Aprilrevolution, vor allem die Agrarreform, die Nationalisierung und die Arbeiterkontrolle in den Betrieben einzuschränken oder zu liquidieren;

- die demokratischen Freiheiten der Bürger und das Wirken ihrer politischen, Massen- und Gewerkschaftsorganisationen, u. a. durch Unterdrückungs- und Verwaltungsmethoden, zu beschneiden; die Massenmedien zu monopolisieren;

- ein neues Wahlgesetz zugunsten der Rechten vorzubereiten; andere Schritte zu tun, damit die nächsten Wahlen zur Versammlung der Republik in einer antidemokratischen Atmosphäre stattfinden und den Rechten weiterhin die Mehrheit im Parlament sichern;

„Hoch der 25. April!“ Dieser Aufruf des KP-Organs „Avante!“ findet bei den demokratischen Kräften Portugals starken Anklang.

- die Verfassung von 1976 anzugreifen; in Verstoß gegen sie ein „Gesetz über das Referendum“ zu verabschieden, um daraufhin die demokratischen und revolutionären Verfassungsartikel gründlich zu revidieren;

- die Konfrontation mit dem Präsidenten der Republik und dem Revolutionsrat, d. h. den Organen der Staatsmacht, die heute ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Pläne der Reaktion sind, fortzusetzen.

Aber die Ziele der Rechtskräfte und ihre Möglichkeiten sind zweierlei. Deshalb müssen alle Linkskräfte in den kommenden Monaten wichtige und schwierige Aufgaben lösen, um die Freiheiten und revolutionären Errungenschaften zu behaupten und das nach der Aprilrevolution errichtete demokratische Regime unangetastet zu bewahren.

Der großangelegte Massenkampf gegen die Offensive der Reaktion wird entscheidend zur Bewältigung dieser Aufgaben beitragen. Von großer Bedeutung dafür wäre auch ein Sieg der linken, fortschrittlichen Kräfte bei den in diesem Jahr bevorstehenden Wahlen zur Versammlung der Republik (September) und bei den Präsidentschaftswahlen (Dezember).

Obwohl sich über der portugiesischen Demokratie Gewitterwolken zusammenballen, obwohl die Regierung und die rechte Parlamentsmehrheit immer wütender die Verfassung und die revolutionären Errungenschaften angreifen, erstarkt der Kampfgeist der Verteidiger der Revolution, und zwar in den Reihen der KP und der anderen Linkskräfte wie auch in der Arbeiterbewegung. Die Kommunisten fordern die Demokraten zum Kampf auf, betonen die entscheidende Rolle der Massen und setzen sich für die Einheit der demokratischen Kräfte ein. Zugleich warnen sie das Volk vor der Gefahr von rechts. Aber die Demokraten, auch die Kommunisten, sehen es als möglich an, den Erfolg im Kampf für das demokratische Regime, die fortschrittliche Verfassung und die Errungenschaften der Aprilrevolution zu sichern. Sie sind fest entschlossen, bei den Wahlen im Herbst und Winter 1980 einen Sieg der demokratischen Kräfte zu erringen. Das ZK-Plenum der KP (Januar 1980) umriß die heutige politische Situation und ihre Perspektiven sehr genau: „Das letzte Wort gehört dem portugiesischen Volk. Die Reaktion wird zerschlagen. Das Portugal vom April lebt und wird leben!“



25 DE ABRIL SEMPRE!

LANGE HERANGEREIFT

Boris PETRUK

Lange Jahre schienen die Befreiungsrevolutionen, die Afrika erfaßten, einen Bogen um Liberia zu machen. In dieser afrikanischen Republik wirkte jahrzehntelang alles stabil, und ihre den USA-Institutionen nachgemachte Staatseinrichtung schien unerschütterlich.

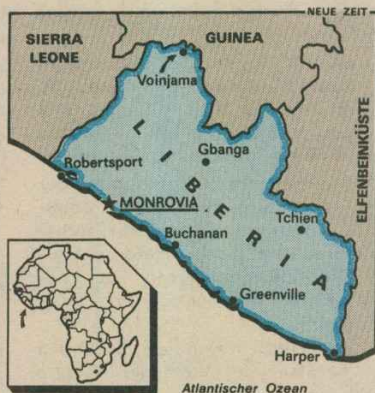
Dabei gingen in dem Land unterschwellige Prozesse vor sich und reiften akute soziale Gegensätze heran, die nur zu einer Explosion führen konnten. Das erste Anzeichen dafür waren die Ereignisse in Monrovia am 14. April 1979. Damals protestierten die armen Stadtbewohner gegen die beabsichtigte Preiserhöhung bei Reis, dem Hauptnahrungsmittel des Landes. Die Polizei schoß auf die Demonstranten. Laut amtlichen Angaben kamen mehr als 40 Personen um, fast 200 weitere wurden verwundet.

Dieses Blutbad gab dem Lande nicht seine alte Stabilität zurück. Die Position der Regierung war stark erschüttert. Deshalb kam die Nachricht, daß in Liberia am 12. April d. J. ein Staatsstreich vollzogen wurde, nicht gar so unerwartet.

Der Umsturz wurde von den Soldaten und jüngeren Offizieren der Nationalgarde unter Führung des 28jährigen Feldwebels Samuel Doe vollbracht. Präsident William Tolbert und mehr als 20 andere Staatsmänner und Militärs wurden beim Umsturz getötet. Im Lande entstand der Volksrat der Rettung (PRC), der sich aus 16 Soldaten und Sergeanten zusammensetzte. Der Ratsvorsitzende ist S. Doe, der auch die Obliegenheiten des Staats- und des Regierungschefs übernommen hat.

Die Ursachen dieser Ereignisse sind in der historischen und sozialökonomischen Entwicklung Liberias zu suchen.

Die Republik Liberia (Westafrika) hat eine Fläche von 111 000 km² (etwas größer als z. B. Portugal) und eine Bevölkerung von rund 1 800 000. Das sind vorwiegend guineische ethnische Gruppen.



Die ersten Europäer in Liberia waren Portugiesen, die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts dort landeten und später Stützpunkte für den Sklavenhandel einrichteten.

In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts entstand in den USA die Amerikanische Kolonisierungsgesellschaft, die sich das Ziel setzte, die amerikanischen Neger aus der Sklaverei loszukaufen und nach Afrika zurückzubringen. Im Dezember 1821 erwarben zwei Vertreter dieser Gesellschaft ein Grundstück auf dem Kap Mesurado unweit des heutigen Monrovia, wobei sie mit den dortigen Stammeshäuptlingen in Glasperlen, Spiegeln, Tabak, Keksen und Eisenbarren verrechneten. Im Januar 1822 ging die erste Gruppe afrikanischer Repatrianten dort an Land und gründete eine Siedlung, die später nach dem damaligen USA-Präsidenten James Monroe Monrovia genannt wurde.

Bald entstanden dort neue Siedlungen befreiter Sklaven, und 1838 schlossen sie sich zur „Föderation Liberia“ (Land der Freiheit) unter der Obhut eines USA-Gouverneurs zusammen. Neun Jahre später beriefen die Siedler eine Konstituante ein und unterzeichneten am 26. Juli 1847 die Unabhängigkeitserklärung.

Die Repatrianten aus Amerika bildeten eine abgeschlossene Gruppe

der Amerikaliberianer, betrachteten sich als „zivilisiert“ und beuteten die Ureinwohner — die „Einheimischen“ — rücksichtslos aus. Bis 1904 hatten diese keine Bürgerrechte, bis 1944 kein Stimmrecht: Ihre Vertreter wurden zu den Legislativ- und Exekutivorganen des eigenen Landes nicht zugelassen. Im Grunde wurde Liberia also zu einer Kolonie gemacht, wo die Rolle der Kolonisatoren die amerikanisch-liberianische Elite spielte.

Die Nachkommen der Repatrianten aus den USA bekleideten, obwohl sie kaum 3% der Gesamtbevölkerung ausmachten, praktisch alle hohen Posten in Staatsapparat, Armee und Gerichtswesen; in der Wirtschaft herrschten Ausländer vor (USA-Monopole in der Industrie, Araber, hauptsächlich aus Libanon, im Handel).

Nach dem zweiten Weltkrieg rüttelte die anwachsende nationale Befreiungsbewegung in Asien und Afrika die rechtlose, zu 90% lese- und schreibunkundige Bevölkerung Liberias endlich wach. Der 1944 zum Präsidenten der Republik gewählte William Tubman sah sich genötigt, mehrere Maßnahmen zu treffen, um die „Einheit der Nation“ zu erreichen. Vor allem wurden die Bezeichnungen „zivilisierte Liberianer“ und „Einheimische“ offiziell aufgehoben. Das allgemeine Wahlrecht, das allerdings durch den Vermögenszensus beschränkt war, wurde eingeführt. Einige Vertreter der einheimischen Stämme und einige Stammeshäuptlinge wurden ins Parlament gewählt, in den Staatsdienst, die Armee und Polizei aufgenommen.

William Tolbert, von dem Tubman 1971 abgelöst wurde, unternahm zuerst Schritte auf internationaler Ebene, um dem außenpolitischen Kurs Liberias mehr afrikanischen und weniger amerikanischen Charakter zu verleihen. Er setzte dem Dialog mit den südafrikanischen Rassisten ein Ende, sprach sich für die Befreiungsbewegung der Völker von Simbabwe und Namibia aus, stellte Verbindungen zu den sozialistischen Ländern her und tauschte schließlich Botschafter mit der UdSSR aus (die Aufnahme sowjetisch-liberianischer diplomatischer Beziehungen war schon 1956 beschlossen worden).

Aber Tolberts „Reformen“ tasteten die im 19. Jahrhundert gegründete sozialpolitische Ordnung Liberias nicht an. Nach wie vor herrschten dort einige hundert Familien aus der amerikaliberianischen Elite, die die ganze Macht im Lande an sich gerissen hatten. Selbst dem Liberianischen Gewerkschaftsbund stand bis vor kurzem Adolf B. Tolbert, Sohn des Präsidenten, vor.

Eine Stütze der herrschenden Klasse war die Partei der echten Whigs (so genannt nach den Anfangsbuchstaben der englischen Wörter „We hope in God“, Wir bauen auf Gott). Diese Partei war seit 1878 an der Macht. Laut ihrer Satzung steht ihr der Präsident des Landes vor. Die Gesetze Liberias verboten zwar andere Parteien nicht, doch sobald sie auftauchten, unterdrückte die Regierung sie.

Im Jahre 1974 gründeten liberianische Studenten, die in den USA studierten, die Progressive Allianz Liberias (PAL); 1978 verlegte sie ihre Tätigkeit nach Liberia und wurde bald populär. Im Dezember v. J. ließ sich die PAL als legale Oppositionspartei registrieren und nahm einen neuen Namen, Progressive Volkspartei (PPP) — an. Ihre Führer bekennen sich zum „afrikanischen Sozialismus“ und fordern die Einhaltung von Demokratie und Gerechtigkeit, Respektierung der Menschenrechte und bessere Lebensbedingungen für die Werktätigen, vor allem für die Urbevölkerung.

Selbst diese recht bescheidenen Forderungen reizten die Whig-Führer. Sie zogen eine Kampagne auf, um die neue Partei in Mißkredit zu bringen, verschieben sie als eine „gesetzwidrige“ und „verbrecherische“ Gruppe und lasteten ihr „teuflische und verräterische“ Absichten an. Anfang März wurden die Führer und viele Aktivisten der PPP verhaftet. Ende März verbot die Gesetzgebende Versammlung die Partei. Im entsprechenden Beschluß hieß es, daß Personen, die versuchen, die PPP wiederherzustellen oder ihre Tätigkeit fortzusetzen, eine Strafe von 10—15 Jahren Freiheitsentzug und eine Geldstrafe von 10 000—25 000 Dollar zu gewärtigen haben. Außerdem sollte ein Prozeß gegen die PPP-Führer über die Bühne gehen. Am 10. März erklärte Tolbert in der Gesetzgebenden Versammlung: „Die Zeit der härtesten Maßnahmen ist gekommen, und eingedenk der höchsten Interessen des Volkes können und dürfen wir künftig keine Schlappheit an den Tag legen.“

Doch am 12. April kam es zum Wechsel des Regimes. Alle verhafteten Führer und Aktivisten der PPP wurden auf freien Fuß gesetzt, vier vor ihnen traten der von Militärs gebildeten Regierung bei. PPP-Vorsitzender Gabriel Matthews wurde Außenminister.

In seiner Rundfunkansprache an das Volk Liberias erklärte Samuel Doe, die Regierung Tolbert sei gestürzt worden, weil sie den Bedürfnissen der armen Bevölkerung

schichten nicht Rechnung getragen hatte und korrupt war. Doe äußerte sich für den Aufbau einer „auf Gerechtigkeit und Menschenwürde basierenden Gesellschaft“ und gab seine Absicht bekannt, Beziehungen zu allen befreundeten Staaten zu entwickeln sowie die Aufgaben und Ziele der UNO, der Organisation der Afrikanischen Einheit und der Nichtpaktgebundenenbewegung zu unterstützen.

Um zu verstehen, wie dringlich die genannten Aufgaben sind, muß man beachten, daß in Liberia ein scharfer Kontrast zwischen der Armut des Volkes und dem auffallenden Reichtum der herrschenden Klasse besteht. Die Arbeitslosigkeit ist groß, und selbst die Beschäftigten können sich kaum über Wasser halten. Die Ausgaben für das Bildungswesen liegen in Liberia unter dem Durchschnittswert Westafrikas. Der Gesundheitsschutz befindet sich in einem traurigen Zustand: ein Arzt auf durchschnittlich 11 000 Personen, wobei fast die Hälfte des medizinischen Personals auf den hauptstädtischen Distrikt entfällt.

Dabei ist Liberia keineswegs ein armes Land, es besitzt erhebliche Vorräte an Eisenerz, Gold, Diamanten, Bauxiten, Korund, Graphit und Manganerz. Nach dem Export hochwertigen Eisenerzes (über 20 Mio t im Jahr) steht es an erster Stelle in Afrika. Das feuchte tropische Klima und der fruchtbare Boden machen den Anbau so wertvoller Kulturen wie Reis, Kaffee, Kakaobohnen und Kautschukpflanzen möglich.

Leider werden der Bergbau und andere Zweige Liberias von ausländischen, hauptsächlich US-amerikanischen Konzernen praktisch völlig kontrolliert. USA-Firmen haben auch die Produktion von Naturkautschuk zu ihrem Monopol gemacht. Die Konzerne dürfen Profite ohne jede Begrenzung ins Ausland überweisen und kümmern sich nicht um eine harmonische Entwicklung der Wirtschaft und Infrastruktur Liberias.

Bald nach der Wirtschaft unterwanderten die Amerikaner den Staatsapparat, die Armee, die Staatssicherheit und das Bildungssystem (durch das berüchtigte „Friedenskorps“). Kein Wunder, daß Monroe auch auf internationaler Ebene im Grunde den USA folgte. Der allgegenwärtige Einfluß der USA lastete immer schwerer auf den Liberianern, vor allem den Werktätigen und den anderen patriotischen Kräften. Sie hoffen, daß der Machtwechsel fortschrittliche Veränderungen in allen Lebensbereichen der Republik einleiten wird.

NZ

KOMMENTAR

ANTIIRANISCHE HYSTERIE

Die Regierung Carter unternimmt immer neue Schritte, um Iran unter wirtschaftlichen Druck zu setzen. Es ist schon soweit, daß der iranischen Regierung faktisch ein Ultimatum gestellt ist: Sie soll die amerikanischen Geiseln bis Mitte Mai freilassen, sonst würden gegen Iran, wie Washington eindeutig zu verstehen gibt, Maßnahmen nicht nur ökonomischer, sondern auch militärischer Art getroffen. Gleichzeitig verstärken die USA ihren Druck auf die eigenen Bündnispartner, die beinahe mit Gewalt dazu gebracht werden sollen, die amerikanischen Schritte zu unterstützen. Der Präsident selbst, seine Berater und viele Presseorgane heizen die antiiranische Hysterie an, um auch jene Köpfe zu benebeln, die das Problem der Geiseln und das amerikanisch-iranische Verhältnis als ganzes noch nüchtern zu beurteilen imstande sind.

Kümmert sich Washington in der Tat um die festgehaltenen Diplomaten? Warum ist dann die USA-Regierung den Iranern kein einziges Mal entgegengekommen? Sie weist ostentativ alle Forderungen Irans zurück und macht nicht einmal vor Beleidigungen und Drohungen an das iranische Volk halt. Ein solches Verhalten ist nicht dazu angetan, die Krise beizulegen. Außerdem könnte ja das Leben der Geiseln bei einem militärischen Überfall der USA auf Iran gefährdet werden.

All das zeugt davon, daß die Regierung Carter am wenigsten daran denkt, eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu finden. Im Gegenteil, sie verschärft die Krise und zieht sie in die Länge. Im Weißen Haus meint man, in der Wahlkampagne unter dem Motto vorgehen zu können: „Mitten im Galopp wechselt man die Pferde nicht.“

Es ist gewiß nicht das letzte Mal, daß bestimmte Washingtoner Politiker ihre eigennützigen Bestrebungen über die Interessen der internationalen Sicherheit stellen. Doch ist der Mittlere Osten ein viel zu explosiver Raum, als daß sie ihn für ihre Wahlmanöver einspannen dürften, besonders wenn diese Manöver auf jene Kreise abgestimmt sind, für die die Kriegsgefahr das Wahre ist.

D. WOLSKI

MOSKAU EMPFANGSBEREIT

Bis zur Eröffnung der Olympiade in Moskau sind es keine drei Monate mehr. Das Interesse steigt mit jedem Tag. NZ-Korrespondent W. Rosen bat W. G. Smirnow, erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Organisationskomitees „Olympiade-80“ und Vizepräsident des IOC, um ein Interview.



Wie laufen die Vorbereitungen für die Olympiade-80?

Sie sind in die letzte Etappe eingetreten. Alle Dienste arbeiten reibungslos und termingerecht. Die Präsidenten der internationalen Sportverbände haben sich über die Sportstätten, die sie besichtigten, befriedigt geäußert. Einen ausgezeichneten Eindruck machen z. B. die Radsportanlage und der Ruderka-

nal in Krylatskoje. Lushniki ist schon aufnahmebereit. Der Flughafen Scheremetjewo 2, eigens zu den Olympischen Spielen gebaut, hat den Betrieb aufgenommen.

Sagen Sie bitte etwas zu dem Beschluß des NOK der USA, die Olympischen Spiele zu boykottieren.

Grober, in der Geschichte der olympischen Bewegung beispielloser Druck des Weißen Hauses hat es zu diesem Entscheid genötigt. Mit diesem Akt möchte die US-Administration der gesamten internationalen Sportbewegung schaden. Der US-Präsident hatte nur den Wahlkampf im Auge, als er der chauvinistischen Gesinnung in den USA Nahrung gab. Das ist eindeutige Beugung des Völkerrechts.

Wie wirkt sich der Beschluß des NOK der USA auf die amerikanischen Sportler aus?

Von 1896 an fehlten die USA-Sportler bei keinen Olympischen Spielen, und sie steuerten das Ihre zur Entwicklung des Sports in der Welt bei. Begreiflicherweise macht sich jeder Teilnehmer große Hoffnungen. Für die meisten Olympioniken bietet sich die Gelegenheit nur einmal im Leben. Längst nicht jeder ist vier Jahre später wieder in sportlicher Höchstform. Präsident Carter läßt das alles kalt. Ihn kümmert es nicht, daß er seine jungen Landsleute

VEREINIGTES KÖNIGREICH

SACKGASSE NORDIRLAND

Wladimir WJASOW

... Jeden Tag sterben Menschen in Belfast, Derry und Newry. Die 15 000 britischen Soldaten haben eine Normalisierung in Nordirland nicht herbeiführen können — ebenso wie die Minireformen, die die Tory-Regierung Nordirland aufzwingen wollte.

Die „Verfassungskonferenz der Parteien Nordirlands“ in Belfast endete nach über einem Monat mit einem Fiasko. Auf ihr ging es darum, Nordirland eine begrenzte Autonomie zu gewähren. Jetzt will London das so hinstellen, als sei die Suche nach einer Regelung nur verschoben worden. Doch der „Daily Telegraph“ konnte z. B. nicht verhehlen, daß „die Versuche der Regierung, eine beiderseitig annehmbare Lösung zu erzielen ... erfolglos blieben“.

Das vom Thatcher-Kabinett vorgelegte „Arbeitsdokument“ über eine Art Proporz zwischen Katholiken und Protestanten in den örtlichen Verwaltungsorganen Nordirlands erwies sich als

nicht akzeptabel. Die Parteien, deren Vertreter an der Konferenz teilnahmen, konstatierten, daß die von London vorgeschlagenen Verwaltungsreformen die eigentlichen Ursachen für die Spannungen in Nordirland nicht beseitigen.

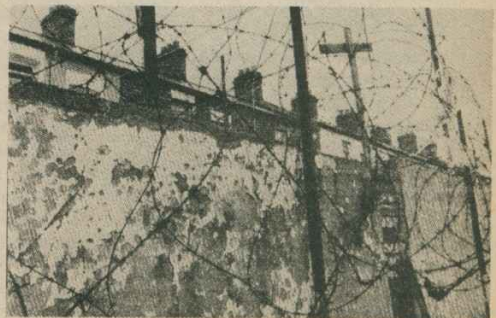
Seit August 1969 steht in Nordirland ein britisches Besatzungskorps. Die bewaffneten Tommies verbreiten bereits über 10 Jahre Angst in den katholischen Ghettos. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung nimmt zu: jetzt bereits mehr als 2000 Tote und 21 000 Verwundete.

Die Ursachen der Nordirland-Krise sind kompliziert und widerspruchsvoll. Doch wie verwirrend das auch sein mag, so ist

doch Londons Wunsch deutlich zu erkennen, Nordirland im Vereinigten Königreich zu behalten. Zugleich kommt eine Wiedervereinigung der Republik Irland mit Nordirland immer wieder ins Gespräch. Hierdurch erklärt sich auch die Einstellung der Iren dazu, daß Nordirland der direkten Verwaltung Londons unterstellt wurde. Ein Teil der katholischen Minderheit Nordirlands setzt sich mit politischen Mitteln für die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich ein. Andere wiederum kämpfen

Ein von Stacheldraht umzäuntes Gebäude — ein typisches Bild im heutigen Nordirland. Nicht von ungefähr wird seine Hauptstadt Belfast als Militärlager bezeichnet.

Foto: ADN



um die Früchte langjährigen Trainings, um die Möglichkeit bringt, an den bedeutendsten internationalen Wettkämpfen teilzunehmen, die häufig die Sportlerlaufbahn krönen.

Und wie wirkt sich der Boykott auf die US-Firmen aus!

Für sie wird er sehr unangenehme Folgen haben. Da ist zuerst die große Fernsehgesellschaft NBC, die die Senderechte erworben hatte. Für diese Rechte und die Anlagen, die sie geliefert hat, zahlt die NBC laut Vertrag mehr als 80 Mio Dollar, und den größten Teil hat sie schon entrichtet. Das bringt sie um eine ansehnliche Summe, denn vertragsgemäß wird nichts zurückgezahlt. Dutzende Millionen amerikanische Fernsehzuschauer aber werden von den Spielen nichts zu sehen bekommen.

Mit anderen US-Firmen, z. B. der weltbekannten Coca-Cola, sind Warenlieferungen und das Recht auf Reklame bei den Spielen vertraglich vereinbart. Das wäre für sie natürlich eine wertvolle

Gelegenheit. Um die kommen sie nun und ebenso um das schon gezahlte Geld. Überdies untergräbt die Situation in gewissem Maße ihren Ruf, denn sie stehen jetzt als unzuverlässige, wenig vertrauenswürdige Partner da.

Die Olympischen Sommerspiele 1984 sollen in Los Angeles ausgetragen werden. Wird sich der Beschluß des NOK der USA in dieser Hinsicht bemerkbar machen!

Wohl möglich. Die Regeln des IOC verbieten ja jegliche politischen Sanktionen im Sport und sehen für ein Olympisches Komitee, das sie verhängt, sogar Disqualifizierung oder Ausschluss aus dem IOC vor. Mag sein, daß Los Angeles das Recht abgesprochen wird, die Olympischen Sommerspiele 1984 auszurichten.

Die Moskauer Olympischen Spiele aber werden gegen alle Ausschreitungen Carters stattfinden, und das zweifellos mit Erfolg.

mit Terrorakten hierfür, wobei sie ihre Schläge zugleich auch gegen die Protestanten richten. Doch auch diese bleiben nicht unfähig und gehen gegen die Katholiken mit ihren eigenen paramilitärischen Organisationen vor.

Die spannungsgeladene Atmosphäre Nordirlands wird durch die Handlungen des von London benutzten Repressionsapparates noch explosiver. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Folterungen sind gang und gäbe. 1977 mußte sich das Europäische Gericht mit den massiven Menschenrechtsverletzungen in Nordirland befassen. Der Generalstaatsanwalt des Vereinigten Königreichs versprach damals feierlich, die übliche Praxis in den „Verhörzentren“ solle nicht mehr angewandt werden. Doch sie besteht weiter.

Im März wurden die Verletzungen der Menschenrechte in Nordirland offiziell von Mitgliedern des Europäischen Parlaments vorgebracht. FKP-Generalsekretär Marchais erklärte gegenüber Abgeordneten der britischen Tories und der Labour Party: „Wir verlangen, daß besonders die Lage in Nordirland, das immer noch — und Ihnen hat es das zu verdanken — unter den Bedingungen der militärischen Besatzung, der Folterungen und Lager lebt, eingehend behandelt

wird.“ Das Parlament lehnte eine Sofortdebatte über diese Frage ab. Doch das Problem als solches ist geblieben. Daß nun die britische Regierung laviert, wobei sie Repressionen gegen die Bevölkerung Nordirlands mit einer Art von politischen Teillösungen zu verbinden sucht, kann kaum jemanden befriedigen.

Die Forderung nach radikalen politischen Änderungen in Nordirland wird immer lauter. So wollte der Ministerpräsident der Republik Irland, Charles Haughey, bei seinem kürzlichen Frankreichbesuch die Suche nach einer Lösung internationalisieren.

In demokratischen Kreisen Großbritanniens betont man, daß ohne grundlegende Maßnahmen die Nordirlandfrage kaum gelöst werden dürfte. Und wie sollen diese Maßnahmen aussehen? Vor allem sollen sich die britischen Truppen jeglicher Einnischung in den nordirischen Konflikt enthalten, die repressiven Notstandsgesetze sind aufzuheben, den Einwohnern der katholischen Ghettos sind die demokratischen Grundrechte zu gewähren und zu garantieren — sonst wird London nicht aus der Sackgasse Nordirland herauskommen.

RUF AUS TRIPOLIS

Die Prophezeiungen der Feinde der arabischen Welt über die unausweichlichen Gegensätze, die sämtliche gemeinsamen Aktionen der arabischen Staaten mit antiimperialistischem Kurs vereitelten, sind nicht eingetreten. Das zeigten die Ergebnisse des vierten Gipfels (Tripolis, 12.—15. April) der Teilnehmer der panarabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes — Syriens, Algeriens, Libyens, der VDRJ und der PLO.

Diese Front war 1977 gebildet worden, um Sadats Kapitulantentpolitik zu bekämpfen. Auf der heutigen Etappe stellen sich die Frontteilnehmer die Aufgabe, von Maßnahmen der politischen und wirtschaftlichen Isolierung Ägyptens zu intensiveren Handlungen überzugehen. Das Treffen rief die arabischen Regierungen auf, ihre Beziehungen zu den USA zu revidieren und die Schaffung von US-Stützpunkten in der arabischen Welt als Aggression gegen ihre Völker anzusehen.

Es wurde beschlossen, Leitungsorgane der Front zu bilden — eine oberste Leitung, eine politische Führung, ein Komitee für Informationsfragen und ein militärisches Kommando, dem die im Aufbau begriffenen gemeinsamen Streitkräfte der Front unterstellt sein werden.

Diese Beschlüsse erlangen besondere Bedeutung angesichts der verzweifelten Versuche Washingtons, die ägyptisch-israelischen Verhandlungen über eine palästinensische „Autonomie“ aus der Sackgasse zu führen. Bei den kürzlichen Besuchen Sadats und Begin in den USA wurde beschlossen, diese Gespräche stark zu intensivieren. Zugleich setzt sich die israelische Militärschicht in den besetzten Gebieten Südlibanons weiter fest und stachelt die Trupps seiner Marionette Khaddad zu Provokationen gegen die UNO-Interimskräfte auf.

Die Teilnehmer der Konferenz betonten, daß Syrien die wichtigste politische und militärische Kraft in der Konfrontation mit Israel ist. Sie verwiesen darauf, daß das arabische Volk von Palästina und sein anerkannter Führer, die PLO, allseitige Hilfe erhalten müssen. Sie bekundeten ihre Solidarität mit der iranischen Revolution und bekräftigten das Recht des afghanischen Volkes, seine Heimat zu verteidigen. Muammar Al Gaddafi wurde beauftragt, mit der Sowjetunion in Kontakt zu treten, um die „Beziehungen zwischen der UdSSR und den Ländern der Front zu festigen und zu vertiefen“. Das Streben der arabischen Völker nach antiimperialistischer Aktionseinheit wird immer stärker.

A. SEMJONOW

„LUNCHGEPLAUDER“

Der australische Multimillionär und Pressezar Rupert Murdoch steht im Ruf, seine Geschäfte zäh zu betreiben, wobei er in seinen Mitteln nicht sonderlich wählerisch ist. Die meisten seiner Blätter buhlen mit Schmutz, Schund und künstlich aufgebauchten Sensationen um die Lesergunst.

Die Riesenprofite ermöglichen Murdoch, sein Imperium ständig auszuweiten. Kürzlich griff er bei der großen australischen Fluggesellschaft Ansett zu. Als nun zu entscheiden war, welche neuen Flugzeugtypen für Murdochs Linie angekauft werden sollten — amerikanische Boeings oder aber die geräumigeren westeuropäischen Aerobusse — packte der Australier den Stier bei den Hörnern und beschloß, sich mit Präsident Carter zu treffen. Einfach so, beim Lunch...

Die Teilnehmer dieses Essens ergehen sich nun in Andeutungen, bei den Steaks sei über die Sprößlinge des Präsidenten gesprochen worden. Ferner

Der Öffentlichkeit entging es nicht, daß Murdochs „New York Post“ genau drei Tage später eine Großkampagne für Carters Wiederwahl einleitete. Weitere sechs Tage später erhielt der australische Pressezar einen Kredit über fast 300 Mio Dollar von der Export- und Importbank der USA für den Ankauf der Boeings — und das zu einem niedrigeren Zinssatz als andere Klienten.

Interessante Einzelheiten des Lunchs gelangen allmählich an die Öffentlichkeit — und nicht nur in die Presse. Ein Ausschuß des US-Senats nahm seine Untersuchungen auf. Ob das zu einem Ergebnis führen wird? Zu viele einflußreiche Figuren sind daran interessiert, daß sich die Version von dem harmlosen „Lunchgeplauder“ durchsetzt.

W. SHITOMIRSKI

Der beispiellose politische und finanzielle Druck der Administration hat das Nationale Olympische Komitee der USA zum Boykott der Moskauer Olympiade genötigt.



Olympioniken hinter Gitter

Zeichnung: W. Tschakiridis

ARBEITSTEILUNG

Israel hat offiziell bekanntgegeben, es werde keine Waffen und Ersatzteile mehr an die südafrikanischen Rassisten liefern. In Tel Aviv erklärt man das damit, Washington habe sich in seiner „Menschenrechtskampagne“ gegen den Verkauf israelischer Waffen an das Apartheidregime ausgesprochen.

Zugleich meldete die in Frankreich erscheinende Zeitschrift „Afrique-Asie“, Ägypten habe beschlossen, der RSA Munition und Schußwaffen für umgerechnet 150 Mio Franc zu liefern. Die Einzelheiten seien im Januar beim Kairo-Besuch einer hochkarätigen südafrikanischen Delegation abgestimmt worden. Ägypten diene ferner als Umschlagpunkt. Bevor Rüstungsgüter westlicher Produktion (vor allem aus den USA) an Südafrika abgehen, werden sie mit der Aufschrift „Made in Egypt“ versehen und in Kisten mit ägyptischer Aufschrift umgepackt.

Die Kairoer Führung stört es nicht, daß sie durch die Übernahme dieser Rolle gegen das von der UNO verkündete Waffenembargo gegen Pretoria verstößt. Die ägyptische Regierung, die dem Ex-Schah Unterschlupf gewährte, hat offenbar nichts zu verlieren.

S. ANDREJEV

PERKS ZAHLT

Als die Labourregierung seinerzeit die progressive Steuerschraube anzog, begannen die britische Industrie darüber nachzudenken, wie ihre Manager und Vorstandsmitglieder von den neuen Belastungen befreit werden könnten. Dabei kam man auf das System der Perks. Diese Abkürzung stammt vom englischen Wort „perquisites“ — „Zubrot“ oder „Zufallsverdienst“.

Um die Steuern zu senken, werden eben die Gehälter stark gedrückt. Statt dessen werden Wohnungen und Dienstwagen ganz oder fast unentgeltlich überlassen. Außerdem zahlt man zusätzliches Urlaubsgeld und übernimmt die Kosten dafür, daß die Kinder teure Privatschulen besuchen. Kredite für den Grundstückkauf werden gewährt und manchmal „entfällt“ dann eben die Rückzahlungsverpflichtung. Ferner werden Mitgliedsbeiträge für teure Klubs übernommen, selbst für Koch und Gärtner.

Nach dem Machtantritt der Tories werden die Manager nicht mehr so stark vom Finanzamt „geschöpft“. Doch das Perks-System lebt weiter — und das in immer neuen Formen. Perks zahlt...

W. R.



„Rupert Murdoch, der neue Baron der New-Yorker Presse, hat für Politik mehr übrig als für Sex und Crime“ — das schrieb die Zeitschrift „Seven Days“ (USA) zu dieser Karikatur.

sickerte durch, daß der Gast mit der Qualität der Carter-Steaks nicht sonderlich zufrieden war. Doch das konnte ihm die Stimmung nicht verderben. Bei dem Lunch dürfte man zur beiderseitigen Zufriedenheit eine Vereinbarung getroffen haben.

MINALTANGO...

... Sie Musik in Ihren Revol-
Unsere 'Kugeln' explodieren
suk.' So preist die italieni-
ma Voxson (Rundfunk- und
geräte) ihre Transistoremp-
der Marke Tanga an.



Military-Look, mit dem die
den kürzesten Weg zu den
hen finden will, gefällt je-
cht allen. Einige Zeitungen
n sich kategorisch, diese
zu veröffentlichen. Wäh-
gewöhnliche und die „po-
Kriminalität immer mehr
rdert, ist es ja mehr als ge-
os, solche Anzeigen zu

bei der Voxson ist man da
Meinung — und nicht nur
schrieb „Panorama“ (Mai-

land) kürzlich, die neue Jagdsaison
auf ... Justizbedienstete sei eröff-
net. Allein in einer Woche wurden
in Italien drei Richter von Terrori-
sten ermordet: Nicola Giacombi, Gi-
rolamo Minervini und (Foto unten
rechts) Guido Galli. Einige Seiten
weiter findet sich dann eine An-
zeige für die Tanga, die mit den
Worten beginnt: „Legen Sie Musik
in Ihren Revolver...“

L. MAKAREWITSCH



MÖRDERISCHE PROZENTE

Die bürgerliche Presse bringt regelmäßig neue Angaben
über die Arbeitslosigkeit in Prozenten und absoluten
Zahlen. Und diese Angaben zeigen die insgesamt zuneh-
mende Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrie-
ländern. Doch es gibt auch eine andere Statistik über die
Folgen der Arbeitslosigkeit, die die menschliche Persön-
lichkeit zerstört.

Das verdeutlicht ein Schaubild aus der Wochenzeitung
„Horizont“ (DDR). Eine Zunahme der Arbeitslosenziffer
um nur 1% bedeutet eine Steigerung der Todesfälle um
1,9%. Besonders häufig sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen
mit tödlichem Ausgang. Ein Prozent mehr Arbeitslose läßt
die Zahl der psychisch Kranken um 3,4% derjenigen, die
wegen verschiedener Vergehen ins Gefängnis kommen,
um 4%, der Selbstmorde um 4,1% und der Morde um 5,7%
steigen.

Opfer der Arbeitslosigkeit werden vor allem ältere Per-
sonen sowie Jugendliche, die Schüler und Studenten von
gestern. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen in den EG-
Ländern sind fast 40 Prozent junge Menschen unter 25.
Wie viele von ihnen werden wir unter den mörderischen
Prozenten wiederfinden?

L. SMIRNOWA

EN IM TUNNEL

in die amerikanische
ung das jetzt fehlen-
t der US-Bürger auf
um aufgenommen wer-
te, könnte ein solcher
wie folgt aussehen:
eld hat, der hat auch
cht auf Wohnraum.“
itere Erklärung ist da
tig — das Finanzielle
t eben die Qualität
nraums. So wird in
tungsanzeige eine Vil-
rundstück, Reitställen,
ngpool und Tennis-
angeboten — für 1,5
lar. Doch solange das
af Wohnraum in der
ng fehlt, richtet sich
t so ein, wie er kann.

Die Fotos aus der „New York
Times“ zeigen New-Yorker in
einem Renommierviertel der
Stadt — zwischen der 44.
Straße und der Vanderbilt
Avenue. Zudem muß man eine
kupferbeschlagene Tür beim
weltbekannten Waldorf-Astoria-
Hotel in der 49. Straße öff-
nen, um hierhin zu gelan-
gen. Doch die Menschen hier
wohnen nicht in Zimmern,
sondern in ... endlosen Tun-
nels für Fernheizungsrohre.
Wer hier haust, hat kein Geld
und muß unter der Erde leben.

Einer der Tunnelbewohner
heißt Ed. Er lebt hier schon
seit langem. Unter der Erde
ist es warm, während man auf

der Straße friert. Für ein Zim-
mer „oben“ müßte man 55
oder 60 Dollar die Woche hin-
blättern. Ed hat dieses Geld
nicht. Am Tag geht Ed in die
nahegelegene Kirche, wo Leute
wie er einen Teller Suppe be-
kommen. Dort dürfen sie lesen



und sogar Karten spielen. Ed
meint, er sei in diesem Tunnel
trotz allem nicht so tief gefal-
len, daß er nicht wieder hoch
kommen könnte.

„Hoffentlich werden Sie die-
se Informationen über das
Leben im reichen Amerika ge-
brauchen können“ — das
schrieb unser Leser Edward
Maurin, der uns den illustrier-
ten Beitrag aus der „New York
Times“ sandte.

G. VIKTOROW

ZWEI JAHRE AFGHANISCHE REVOLUTION

Viktor SIDENKO

Am 27. April begehen die Fortschrittskräfte in aller Welt den zweiten Jahrestag der Aprilrevolution in Afghanistan. Sie tun es mit geteilten Gefühlen: froh, weil es gelungen ist, die Revolution und ihre Ergebnisse zu behaupten; stolz, weil ihre Rettung den Bemühungen aller aufrechten, fortschrittlichen, revolutionären Kräfte der Gegenwart, aller Kräfte des Friedens und sozialen Fortschritts zu verdanken ist, die Einigkeit bewiesen und gezeigt haben, daß sie sich ihrer internationalistischen Pflicht bewußt sind; und schließlich voll Sorge, weil die Ränke des Imperialismus, der hegemonistischen Kräfte und der regionalen Reaktion gegen die Revolution kein Ende nehmen. Sie ist noch immer gefährdet.

Zugleich ist der Jahrestag Anlaß zu gründlichem Nachdenken über die Zukunft der afghanischen Aprilrevolution und der nationaldemokratischen Revolutionen in den Entwicklungsländern, Anlaß auch dazu, aus ihnen Lehren abzuleiten.

Es stand von Anfang an außer jedem Zweifel, daß der Revolution vom 27. April 1978 in Afghanistan große positive Bedeutung zukommt, vor allem natürlich für das afghanische Volk. Vom ersten Tag an war klar, daß das eine demokratische, antifeudale und antiimperialistische Volksrevolution ist.

Der revolutionäre Sturmangriff auf das verrottete, korrupte Regime Mohammed Dauds wurde von der DVPA (Demokratischen Volkspartei Afghanistans) geführt, die am 1. Januar 1965 im Haus Nur Mohammed Tarakis bei Kabul gegründet worden war. Sie setzte sich aus demokratisch gesinnten Intellektuellen, Staatsbeamten und patriotischen Militärs zusammen und hatte Kontakt zu den fortschrittlichen werktätigen Schichten und den Soldaten. Diesem ihrem Rückhalt ist weitgehend der Erfolg der Revolution zu verdanken.

Natürlich hätte die soziale Basis der DVPA beim Beginn der Revolution auch breiter sein können. Daß das nicht der Fall war, lag aber an dem gestürzten Regime Dauds, das die Patrioten schonungslos verfolgt, viele eingekerkert, die einheimischen Reaktionäre auf sie gehetzt und Demokraten gemordet hatte.

Um so erhebender war der Sieg der DVPA vor zwei Jahren.

Stark war die Resonanz, die die antiimperialistische Befreiungsrevolution des afghanischen Volkes in allen ehemaligen Kolonien und Halb-

kolonien fand, und sie hatte auch eine sehr große Wirkung auf den revolutionären Prozeß in aller Welt. Nachdem Dauds volksfeindliches Regime gestürzt worden war, trat im April 1978 eine krasse Veränderung des politischen und sozialen Kräfteverhältnisses im Mittleren Osten zugunsten der Sache des Friedens und der nationalen Befreiung ein, und die Revolution im Iran von Februar 1979, die dem proamerikanischen Regime des Schahs ein Ende machte, verlagerte das Kräftegleichgewicht in dieser Region noch mehr und wieder zuungunsten des Imperialismus, des Hegemonismus und der Reaktion.

Die Kernfrage

Wie jede Revolution, so entstand auch die afghanische auf nationalem Boden. Sie wurde vom Volk, von den breiten werktätigen Massen selbst vollbracht und lag in ihrem Interesse. Von Anfang an standen sie auf seiten der revolutionären Avantgarde, sonst hätte diese nicht 10 Stunden, sondern viel mehr Zeit gebraucht, um der reaktionären Diktatur Dauds ein Ende zu bereiten. Hätte das Volk geschwiegen, dann hätte die Revolution nicht so überzeugend siegen können. Man muß damals in Kabul gewesen sein, wo überall rote Fahnen wehten und Menschenmengen jubelten, um zu begreifen, wie begeistert das Volk die neue Ordnung begrüßte.

Es war nicht, wie manche behaupten, eine Palastrevolution, wenn die revolutionären Kräfte auch den Palast des Präsidenten erstürmten, wobei Daud, der nicht die Waffen strecken wollte, den Tod fand.

Es ist aber keine Seltenheit, daß Revolutionen mit der Erstürmung von Palästen, Gefängnissen und anderen Zwingburgen der alten Macht begannen. Es kommt nicht auf die Form der ersten Aktionen in einer Revolution an, ob auf Barrikaden gekämpft, oder Massenkundgebungen abgehalten werden. Es kommt darauf an, wozu diese Aktionen führen, ob zum Mischen des abgegriffenen politischen Kartenspiels, zu Umstellungen in Kabinetten, zu einer Neuverteilung an der Futterkrippe der Regierung oder zum Machtantritt einer anderen Klasse. Der Massenerückhalt einer revolutionären Aktion braucht nicht unbedingt im ersten Augenblick zutage zu treten. Er kann sich nach dem Sturz der alten Machthaber, beim Umbau der Gesellschaft in einer entschiedenen Solidarität mit der Avantgarde

äußern und tut es auch oft.

Wie Lenin sagte, besteht die wichtigste, die entscheidende Frage in einer Revolution im „Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen...“. Das sei „das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer Revolution, sowohl in der streng wissenschaftlichen wie auch in der praktisch-politischen Bedeutung dieses Begriffs“. Von diesem Standpunkt aus erregt die Echtheit der revolutionären Wandlungen in Afghanistan keinen Zweifel. Die Macht ist von dem Häuflein der Feudalherren (5% der Bevölkerung), die 44% des urbanen Bodens besaßen, von der Makler- und Zwischenhändlerbourgeoisie und der hohen Beamtschaft an die revolutionär-demokratischen Kräfte übergegangen, die die Interessen der breiten werktätigen Massen wahren. Das Ergebnis war das Entstehen der DRA.

Bestand das Risiko einer Niederlage dieser Revolution? In der Theorie ja. Engels schrieb: „In der Revolution wie im Kriege ist es unbedingt notwendig, im entscheidenden Augenblick alles zu wagen, wie die Chancen auch stehen mögen... Bei jedem Kampf ist es selbstverständlich, daß derjenige, der den Handschuh aufnimmt, Gefahr läuft, geschlagen zu werden; aber ist das ein Grund, sich geschlagen zu geben und das Joch auf sich zu nehmen, ohne das Schwert gezogen zu haben?“ Die DVPA ging ein Risiko ein, als sie „das Schwert der Revolution zog“. Das Vorhandensein dieses Risikos zeugte aber keineswegs davon, daß sie keinen Rückhalt gehabt hätte. Sie hatte ihn, und deshalb war ihr Vorgehen keinesfalls eine Palastrevolution, kein Putsch.

Das „revolutionäre Feuer“ erlischt bei Umstürzen von oben, sobald die neuen Machthaber die Ministersessel eingenommen haben. Ihre „konstruktive Energie“ versickert im Sande der Hofintrigen. Mit der afghanischen Revolution ist es anders. Sie hat sehr viel vor und kann sich über einen Mangel an Energie nicht beklagen.

Vor allen Dingen mußte das Land aus der mittelalterlichen Finsternis hinausgeführt, mußte dem Feudalismus ein Ende gemacht und der Entwicklung der Produktivkräfte freie Bahn gegeben werden. Ein Jahr vor der Revolution, 1977, rechneten Experten der UNO Afghanistan auf vielen, wenn nicht sogar auf den meisten Gebieten zu den zurückge-

bliebensten Ländern der Welt. Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung betrug etwas über 100 Dollar. Das Land mit seinen 15 Millionen Einwohnern hatte nur etwa 800 Ärzte, 75 Lehranstalten und 200 Fabriken. Die überwiegende Bevölkerungsmehrheit war in einer katastrophalen sozialen Lage. Von je 10 Personen waren 9 Analphabeten. 1,5 Millionen Kinder im Schulalter konnten keine Schule besuchen. Die Zahlen lassen erkennen, wie groß die Probleme der Revolution waren und wie unglaublich schwer es war, die im Feudalismus steckende Gesellschaft zu modernisieren.

Es lag nicht nur daran, daß die internationalen Monopole, der einheimische Feudalismus und die Spekulanten- und Wuchererbourgeoisie das Land in seinem wirtschaftlichen Vorwärtsschritt behinderten. In Afghanistan zeigt es sich besonders kraß, wie mittelalterliche Begriffe auf Bauern und Nomaden lasten und sie nicht nur materiell von der Spitzenschicht der Nomaden abhängig, sondern auch durchweg geistig zu deren Sklaven machen. Die sklavische Abhängigkeit, die Unwissenheit und allgemeine Rückständigkeit hinderten viele Bauern und Viehzüchter, die Aussichten zu erkennen, die ihnen die Revolution bietet. Insofern war ihre geistige Befreiung nicht minder wichtig als die wirt-

sehen von einigen Fehlschlägen und Unzulänglichkeiten, die bei einem so großen Vorhaben kaum vermeidbar sind, waren das Wandlungen im Interesse des Volkes.

In erster Linie half die Revolution den ärmsten Bauern. Durch Erlaß Nr. 6 des Revolutionsrates wurden etwa 11 Millionen Bauern und ihren Familien, d. h. über 80% der Landbevölkerung, ihre Schulden bei Gutsbesitzern und Wucherern erlassen. Im November 1978 trat der Erlass Nr. 8 des Revolutionsrates in Kraft, der den Auftakt zu einer radikalen Umgestaltung der Landwirtschaft gab. Er setzte fest, daß der Grundbesitz nicht mehr als 30 Djerib (1 Djerib = 0,2 ha) betragen darf; die Bodenüberschüsse wurden eingezogen und den landlosen (15% der Bauernschaft) und landarmen Bauern kostenlos überlassen. Die ersten Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbestellung wurden gegründet. Ebenso Hilfskassen aus Beiträgen von Bauern und für sie. Insgesamt entstanden über 1000 Genossenschaften.

Nicht wenig gab die Revolution in den ersten Monaten auch den Arbeitern. Die Preise für manche Nahrungsmittel wurden unter Kontrolle gestellt, im staatlichen Sektor wurde ihre Abgabe an die Arbeiter zu Vorzugspreisen verfügt. Die Befreiung der Frau wurde in Angriff genommen. Ein Familien- und Ehegesetz gab der Frau gleiche Rechte wie dem Mann. Glaubensfreiheit wurde verkündet. Auch wurden Maßnahmen zur Behebung des Analphabetentums und zur Hebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung getroffen. Die nationale Frage war nicht vergessen. In Schulen wurde Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten eingeführt, für sie wurden Zeitungen gegründet und Rundfunkprogramme ausgestrahlt.

Natürlich kann man in einem Jahr oder in zwei Jahren nicht soviel schaffen, wie man gern möchte. Die revolutionäre

Führung aber war zuversichtlich und hatte Erfolge, auf die sie sich stützen konnte.

Dank den fortschrittlichen Reformen verbreiterte sich die Massenbasis der Revolution. Die Partei- und die Staatsführung unter Taraki bemühten sich darum, die breiten Massen in den revolutionären Prozeß einzubeziehen. Mit Hilfe der DVPA kamen gesellschaftliche Bewegungen

zustande, die zeigten, daß sich auch im Bewußtsein der Werktätigen manches geändert hatte, z. B. eine Bewegung unentgeltlicher Aufbauschichten im ganzen Land. Die Werktätigen, die ihr angehörten, haben schon Instandsetzungen ausgeführt sowie Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser gebaut. Betriebe und Wohnviertel traten in einen Wettbewerb, er nahm immer größeren Umfang an. An der Einführung dieser neuen Arbeitsform und öffentlichen Betätigung hatten sich die Gewerkschaften, der Demokratische Volksverband der Frauen, der der Jugend und die Bauernausschüsse rege beteiligt. Gemeinsam mit der Armee versah die aus fortschrittlichen Arbeitern und Bauern bestehende Arbeitsarmee den Wachdienst, damit die revolutionären Errungenschaften nicht angetastet wurden. Im ersten Revolutionsjahr spendeten die Werktätigen Hunderte Millionen Afghani für die Förderung der demokratischen Umgestaltungen. Das alles trug zur sozialen Stabilität des revolutionären Regimes bei.

Auch in den herkömmlichen gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan begann eine neue Phase: Im Dezember 1978 schlossen sie den Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit.

Über diese Beziehungen äußerte das ZK der DVPA in den Thesen zum zweiten Jahrestag der Aprilrevolution: „In ihrem außenpolitischen Wirken gehen die DVPA und die Regierung der DRA von der Wahrheit aus, daß die Freiheit Afghanistans und das Glück und Wohlergehen des afghanischen Volkes nur gewährleistet werden können, wenn die brüderliche Freundschaft und erspriessliche Zusammenarbeit mit der großen Sowjetunion weiter gefestigt und ausgedehnt werden. Diese Freundschaft und diese Zusammenarbeit sind der Schwerpunkt der Außenpolitik des neuen Afghanistan und ein lebenswichtiger Faktor der Verteidigung unserer Heimat und der von der Aprilrevolution herbeigeführten Wandlungen.“

Die negativen Faktoren

Diesen Kurs steuerte die Aprilrevolution von Anfang an.

Zugleich aber traten mit jedem Monat stärker negative Faktoren auf, die den revolutionären Prozeß abbremsen. Von ihnen muß hier die Rede sein, denn ohne sie analysiert zu haben, kann man das weitere nicht verstehen, nämlich wie es im Land zu einer äußerst gefährlichen Krisensituation kommen konnte, die Sondermaßnahmen zur Rettung der Revolution notwendig machte. Vier solche Faktoren seien hier genannt.



Nur Mohammad Taraki, der Führer der Aprilrevolution, unter dem Volk

Szenenbild aus dem Dokumentarfilm „Afghanistan. Die Revolution geht weiter“

schaftliche Entwicklung und die Hebung des Lebensstandards.

Umgestaltungen für das Volk

Die afghanischen Revolutionäre durften nicht rasten. Ohne Aufschub ging die Führung der Republik unter Taraki daran, einschneidende Umgestaltungen vorzunehmen. Ihr Umfang und ihre soziale Ausrichtung standen außer allem Zweifel: Abge-

Der erste und schwerste negative Faktor war der zunehmende Widerstand gegen die revolutionären Wandlungen, die direkte Einmischung des internationalen Imperialismus, des chinesischen Hegemonismus und der reaktionären nah- und mittelöstlichen Regimes (vor allem Pakistans und Saudi-Arabiens) in die inneren Angelegenheiten der Demokratischen Republik Afghanistan. Sie alle sind konterrevolutionär, hassen die Aprilrevolution und bekämpfen sie auch mit Waffen. Für sie alle ist die afghanische Revolution eine Gefahr, u. zw. als revolutionierender Faktor, der die Positionen der nationalen Befreiung und des sozialen Fortschritts in Asien und in der ganzen Welt stärkt.

Außerdem hatte jede dieser Kräfte etwas Eigenes gegen die Aprilrevolution. Der US-Imperialismus z. B. war sich darüber klar, daß mit dem Sieg des Volkes und dem Machtantritt der DVPA seine Pläne scheitern, einen Bogen des Hasses und der Feindschaft an der Südgrenze der UdSSR entlang, vom Schwarzen Meer bis zum Pazifik, zu spannen. Die Schaffung dieses antisowjetischen Kordons wurde noch schwieriger, als aus der proimperialistischen Kette der Iran ausfiel. Sie zerfiel zusehends. Die Washingtoner Strategen rechneten aber auf Revanche. Nach dem Fiasko im Iran orientierte sich Washington sogar noch mehr auf Afghanistan. „Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß die USA nach der vernichtenden Niederlage im Iran darauf verzichten werden, in dieser Region zu operieren“, schrieb am 3. Juli 1979 der Pariser „Figaro“. „Sie wollen die Vorgänge in Afghanistan dazu benutzen, Staaten und Parteien mit streng islamischen politischen Auffassungen ins antisowjetische Lager hinüberzuziehen. Das ist ihr Ziel.“

In Peking war man vor allem deshalb so gegen die Aprilrevolution eingestellt, weil sie sich von ihren ersten Schritten an für eine Politik der Freundschaft und gutnachbarlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR erklärt hatte, was in den Augen Pekings eine Todsünde ist. Dessen Wut auf die DRA wurde noch größer, als der Versuch scheiterte, der Führung Afghanistans über die afghanischen Maoisten einen promaoistischen Kurs aufzuzunützen. Auch ein Bündnis der maoistischen Organisationen (solchen wie der Shoaleye Djawid) mit der DVPA kam nicht zustande. Die Patrioten wollten sich nicht von den auf Peking orientierten Elementen gängeln lassen. Da gingen diese zu Terror und Sabotage über. Den Höhepunkt erreichten ihre regierungs-

feindlichen Aktionen mit dem konterrevolutionären Putsch in Dji had vom Frühjahr 1979. Auch andere maoistische Gruppierungen — die Sorha, Ahgar — schalteten sich in den Kampf gegen die Führung der Republik ein.

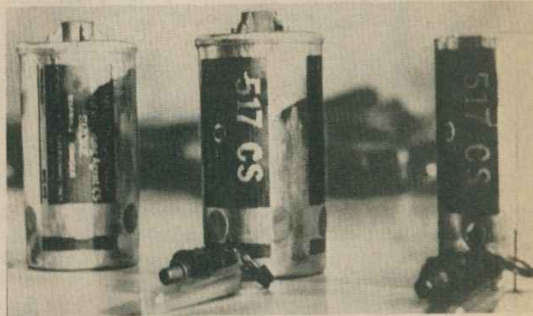
Die regionale, nah- und mittelöstliche Reaktion schließlich bereitete der afghanischen Revolution besonders deshalb eine geharnischte Aufnahme, weil sie deren starke fortschrittliche Wirkung auf ihre Länder fürchtet. Wenn die afghanischen Gutsbesitzer ihre Güter verloren haben, könnte es da ihren pakistanischen, saudischen und anderen Klassenbrüdern nicht auch so ergehen? Ebenso wenig konnten die hohen Beamten, die sich durch Unterschlagungen bereichert haben, und die von ausländischen Monopolen reichlich geschmierte Spekulant- und Maklerbourgeoisie vor revolutionären Wandlungen sicher sein.

Der zweite negative Faktor ist die innere Konterrevolution, die sich sozial nicht viel anders als die reaktionären Kräfte in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern überhaupt und in den benachbarten im besonderen zusammensetzt. Es sind die Feudalherren, denen die Revolution den Grund und Boden abgenommen hat, die Anhänger des Königs und dann seines Nachfolgers, des Präsidenten, die ihre Privilegien aufgeben mußten, und die Stammeshäuptlinge, deren unumschränkte Macht über die Angehörigen ihrer Stämme (und das Recht, sie auszubeuten) durch die Revolution in Frage gestellt war. Und schließlich war es die Maklerbourgeoisie, die ihre Hoffnung auf große Gewinne aus Geschäften mit westlichen Konzernen schwinden sehen mußte. Viele von ihnen wurden vom Sturmwind der Revolution über die Grenze geweht. Sie setzten sich in Nachbarländern, vor allem in Pakistan, fest. Dort entstanden zahlreiche konterrevolutionäre Organisationen (nach Angaben der afghanischen Behörden bestehen über 60 Emigrantengruppierungen). Sie haben verschiedene Programme und sind verschieden groß, aber es eint sie der wütende Haß auf das revolutionäre Regime und Revanchegier.

Nur sehr bedingt kann man den Emigrantenabschaum jetzt eine innere Konterrevolution nennen. Sie hat alles „Nationale“ eingeübt und ist eine äußere Konterrevolution, denn ihre Stäbe und Stützpunkte

befinden sich im Ausland, sie werden dort finanziert und ausgerüstet und haben dort ihre politischen Verbindungen.

Die innere und die äußere Reaktion haben sich zusammengeschlossen. Waffen, Geld und Instrukteure liefern der Westen, Peking und die arabische Reaktion, während die innere Konterrevolution das Kanonenfutter stellt und beim Feldzug gegen die „Ungläubigen“, die revolutionären Demokraten und aufrechten Patrioten auftritt. Ihr Antisowjetismus und Antikommunismus ist der



Bei ins Land eingeschleusten Sabotageagenten beschlagnahmte amerikanische Chemiewaffen (Handgranaten)

TASS-Foto

Kitt, der die Allianz der inneren und äußeren Konterrevolution zusammenhält.

Wer die Führer der äußeren sind, ist nur zu gut bekannt. Es sind Brzezinski, Hua Guofeng, Huang Hua, Zia ul-Haq u. a. Weniger bekannt sind die Führer der „inneren“, genauer der Exil-Konterrevolution. Es lohnt aber, sie detaillierter zu charakterisieren.

Konterrevolutionäre am Werk

Da ist zunächst Zia Khan Nassry, der Vorsitzende des „Afghanisch-islamischen und nationalistischen Revolutionsrates“. Sein Vater war ein hoher königlicher Beamter. Er selbst studierte und arbeitete in den USA und ließ sich dort naturalisieren. In letzter Zeit war er beim New-Yorker Einwanderungs- und Einbürgerungsdienst Fahndungsbeamter der Polizei, bis ihn die CIA als „Führer der afghanischen Emigranten“ anforderte.

Eine andere solche Figur ist Gulbuddin Hekmatyar (34), Vorsitzender der Hezbe-Islami-Partei, die sich als führende Emigrantenorganisation aufspielt. Der „Washington Post“ zufolge besteht ihr offizielles Programm in der Forderung, „nicht-islamischen Ideen und Traditionen offenen Widerstand zu leisten“. Mit diesen meint man z. B. die Gewohnheit der Frauen, unverschleiert zu gehen. Hekmatyar hat sich übrigens

selbst nicht an die Islamtraditionen gehalten. Der Inhaber einer großen Maklerfirma für den Autovertrieb war früher in Kabul als Genießer einer „dolce vita“ berüchtigt.

Den Chef einer anderen Emigranten-Gruppierung, Sayed Ahmed Gailani, kannte man in Kabul als Inhaber eines Autosalons für Peugeot-Wagen und als Großgrundbesitzer. Als sein Geschäft beschlagnahmt wurde und man seine großen Liegenschaften bei Jalalabad unter seine früheren Pächter verteilte, floh er mit seiner Frau (einer Enkelin des Ex-Königs) nach Peshawar (Pakistan) und stellte dort Banden auf.

Das sind nur zwei von den Rädelnführern der Konterrevolution. Verfechter der Islamtraditionen kann man sie ganz gewiß nicht nennen, eher „ideologische Kämpen“ einer persönlichen Bereicherung.

Diese Kamarilla wäre kaum eine ernste Gefahr für die Revolution, selbst bei der ausgiebigen Hilfe von außen, wenn sie in Afghanistan selbst keine Stütze hätte. Sie hat sie aber noch. Es ist die Unwissenheit und Zurückgebliebenheit der Bevölkerung, besonders auf dem Lande, die Jahrhunderte lang von den Gutsbesitzern und Stammeshäuptlingen abhängig war. Die Konterrevolution manipuliert mit Schlagworten wie Schutz des Islams und Kampf gegen den Kommunismus, der die uralten Grundsätze, Glaubensregeln und Bräuche der Afghanen bedrohe. Damit will sie Leute aus dem Volk gewinnen und in ihre bewaffneten Banden pressen. Nicht zuletzt versucht man es auch mit Darlehen für den Brautkauf (den Kalym), für den Kauf von Vieh und Waffen sowie mit dem Versprechen, die Darlehen zu stunden. Beispielsweise ist bekannt geworden, daß jeder auf pakistanischem Boden Angeworbene eine Zuwendung von 9000 pakistanischen Rupien bekommen hat, was für dortige Begriffe sehr viel ist. Auch riecht das Geld auffallend nach Nahostöl.

Die Revolution hatte die Schulden aber schon gestrichen. Sie hatte den Kalym verboten! Es ist die Tragödie der afghanischen Revolution, daß sie das alles tat, aber nicht genug Zeit und Erfahrung hatte, um den Glauben aller oder der meisten Afghanen an die Unerschütterlichkeit der Jahrhunderte alten sozialen Grundsätze ins Wanken zu bringen. Manche glaubten noch nicht daran, daß die neue Macht Bestand haben wird und daß es ein Zurück nicht gibt. Die lastende Zurückgebliebenheit, die Gewohnheit, Befehle des Feudalherren blind zu befolgen, wirkten anfangs auf manche stärker als die Aufrufe der revolutionären Agitatoren.

Es ging so weit, daß die besitzlosen Bauern in manchen Gegenden den Grund und Boden nicht annehmen wollten. Man hatte ihnen eingeflüstert, es verstoße gegen den Koran, etwas zu nehmen, was einem anderen fortgenommen worden sei. Sie dachten nicht daran, daß dieser andere sie täglich, ja stündlich ausgeplündert hatte. Das war ein uralter geheiligter Brauch gewesen. Als ein Korrespondent des amerikanischen „Christian Science Monitor“ einen Bauern fragte, wie er in das pakistanische Putschistenlager geraten sei, antwortete er: „Sie“ (die revolutionären Behörden) „wollten eine Mädchenschule aufmachen, sie schickten uns Lehrer aus Kabul. Wir wollen nicht, daß unsere Frauen lernen.“ Diese Mentalität eines Soldaten der Putschisten, der, wie derselbe Korrespondent schreibt, „weder lesen noch schreiben kann“, veranlaßte ihn, gegen die Wandlungen im Land zu kämpfen.

Natürlich gab es nicht allzuviel solche Leute, aber immerhin genug, damit Konterrevolutionäre wie Gailani und Hekmatyar aus ihnen (in manchen Fällen bis zu 1000 Mann starke) Verbände aufstellen und sie bewaffnet in Afghanistan einschleusen konnten. Oft standen Offiziere des pakistanischen und des chinesischen Geheimdienstes an ihrer Spitze.

Zu diesen objektiven Schwierigkeiten, auf die wohl jede Revolution (die Oktoberrevolution in Rußland nicht ausgenommen) in ihren Anfangsstadien mehr oder weniger stößt, kamen in Afghanistan noch andere Probleme, die zusammen den dritten negativen Faktor bilden.

Es handelt sich um das Fehlen einer Einheit der revolutionären Kräfte, um das Anwachsen eines Fraktionskampfes in der DVPA. Faktisch hatte sie sich schon 1967 gespalten: in die Khalq (Volk) unter Taraki und die Parcham (Fahne) unter Babrak Karmal.* Die Partei hatte ein einheitliches revolutionär-demokratisches Programm und Statut, aber die beiden Gruppierungen betätigten sich getrennt. Im Sommer 1977 wurden sie zusammengefaßt, und allmählich legten sich die Differenzen und Kämpfe in der Partei.

Die Wiederherstellung der Einheit in der Partei trug im April 1978 zum Sieg der Volksrevolution bei. Aber kurz nach dem Machtantritt der

DVPA wurde sie gestört. Die Rivalität kam mit neuer Gewalt zum Durchbruch. Die DVPA muß sie noch klären und richtig beurteilen. Jetzt kann man nur konstatieren, daß es darum ging, wie die Revolution zu definieren ist, mit welchen Methoden unter der Bevölkerung gearbeitet werden soll usw. An diesen Disputen war eigentlich nichts auszusetzen. Schon Lenin lehrte seinerzeit: „Die Einheit im Grundlegenden, im Wichtigsten, im Wesentlichen wird nicht gestört, sondern gesichert durch die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten, der lokalen Besonderheiten, der Methoden des Herangehens an die Dinge, der Methoden der Durchführung der Kontrolle...“

Streitigkeiten und Diskussionen dürfen aber die Einheit der Partei nicht erschüttern. Das besagen auch die Erfahrungen der Bolschewiki. Auf dem XI. Parteitag der RKP(B) z. B. war davon die Rede, daß „Abrechnungen von Einzelpersonen und ganzen Gruppen wegen häufig nicht einmal grundsätzlichen, sondern zweitrangigen persönlichen und Gruppenfragen nicht geduldet werden können“. In der Führung der DVPA jedoch traten immer deutlicher persönliche Ambitionen und Rivalitäten zutage.

Zu diesem Zeitpunkt eben begann Hafisullah Amin in der Partei, beim Unterminieren der revolutionären Errungenschaften eine immer unheilvollere Rolle zu spielen. Mit niederträchtigen Intrigen gelang es ihm, aus den leitenden Organen viele ehrliche Parteifunktionäre und Patrioten zu verdrängen und sich selbst den Posten des Ministerpräsidenten zu sichern.

Amins Rolle

Die Rolle, die Amin spielte, ist ein besonderes Thema. Sie war derart anrühend und zugleich schwerwiegend für den Bestand der Aprilrevolution, daß man sie wohl als einen selbständigen, den vierten negativen Faktor bezeichnen muß. Zweifellos schloß sich Amin mit unehrenhaften Absichten der revolutionären Bewegung an. Man hat Grund anzunehmen, daß er schon seit Mitte der 50er Jahre, als er in den USA studierte und der Landsmannschaft afghanischer Studenten vorstand, Kontakt zur CIA hatte. War er ein gewöhnlicher Spitzel der CIA, oder trieb er nur ein Spiel mit ihr, um seine eigenen Interessen wahrzunehmen? Das wird sich mit der Zeit bestimmt herausstellen. Und noch eine Frage wird die Geschichte beantworten: ob sein Kurs auf einen Konflikt mit einer Mehrheit der Parteifunktionäre und die Verfolgung ehrlicher Menschen — Moslems, No-

* Unter dem Titel „Khalq“ erschien ab April 1966 das Zentralorgan des ZK der DVPA. Chefredakteur war Taraki. Nur sechs Ausgaben erschienen. Sie brachte das revolutionär-demokratische Parteiprogramm heraus. Später die Gruppierung Parcham eine gleichnamige Zeitung. Ihr Chefredakteur war Karmal.

maden — auf politische Kurzsichtigkeit zurückzuführen oder ein bewußtes Betreiben war, mit dem er die Revolution in Mißkredit bringen und eine konterrevolutionäre Wiederherstellung der alten Zustände vorbereiten wollte. Eins ist klar: Er war ein herrschsüchtiger, hinterlistiger Mensch, der, um ans Ziel zu kommen, vor nichts zurückscheute.

Diese Eigenschaften äußerten sich besonders verhängnisvoll, als er von der revolutionären Woge in die Höhe getragen wurde. Amin gehörte in der DVPA derselben Gruppierung wie Taraki an, und dieser vertraute ihm eine Zeitlang sehr. Dadurch konnte er (auch in der Khalq-Gruppe) mit allen aufräumen, die seine Führungsmethoden ablehnten oder ihm einfach unsympathisch waren. Deshalb wurden Tausende Unschuldige ins größte Gefängnis, das Pul-i-Charhi bei Kabul, geworfen.

Die wichtigsten Posten besetzte Amin mit seinen Kreaturen. Natürlich waren die Mitglieder seiner Familie bevorzugt. Sein Neffe Asadulla z. B. wurde zum Chef des Sicherheitsdienstes ernannt. Das Treiben Amins erst als Ministerpräsident und später zugleich als Vorsitzender des Revolutionsrats ließ die soziale Basis der Revolution jäh schrumpfen. Die Afghanen wandten sich von dem Regime ab, und das machte sich die innere und äußere Konterrevolution zunutze.

Bis zum vergangenen Herbst war das kriminelle Treiben Amins kraß zutage getreten. Mit Hilfe von Komplizen konnte er im September 1979 Taraki kaltstellen, und später ließ er ihn ermorden: Er wurde zu Haus mit Kissen erstickt. Auf Aufnahmen der afghanischen Wochenschau sieht



Babrek Karmal mit Journalisten

man, wie Amin nur ein paar Wochen vorher Taraki die Hand küßte.

Ebenso heuchlerisch war Amins Politik der UdSSR gegenüber. Öffentlich schwor er ihr Freundschaft und nannte sich sogar einen Sowjetisten, in Wirklichkeit aber war er gegen sie. Bekannt ist, daß er es auf einen Ausbau der geheimen Kontakte mit den USA anlegte. Viele diesbezügliche Details haben wir unseren Lesern schon mitgeteilt.

Aus dem beabsichtigten Verrat Amins wurde jedoch nichts. In der Nacht zum 28. Dezember 1979 kam es zum Aufstand. Die hohen Mauern der Festung Dar-ul-Aman, in der Amin unter dem Schutz einer ausgesuchten Garde, von acht Panzern und mehreren Schützenpanzerwagen lebte, konnten ihn nicht vor dem Volkszorn bewahren.

In eine neue Phase

An der Spitze der Kräfte, die Amin stürzten, stand ein angesehener Politiker der DVPA und einer ihrer Gründer, Babrak Karmal, der durch Amins Verschulden in Ungnade gefallen war und sich faktisch im Exil aufgehalten hatte. In der zweiten Oktoberhälfte, nach dem Mord an Taraki, kehrte Karmal

heimlich ins Land zurück und nahm mit den Mitgliedern der Parteilührung und des Revolutionsrates, die mit Amins Politik nicht einverstanden waren, Verbindung auf.

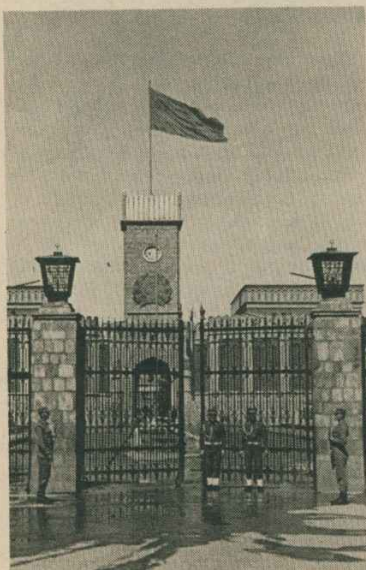
Nach Amins Sturz wurden ein neues ZK der DVPA, ein neues Politbüro, ein neuer Revolutionsrat und eine neue Regierung unter Karmal gebildet. In alle diese Organe wurden einige ihrer früheren Mitglieder

aufgenommen, die gegen den Kurs Amins gewesen waren. Am 28. Dezember ersuchte die neue Regierung der DRA die UdSSR, Afghanistan auch weiter mannigfaltige Hilfe einschließlich militärischer zu leisten.

Schon Taraki und Amin hatten ersucht, sowjetische Truppen zur Abwehr einer militärischen Einmischung von außen nach Afghanistan zu entsenden. Seit März 1979 wurde darum 14mal ersucht.

Die UdSSR nahm lange davon Abstand, sie glaubte, daß die afghanischen Streitkräfte und die afghanische Revolution allein mit der äußeren und inneren Konterrevolution fertig werden würden. Diese Annahme entsprach den damaligen Gegebenheiten.

Im Dezember 1979 verschlechterte sich die Lage plötzlich sehr. Die Aggressivitäten gegen Afghanistan verstärkten sich, seine Fähigkeit zur Abwehr einer Aggression aber war infolge der aufgezählten Faktoren weitgehend geschwächt. Dadurch eben war eine äußerst akute Krisensituation entstanden. Aus dem Ausland eingeschleuste Banden trieben Ende Dezember in 17 von den 26 Provinzen der DRA ihr Unwesen. Die Kampfmoral der Armee war infolge der „Säuberungen“ und besonders



KABUL HEUTE



Am Portal des Präsidentenpalastes

Am Tag des Bauern, einem traditionellen Fest im Kabuler Stadion, haben Bauern aus vielen Provinzen teilgenommen

Eine Moschee

Eine junge afghanische Arbeiterin im größten Hausbaukombinat des Landes

Hier herrscht immer reges Leben und Treiben

Fotos: S. Goljakow

der Fraktionskämpfe im Offizierska- der erschüttert.

Im Dezember trug Amin dem so- wjetischen Botschafter in Kabul viermal die Bitte vor, sowjetische Truppen nach Afghanistan zu schik- ken. Dazu hatten ihn die gesunden Kräfte im ZK der DVPA, im Revo- lutionsrat und in der Regierung ge- drängt, die sich über das Kritische der Situation klar waren und den Kampf zur Rettung der revolutionä- ren Errungenschaften fortsetzten. Über Amins persönliche Beweggrün- de kann man nur Vermutungen an- stellen. Jedenfalls war es nicht die Sorge um die Revolution. Höchst- wahrscheinlich rechnete er darauf, daß die sowjetische Präsenz seiner Politik der Repressalien und des Ter- rors einen rechtmäßigen Anstrich geben und sein erschüttertes An- sehen heben werde. Damit wären die UdSSR und die Revolution diskredi- tiert und die gegen ihn eingestellten illegal operierenden Kräfte entmuti- gigt. Das hätte durchaus der Fall sein können, aber selbst unter den damaligen Umständen ging der UdSSR die Rettung der Revolution vor Anschlägen auswärtiger Agres- soren allen Bedenken vor. Am 24. Dezember begann sie, ein be- schränktes Truppenkontingent nach der DRA zu verlegen. Am 26. De- zember wurde Amin wegen einer Beschleunigung dieser Maßnahme beim sowjetischen Botschafter vor- stellig.

Das Ausbooten Amins fiel mit der beginnenden Verlegung des sowjeti- schen Truppenkontingents nach Afghanistan rein zufällig zusammen, es besteht kein kausaler Zusammen- hang. Amin und seine Handlanger wurden von den Afghanen selbst ausgebootet, die sowjetischen Trup- pen hatten nichts damit zu tun.

Auf fester Rechtsgrundlage

Die UdSSR war völkerrechtlich durchaus befugt, dem Ersuchen Afghanistans nachzukommen. Arti-

kel 4 des Vertrages über Freund- schaft, gute Nachbarschaft und Zu- sammenarbeit zwischen der UdSSR und der DRA sieht vor, daß die Part- ner „im Einklang mit der traditio- nellen Freundschaft und guten Nachbarschaft sowie der UNO- Charta einander konsultieren und mit Zustimmung beider Seiten ent- sprechende Maßnahmen treffen wer- den, um die Sicherheit, Unabhängig- keit und territoriale Integrität bei- der Länder zu gewährleisten“. Die- ser Artikel ist nicht nur so auszu- legen, daß die UdSSR die Verpflich- tung übernommen hat, im Falle einer auswärtigen Aggression dem afghanischen Volk zu helfen, son- dern daß auch Afghanistan die Pflicht hat, alles für die Aufrecht- erhaltung des Friedens und der Sta- bilität an der Südgrenze der UdSSR zu tun und zu verhindern, daß dort für die UdSSR eine Kriegsgefahr entsteht. Der Kampf der afghani- schen Armee gegen imperialistische Aggressoren war und ist ebenso wie die militärische Hilfe der UdSSR nichts anderes als Erfüllung der ver- traglichen Verpflichtungen.

Die UdSSR hat Afghanistan seine Bitte auch im Einklang mit Artikel 51 der UNO-Charta erfüllt, der „das unveräußerliche Recht auf al- leinige oder gemeinschaftliche Selbst- verteidigung“ vorsieht, „falls es zu einem bewaffneten Überfall auf ein Mitglied der Organisation kommt“. Eine Aggression von außen lag vor, u. zw. genau in der Form, die von der 29. UNO-Vollversammlung (1974) so charakterisiert wurde: „Durch einen Staat oder im Namen eines Staates werden bewaff- nete Banden, Gruppen und irreguläre Streitkräfte oder Söldner eingeschleust, die derart schwerwie- gende bewaffnete Gewaltakte gegen einen anderen Staat verüben, daß sie den oben angeführten Akten gleichzusetzen sind, oder er ist weit- gehend daran beteiligt“ (Artikel 3 der Resolution, in der die Aggres-

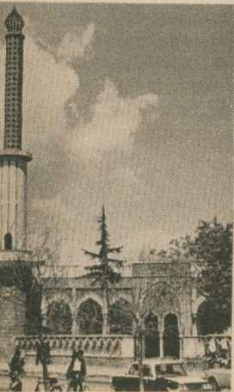
sion definiert worden ist).

Die massierte Aggression in die- ser Form gegen die DRA war nicht zu verkennen. Von ihr zeugten zer- störte Stromleitungen und Chaus- seen, die Leichen von Schullehrern, lebendig begrabene Bauern und die niedergebrannten Häuser aktiver Parteimitglieder. Nach Überfällen verschwinden die Banden in Paki- stan, fassen dort neue Munition, Pro- viant und Waffen sowie ihren Ju- daslohn.

Außer der völkerrechtlichen Pflicht zur Hilfe hatte die UdSSR aber noch andere, nicht minder wichtige. Bei ihrer militärischen Hilfe an das mit ihr befreundete revolutionäre Afgha- nistan ging sie davon aus, daß sie die afghanische Revolution nicht im Stich lassen und der Konterrevolu- tion preisgeben durfte, daß wir da- mit unsere internationale Pflicht als Kommunisten mißachtet hätten. Die UdSSR handelte nach ihrem revolu- tionären Gewissen und nach Wei- sungen Lenins, der schon 1915 schrieb, der sozialistische Staat wer- de notfalls auch mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen. Lenin nannte „das Bekenntnis zum Internationalismus in Worten und seine Ersetzung in der Tat, in der ... praktischen Ar- beit“ einen „spießbürgerlichen Na- tionalismus und Pazifismus“.

Das Gesagte zeigt deutlich, daß völlig ausreichende Gründe dafür vorlagen, einen begrenzten sowje- tischen Truppenkontingent zeitwei- lig nach der DRA zu verlegen und daß alle diese Gründe stichhaltig waren. Es erübrigt sich zu sagen, daß diese internationalistische Ak- tion nicht die böswilligen Zwecke hatte, die ihr die westliche Propa- ganda zuschreibt: einen Durchbruch zur Südsee oder eine Expansion ge- gen den Iran und Pakistan. Leonid Bresnnew hat die Sache in seinem Interview für die „Prawda“ vom Januar restlos klargestellt.

Bei ihrer Hilfsaktion für Afghani-



stan hat die UdSSR natürlich auf keine Billigung der imperialistischen Kreise, Pekings und der reaktionären Kräfte im Osten, auf kein objektives Urteil ihrerseits gerechnet. Sie hat auch in Betracht gezogen, daß ihre Handlungsweise bei ihren Freunden in fortschrittlichen Kreisen vorübergehend kein Verständnis finden könnte. So war es leider auch. Anfangs wurden Sinn und Bedeutung der internationalistischen Aktion noch nicht von allen richtig beurteilt. Manche kommunistischen Parteien und nichtpaktgebundenen Länder verhielten sich ablehnend.

Der größte Teil der kommunistischen und Arbeiterbewegung aber sah die Situation richtig und gab ein richtiges Urteil über den Beistand der UdSSR für die afghanische Revolution ab. Ebenso die revolutionären Demokratien in den Entwicklungsländern. Mehr noch, jetzt kann man mit gutem Grund sagen, daß bei denen, die sich irren und auf die imperialistische Propaganda hineinfließen, eine Ernüchterung eintritt. Dazu trägt nicht zuletzt die Politik der jetzigen afghanischen Regierung bei.

Konkrete Maßnahmen

In den ersten Wochen nach ihrem Machtantritt konzentrierte sie sich darauf, die Folgen der verbrecherischen Politik Amins auszumerzen. Rund 15 000 Häftlinge wurden freigelassen, darunter Geistliche, Intellektuelle und Studenten.

Mit dem Sieg der gegen Amin eingestellten Kräfte trat die Aprilrevolution in ihre zweite Entwicklungsphase. Über diese sagte Karmal: „Unser höchstes Ziel in der neuen Phase der Revolution ist es, die wirklich revolutionären Grundsätze zum Sieg zu führen und die begangenen Fehler wiedergutzumachen.“ Die programmatischen Erklärungen und Dokumente der DVPA sind realistisch formuliert und entsprechen dem nationaldemokratischen Charakter der Umgestaltungen, die im Lande vorgenommen werden.

Die Wiederherstellung der Einheit in der DVPA ist energisch in Angriff genommen worden. Auf Antrag Karmals ist beschlossen worden, die Ausdrücke Khalq und Parcham aus dem Wortschatz der Partei zu entfernen. Jetzt sind das ZK und das Politbüro der Partei neugewählt worden. Sie bestehen aus Revolutionären beider früherer Gruppierungen (der Khalq und der Parcham). Erstmals werden örtliche Parteioorganisationen gebildet. Die DVPA wirbt neue Mitglieder unter solchen, die sich als ehrliche Patrioten und Revolutionäre erwiesen haben.

Es wird darauf hingewirkt, die so-

ziale und politische Basis der DVPA und der Regierung zu erweitern. Die Parteioorganisationen und -mitglieder betätigen sich rege unter den Massen. Sie erläutern ihnen die Lage im Land und gewinnen sie für ihre eigene Einstellung. Die neue Regierung hat auch parteilose Mitglieder. Zum ZK der DVPA und zum Revolutionsrat gehören Frauen. Aus verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Organisationen wird eine revolutionärdemokratische nationale Volksfront aufgestellt.

Ein wichtiges Ereignis trug sich in der DRA Anfang April zu. Ihr Revolutionsrat, das höchste gesetzgebende Organ, beschloß einstimmig die **wichtigsten Prinzipien der Demokratischen Republik Afghanistan**. Zu ihnen gehören „die Respektierung der heiligen islamischen Religion, der Sitten und Bräuche des Landes, umfassender Rechte und Freiheiten des Volkes und Gewährleistung der Demokratie“. Vorher waren sie von einem Plenum des ZK der DVPA bestätigt worden.

Die Bodenreform wird erhärtet und ausgedehnt. Ihre von Amin verschuldeten Entstellungen werden behoben.

Schritte werden unternommen, um das Verhältnis zur Moslemgeistlichkeit zu verbessern. Eine Anzahl hoher geistlicher Würdenträger hat sich bereits für die neue Führung erklärt. Am 25. Januar erschien eine Erklärung Karmals über den Schutz der Glaubensfreiheit, in der es heißt: „Wer versucht, manche unserer Moslems wegen ihrer religiösen Anschauungen verächtlich zu machen oder unter Druck zu setzen, oder gegen die heilige islamische Religion aufzutreten, wird gerichtlich belangt.“

Man bemüht sich um bessere Beziehungen zu den Nomaden. Das ist nicht leicht, um so mehr, als Amins Politik auch in dieser Hinsicht viel Schaden angerichtet hat. Zum Minister für Grenzangelegenheiten, der für die Arbeit unter den Stämmen zuständig ist, hat man Faiz Mohammad ernannt, der in der vorrevolutionären Regierung Innenminister war und bei den Nomadenstämmen Ansehen genießt. Partei- und Staatsfunktionäre sind für die Arbeit unter den Stämmen an ihren Aufenthaltsorten ernannt worden. Abdul Ghafar Khan, ein angesehener Führer der Paschtanenstämme, hat sich im März für die Maßnahmen der neuen Behörden und für die sowjetische Hilfe an Afghanistan erklärt.

Erfolgreich ist mit den Paschtanenstämmen der Momando, Schinwari, Tani u. a. über eine Zusammenarbeit verhandelt worden. So hat man vereinbart, daß die Regierung 7000 Soldaten aus diesen Stäm-

men, die am Schutz der Grenze vor Einfällen von Söldnerbanden teilnehmen werden, Sold zahlen wird. Maßgebliche Vertreter anderer Stämme haben ebenfalls die Aufstellung einer Volkswehr zugesagt. Einigen Sippen, die Mangel an Nahrungsmitteln und Brennstoff litten, hat Kabul viel geholfen.

Im März gab die Regierung der DRA bekannt, daß Flüchtlingen, „wenn sie heimkehren, Achtung, Freiheit und absolute Sicherheit garantiert wird...“, daß sie ihr konfisziertes Eigentum zurückerhalten, in ihre Ränge und Posten wieder eingesetzt werden und sich frei betätigen und arbeiten können“. Immer mehr Flüchtlinge kehren jetzt heim. In die Provinz Bamian allein sind unlängst 4000 Personen zurückgekommen.

Viel wird für die Stärkung der afghanischen Armee und ihrer Kampfmoral getan. Alle ehrlichen Offiziere werden für eine Zusammenarbeit mit den neuen Behörden gewonnen. Die überwiegende Mehrheit der Truppenteile hat von den ersten Schritten der neuen Führung an dieser ihre Treue bekundet.

Letzthin ist die Außenpolitik der neuen Führung merklich aktiver geworden. Sie beruht auf den Grundsätzen des Friedens, der Nichtpaktgebundenheit und der internationalen Zusammenarbeit. In den Thesen und Losungen des ZK der DVPA zum zweiten Jahrestag der Aprilrevolution ist ein realistisches Programm für die Normalisierung der Lage im Mittleren Osten dargelegt. Vorgeschlagen werden u. a. ein Pakt über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in dieser Region, Verhandlungen über eine Normalisierung der afghanisch-pakistanischen und der afghanisch-iranischen Beziehungen und auf Gegenseitigkeit eine Senkung der Militärausgaben.

Die Normalisierung der Lage stößt auf gewisse Schwierigkeiten. Gestützt auf die konterrevolutionären Emigranten, setzen die imperialistischen Kräfte und Peking ihre Aggressionsakte gegen die DRA fort. Die jüngste große konterrevolutionäre Aktion, die von den US-Imperialisten und ihren Pekingern Alliierten angestiftet wurde, war ein Putschversuch in Kabul am 21. und 22. Februar d. J. Gewisse Kreise — Geschäftsleute sowie ein Teil der Geistlichkeit und der Beamtenschaft — beargwöhnen die neue Führung noch immer.

Unter diesen Umständen trägt schon der bloße Aufenthalt der sowjetischen Truppenteile in Afghanistan dazu bei, die Lage zu stabilisieren, was im Interesse einer Konsolidierung der volksdemokratischen Ordnung und im Interesse der

Volksmassen liegt. Die Tatsachen zeugen eindeutig davon, daß von einer sowjetischen Besetzung Afghanistans keine Rede sein kann, wenn die imperialistische, die Pekinger und die sonstige reaktionäre Propaganda auch das Gegenteil behauptet. Auf allen Ebenen betätigen sich die afghanischen Behörden souverän und unabhängig. Sie formulieren und betreiben ihre Politik selbst. Die Obliegenheiten der sowjetischen Truppen, die sich in Afghanistan auf Ersuchen seiner Regierung aufhalten, werden einhellig von den beiden Seiten bestimmt, ausgehend von der Aufgabe, die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und Souveränität der DRA gegen die Aggression auswärtiger Kräfte zu verteidigen, die von den USA, von China und Pakistan gelenkt werden.

Alle diesbezüglichen Spekulationen der imperialistischen Propaganda haben dadurch ein Ende, daß das Präsidium des Revolutionsrats der DRA am 5. April den sowjetisch-afghanischen Regierungsvertrag über die Bedingungen ratifiziert hat, unter denen sich das begrenzte sowjetische Truppenkontingent zeitweilig in Afghanistan aufhält.

Was den Termin für seine Zurücknahme betrifft, so hat Leonid Breschnew am 22. Februar in einer Wahlrede folgendes erklärt: „Die UdSSR wird ihre Truppenkontingente aus Afghanistan zurücknehmen, sobald die Gründe für ihre dortige Anwesenheit fortfallen und die afghanische Regierung ihre Anwesenheit nicht mehr für notwendig halten wird. Die USA fordern lauthals die Zurücknahme der sowjetischen Truppen. Dabei tun sie selbst faktisch alles, um eine solche Möglichkeit hinauszuschieben: Sie setzen die Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans fort und stocken sie auf. Ich möchte mit allem Nachdruck erklären: Wir werden bereit sein, zur Zurücknahme unserer Truppen zu schreiten, sobald jedwede gegen die Regierung und das Volk Afghanistans gerichtete Einmischung restlos aufgehört haben wird. Die USA sollen das gemeinsam mit den Nachbarn Afghanistans garantieren, dann fällt die Notwendigkeit der sowjetischen militärischen Hilfe fort.“

Die Frühjahrssaat ist in Afghanistan zügig vonstatten gegangen. Der Pflug der Revolution aber zieht immer tiefere Furchen, bricht immer neue Schollen um und kappt die Wurzeln alles Überlebten, das dem Vorwärtsschreiten Afghanistans hinderlich ist. Ins gelockerte Erdreich wird die Saat der sozialen Gerechtigkeit, des Fortschritts und Friedens gestreut. Sie wird bestimmt üppig aufgehen.

FLIEDER FÜR DIE HELDEN

Jaroslav PROCHÁZKA (ČSSR)

„Und wieder blüht der Flieder in unseren Gärten wie vor 35 Jahren, als unsere Mütter und Väter die erschöpften Jungen mit rotem Stern auf den Feldmützen mit Fliedersträußen empfingen. Der Krieg hatte sie gezeichnet, und diese Spuren zeugten von einem beispiellosen Heldentum, von Opfern und Entbehrungen in den Kämpfen um die Freiheit. Sie hielten die Fliederzweige vorsichtig in ihren groben Händen. ... Flieder wurde für uns ein Symbol des Sieges, des Friedens. Heute legen wir Fliederzweige an den Gräbern der Helden, an den Denkmälern nieder. Wir danken denjenigen, die ihr Leben für unsere Freiheit gegeben haben.“

Mit diesen Worten versetzen uns die Autoren eines schön gestalteten Fotoalbums in das Jahr 1945 zurück. Das Album berichtet über Nordmähren, ein wichtiges Industriegebiet der ČSSR. Vor 35 Jahren tobte dort eine der letzten Schlachten des zweiten Weltkrieges, die Ostravaer Operation.

Die Hitlerleute wußten um die strategische und wirtschaftliche Bedeutung des Industriegebiets Ostrava. Nachdem sie die Kohle und den Stahl von Katowice, Ruhr und Saargebiet verloren hatten, blieb ihnen nur Ostrava. Nicht zufällig schrieb Hitler in einem seiner Befehle, Ostrava sei um jeden Preis zu halten. Schon im Januar 1945 begann an dieser Richtung die eilige Anlegung eines 40—50 km tiefen Verteidigungsstreifens mit Betonbefestigungen, mit Draht- und Minensperren. Die Faschisten hatten Tausende junge Menschen aus dem damaligen „Protektorat“ für die Erdarbeiten zusammengetrieben. In diesem Gebiet wurden 20 Divisionen konzentriert, darunter einige motorisierte und Panzerverbände.

Im Falle eines Rückzugs dachten die Okkupanten an eine Vernichtung der Industriebetriebe, Gruben und Verwaltungsgebäude. Hätten die Soldaten der 4. Ukrainischen Front nicht so heroisch gekämpft, wären nicht die Verbände des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps Schulter an Schulter mit ihnen vorgestoßen, so hätten die Hitlertruppen in Mähren nur Trümmer und Brandstätten hinterlassen. Der Befehlshaber der 4. Ukrainischen Front Generaloberst Andrej Jerjomenko, später Marschall der Sowjetunion, sagte damals: „Unsere Aufgabe bestand nicht darin, die Stadt mit Unterstützung der Fliegerkräfte und der schweren Artillerie zu nehmen und folglich das Industrieherz eines befreundeten Landes zu töten. Es ging darum, dem tschechoslowakischen Volk seine Gruben, Hochöfen und Industriebetriebe unbeschädigt zurückzugeben, damit das

Land möglichst rasch zu normalem Leben zurückkehren konnte.“ Die Einwohner Ostravas werden diese Worte nie vergessen.

Am Morgen des 30. April begann die Sowjetarmee ihre Offensive, die aktiv von den Partisanen unterstützt wurde. Die Hitlerleute hatten es nicht geschafft, den Befehl von Reichsminister Frank auszuführen und die Betriebe von Ostrava zu sprengen. Doch konnten sie alle Brücken vernichten, bis auf eine einzige, die ebenfalls vermint war. Der junge Partisan Miloš Šýkora meldete sich freiwillig, die Minen zu entschärfen. Es gelang ihm aber um den Preis seines Lebens. Heute ist diese Brücke nach Miloš Šýkora benannt.

In den Kämpfen um Ostrava fielen 1142 sowjetische und tschechoslowakische



Die Einwohner von Ostrava begrüßen ihre Befreier

sche Soldaten. Ein Soldat der Sowjetarmee brachte die Gefühle treffend zum Ausdruck, die die Befreier der Tschechoslowakei bewegten: „Wir kämpften um jeden Fingerbreit Boden unserer Freunde. Unsere besten Kameraden fielen noch in den letzten Kriegstagen, aber in jeder befreiten Stadt wartete ein Lohn auf uns: die aufrichtige Liebe von jung und alt.“

Schon im Mai 1945 wurde in den Betrieben Nordmährens die Industrieproduktion allmählich angekurbelt. Die ersten drei Kraftfahrzeuge, die in jenen Maitagen produziert wurden, überreichte die Belegschaft des Werks „Tatra“ in Kopřivnice den sowjetischen Truppen, die die Stadt befreit hatten, als Gabe. Gleich damals wurde sowjetische Technik bei „Tatra“ instand gesetzt. Als das Werk die Produktion von Großraumkippern in die Wege geleitet hatte, kaufte die UdSSR sie. In diesem Jahr wird die UdSSR rund 3500 „Tatra“-Kipper erhalten.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zeichnete das Hütten- und Maschinenbaukombinat Vitkovic für seinen großen Beitrag zur Entwicklung der sowjetisch-tschechoslowakischen Wirtschaftszusammenarbeit mit dem Orden der Völkerfreundschaft aus. Die

UdSSR ist der größte Auftraggeber des Kombinats und erhält aus Vitkovice Rohre, Gleise, Räderpaare für Eisenbahnwaggons und Bagger. In diesem Kombinat entstand auch eine mächtige Turbinenwelle für das Wolshski-Wasserkraftwerk. Gegenwärtig erweitert sich die Zusammenarbeit der RGW-Länder zwecks beschleunigter Entwicklung der Kernenergetik, und das Kombinat Vitkovice hat jetzt neue Perspektiven, denn es übernimmt zu einem bedeutenden Teil das „nukleare Programm“ der Tschechoslowakei. Die UdSSR und die CSSR werden die Hauptlieferanten von Ausrüstungen für Kernkraftwerke sein.

In diesem Frühjahr am Vorabend des 35jährigen Jubiläums der Befreiung von Ostrava, wurde in Hrabyně eine Gedenkstätte für die Ostrava-Operation vollendet. Menschen aus allen Teilen Nordmährens hatten sich am Bau beteiligt. Im Heldensaal stehen die Standbilder der ruhmreichsten Teilnehmer der Schlacht. Aus Wolgograd, Kiew und Duka wird man die geheiligte Erde herbringen, ein Teilchen des Bodens, auf dem sowjetische und tschechoslowakische Soldaten gegen den Faschismus kämpften. Diese Gedenkstätte veranschaulicht die Freundschaft unserer beiden Völker. ■

RSA

RASSISTENPACK SCHLÄGT SICH

Die westliche Presse bezeichnet den Sieg der patriotischen Kräfte Simbabwe bei den Parlamentswahlen als eine „schreckliche Erschütterung“ für die Rassisten in der RSA. Ministerpräsident Pieter Botha erklärte, das Ereignis habe die strategische Lage der Republik Südafrika verändert, weil diese nun auf ihren treuen Verbündeten Rhodesien verzichten muß. Unter den neuen Verhältnissen haben sich im Süden Afrikas die Streitigkeiten zwischen zwei Gruppierungen innerhalb der weißen Gemeinde und in der regierenden Nationalpartei verstärkt — zwischen der „Verligtes“ und der „Verkrampstes“, wie auf Afrikaans die Liberalen bzw. die Konservativen heißen.

Man muß von vornherein sagen, daß sich die Ansichten der Liberalen

von denen der Konservativen nicht grundsätzlich unterscheiden, da die einen wie die anderen die Apartheid befürworten und sich darum bemühen, in der RSA die Macht der 4 Millionen Weißen über die 19 Millionen Afrikaner aufrechtzuerhalten, für die der Sieg ihrer Brüder in Simbabwe ein nachahmenswertes Beispiel werden kann.

Die Liberalen unter Botha sind der Ansicht, daß man allmählich von den anrühmlichsten Apartheid-Bestimmungen abgehen muß, damit es zwischen den Weißen und den Afrikanern nicht zu einem bewaffneten Konflikt kommt. Anfang März sagte Botha den Konservativen, die jegliche „Zugeständnisse an die Schwarzen“ ablehnen: „Die Weißen brauchen nicht das Unsittlichkeitsgesetz, um zu überleben.“ Dieses Ge-

USA

SILBER-BLUFF

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Der Schlag war stark, vor allem aber völlig unerwartet.

„So etwas habe ich noch nie erlebt“, sagte ein Makler, der im Börsensaal Aktien kauft und verkauft.

Das war am Mittwoch, dem 26. März, und in den nachfolgenden Tagen geriet die Börse außer Kontrolle. Durch Massenabstoß fielen die Börsenkurse der führenden Gesellschaften in wenigen Minuten um 25 Punkte.

Was löste die Börsenpanik aus? Die „New York Times“ zählt die Gründe auf: „Erhöhung der Diskontsätze“ (der heutige Bankzins von 20% ist der höchste der letzten 140 Jahre), „der Zusammenbruch auf dem Effektenmarkt, die Schlaglöcher auf dem wirtschaftlichen Entwicklungsweg und selbstverständlich eine Inflationsrate von 18% im Jahr. Hinzu kam eine besonders große Enttäuschung über das jüngste Programm Präsident Carters zur Bekämpfung der Inflation.“

Doch der Auslöser der Explosion an der Börse war diesmal eine Fehlkalkulation der Brüder Nelson und Herbert Hunt, die ins Silbergeschäft eingestiegen waren.

Die Hunts gelten als die reichste Familie der kapitalistischen Welt. Ihr Begründer, Haroldson Lafayette Hunt, begann seine Laufbahn mit Erdöl und „kostete“ Mitte der 50er Jahre bereits 2 Md. Dollar. Seitdem dehnt sich sein Reich unablässig aus. Heute gehört der Familie die Placid Oil, einer der größten Erdölkonzerne von Texas, ferner die Penrod Drilling, die Olsonen anlegt, die Great Western Sugar Co., die größte Rübenzucker-Gesellschaft des Landes, sowie Kohlegesellschaften mit prospektierten Vorräten von 2,5 Mio t.

Das Vermögen der Hunts, das auf 5–6 Md. Dollar geschätzt wird, spielt die Reichtümer der Mellons, Rockefellers und Gettys an die Wand. Der gegenwärtige Sippenchef Nelson Hunt lebt zurückgezogen, geht nie in ein Theater oder ins Kino, hat auch so gut wie nie Besuch. Seine einzige Leidenschaft ist

das Geschäft. Ebenso wie sein Vater vertritt Nelson erzkonservative politische Ansichten und ist Vorstandsmitglied der John Birch-Gesellschaft. Der jüngste der Brüder, Lamar, betrachtet sich als Sportler: Er besitzt das Fußballteam „Kansas City“. Kurz, das Geschäftsspektrum der Hunts ist recht breit.

In den letzten Jahren haben die Gebrüder eine weitere Profitquelle ausgemacht: Börsenspekulationen mit Silber. Nelson erklärte das wie folgt:

„Silber wirkt zuverlässiger als Ölkonzessionen im Ausland. Zudem bilden Edelmetalle ein gutes Gegenstück zum Papiergeld.“

In der Tat, die relativ niedrigen Silberpreise (2 Dollar, dann 6 Dollar je Unze, d. h. 28,3 g) und die stabile Nachfrage, die fortwährend über der Weltförderung lag, ermöglichten großangelegte Machenschaften. Das Endziel war, den Silbermarkt, vor allem die New-Yorker Effektenbörse, „in die Ecke zu treiben“, um die Preise zuerst hochzuschrauben und dann zu diktieren.

Die Brüder Hunt begannen ihre Hausspekulation heimlich. Sie kauften Silber auf. Bei Termingeschäften werden große Warenpartien auf Kredit zu einem bestimmten Preis und mit festgelegtem Liefertermin gekauft. Bei steigenden Preisen bringt jeder solcher Abschlüsse enorme Profite, weil die Differenz zwischen dem ursprünglichen Me-

setz verbietet nämlich nicht nur Ehen, sondern auch außereheliche Beziehungen zwischen Angehörigen verschiedener Rassen. Er schlug vor, eine Konferenz zur Erörterung von „Verfassungsentwürfen“ einzuberufen, an der sich Weiße, Mestizen und Afrikaner beteiligen sollen. „Entweder lösen wir unsere Probleme durch gegenseitiges Verstehen und christliche Haltung“, sagte er, „oder wir gehen unter.“

Man muß schon sagen, daß Botha hier eine gewisse Nüchternheit zeigt. Aber seine weiteren Ausführungen zur Einberufung der erwähnten Konferenz stellen das rassistische Wesen seines politischen Manövers bloß. So präzisiert er, es gehe nicht um den Verzicht auf die Politik einer getrennten Entwicklung, bei der die „Schwarzen“ ihre Ministstaaten und die Weißen „ihren Staat“ haben. (Übrigens hat außer der RSA kein einziger Staat die Bantustans als „unabhängige Staaten“ anerkannt.) Er sagte, allgemeines Wahlrecht komme nicht in Frage, weil das zu Konfrontation, zu Machtkämpfen und letzten Endes zu einer „schwarzen Diktatur“ führen würde.

So wird den Afrikanern auch wei-

ter bewußt die Gleichberechtigung und das Recht vorenthalten, ihr eigenes Land zu regieren; sie müssen sich mit Bantustans zufriedengeben, die doch nichts anderes als getarnte Reservationen sind. Das „gegenseitige Verstehen“ á la Botha kann nur mit „schwarzen Quislingen“ vom Schlage Muzorewas erreicht werden. Mit wahren Patrioten Afrikas haben diese „Liberalen“ und erst recht die Konservativen bis jetzt nur kurzen Prozeß gemacht — sie brachten sie ins Gefängnis oder an den Galgen.

Die Konservativen wollen von Erleichterungen nichts wissen und lehnen sogar die demagogische „liberale Initiative“ Bothas und seine „reformierte Apartheid“ rundweg ab. Sie wollen die Herrschaft der Weißen mit anderen Mitteln retten, die der Führer der extrem rechten Herstigte Nationalpartei, Jaap Marais, in Transvaal, der Hochburg der Konservativen, mit Bezug auf die Entwicklung in Simbabwe ganz eindeutig formulierte: „Unsere Blutsverwandten wurden gedemütigt. Wir dürfen nicht zulassen, daß in unserem Vaterland dergleichen geschieht.“ Der Obskurant will den Afrikanern in der RSA den Weg zur

Macht mit ebenden Mitteln versperren, die seine „Blutsverwandten“ in Rhodesien bereits ausprobiert haben: den „Terrorismus“ im Lande und die auswärtigen „Terroristenstützpunkte“ ausmerzen.

Die Konservativen, die in der regierenden Partei und im Kabinett noch starke Positionen innehaben, werden vom Minister für öffentliche Arbeiten, Statistik und Tourismus, Andries Treurnicht, angeführt. Dieser hatte im März einen heftigen Streit mit den Liberalen wegen Verletzung der Segregation im Sport.

Natürlich wollte Botha auf diesem Gebiet keine Revolution vollbringen. Er hatte versucht, daß eine einzige Mannschaft farbiger Schüler zu den üblichen Rugbyspielen (die einmal im Jahr zwischen Schulmannschaften stattfinden) zugelassen wird. Treurnicht war darüber empört. Die Transvaaler Organisation der Nationalpartei, der er vorsteht, verbreitete in den Schulen dieser Provinz einen Appell, die Rugbyspiele zu boykottieren, falls Farbige daran teilnehmen sollten.

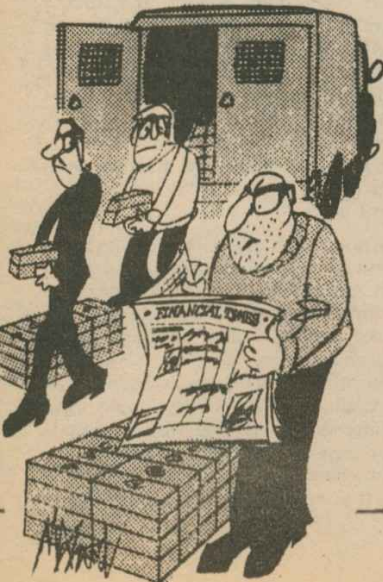
Der Regierungschef verurteilte öffentlich diesen Standpunkt seines Ministers, aber er konnte sich nicht entschließen, Treurnicht abzusetzen.

tallpreis und dem Preis zum Liefertermin gewaltig ist.

Aber im Unterschied zu den üblichen Praktiken verlangten die Hunts jedesmal sofortige Lieferung und stockten ihre Silbervorräte fortwährend auf. Dadurch wurden die Preise in die Höhe getrieben, weil

Nach einem geglückten Raubüberfall: „Zurück in den Wagen damit, Boys: der Silberpreis ist auf der Börse wieder gefallen.“

Aus: „Financial Times“ (London)



Silber allmählich knapper wurde. Im vorigen Sommer entfalteten die Hunts eine Generaloffensive auf den Silbermarkt. Sie hatten das Geschäft mit 3 oder 4 ebenso reichen Kapitalisten (die Namen sind bis heute unbekannt) abgesprochen und gingen daran, Silber überall aufzukaufen. Bis Januar besaßen die Partner 200 Mio Unzen (mehr als die Hälfte bei Hunts), der Preis aber stieg und erreichte schließlich 50 Dollar je Unze.

Von diesem Gipfel begann der Sturz, der letzten Endes die Wall Street erschütterte. Niemand weiß genau, was den ersten Stein ins Rollen brachte. Es heißt z. B., daß die hohen Bankzinsen die spekulative Nachfrage nach Silber nach unten gedrückt und die schwindelerregenden Preise den Käuferkreis stark eingeeignet hätten, daß sich die Befürchtung einer militärischen Konfrontation im Nahen Osten unter USA-Teilnahme als übertrieben erwiesen habe, so daß die „Flucht aus dem Dollar“ nachließ. Auf jeden Fall begannen die Silberpreise auf der New-Yorker Börse ab Januar zu sinken.

Da kam eine überraschende Nachricht. Nelson Hunt erklärte, er und seine Partner würden silbergedeckte Obligationen auf den Geldmarkt bringen. Dahinter steckte der offensichtliche Wunsch, für das gehortete Silber Bargeld zu bekommen, ohne es zu verkaufen. Jetzt sah man: Die

Hunts hatten bei ihrem Hausgeschäft einfach geblufft. Sie hatten nicht die Mittel, die hohen Preise ständig aufrechtzuerhalten. Um den Finanzverpflichtungen aus den Termingeschäften nachzukommen, benötigten die Hunts immer mehr Geld. Wurde ein Vertrag über den Erwerb einer Silberpartie z. B. zu einem Preis von 35 Dollar je Unze geschlossen, so muß die Differenz im Preis bei dessen Senkung auf 20 Dollar in Bargeld getilgt werden. Dabei mangelte es den Hunts gerade an Bargeld.

Der Sturm brach los. Nach dem Silber, das schließlich auf 10 Dollar die Unze gestürzt war, begann ein panisches Abstoßen von Termingeschäften für andere Waren (Kupfer, Gold, Baumwolle usw., usf.). Zuerst bestritt man in der Wall Street die Gerüchte über die großen Verluste vieler Firmen. Doch bald stellte sich heraus, daß diese Verluste enorm waren. Können die Hunts ihre Schulden nicht begleichen, so muß das eine Reihe von Pleiten nach sich ziehen, deren Folgen nicht abzusehen sind. Vorläufig betragen die Verluste 0,4 Md. Dollar, was selbst für das Finanz- und Industriereich der Hunts keine Kleinigkeit ist.

Zusammenfassend meint die „Newsweek“: „All diese Vorfälle haben veranschaulicht, wie brüchig das Finanzsystem der USA ist, das ohnehin sehr gefährdet ist.“

New York

Nach Gesprächen unter vier Augen erklärten Botha und Treurnicht öffentlich, sie wollten die Einheit der Partei wahren. Die Liberalen haben wieder einmal nachgegeben, weil sie meinen: „Wir sitzen alle in einem Boot und dürfen es nicht zu sehr ins Schwanken bringen.“

Die Konservativen erblickten darin eine günstige Situation für eine Gegenoffensive. Connie Mulder, der Führer der Nationalen Konservativen Partei, appellierte an Treurnicht, dieser solle Botha verlassen und sich mit seinem Anhang ihm anschließen, dem Mann, der gleichzeitig mit Vorster aus der regierenden Partei wegen eines südafrikanischen Watergates gefeuert

worden war, das nach ihm „Muldergate“ genannt wird.

Die Uneinigkeit im Lager der Rasisten nimmt zu. Die Entwicklung in Simbabwe geht an der RSA nicht spurlos vorüber. „Diese Ereignisse“, schreibt der „Monde“, „lassen die letzte weiße Macht in Afrika über ihr Geschick und über den Wert der Doktrin nachdenken, die ihr zugrunde liegt.“ Anscheinend sehen die Liberalen ein, daß diese Macht auf einem Pulverfaß ruht. Damit es nicht explodiert, wollen sie die Apartheid für die Außenwelt nach Möglichkeit aufpolieren. Damit sind jedoch die internen Probleme dieses Landes nicht gelöst. Die Segregation muß abgeschafft werden.

J. BOTSCHKARJOW

PHILIPPINEN

ZEITUNGSENTE

Wie aus Manila verlautet, hat sich die Lage auf den südphilippinischen Inseln Mindanao, Sulu, Palawan und Tawitawi, wo ein Teil der Bevölkerung Mohammedaner sind (die meisten Philippiner sind Christen), erneut zugespitzt. Die bewaffneten Moslemgruppen von der Nationalen Befreiungsfront Moro* (MNLF) sind aktiv geworden. Es gibt Zusammenstöße mit Regierungstruppen.

Hier handelt es sich um einen alten Konflikt, der sich Mitte der 70er Jahre besonders zuspitzte. 1976 vereinbarten die philippinische Regierung und die Führung der MNLF Feuereinstellung und für die Südprovinzen Autonomie innerhalb des Staates. Infolge Spaltung in der MNLF-Führung — die Extremisten beharrten auf völliger Lostrennung der 13 Provinzen mit mohammedanischer Bevölkerung von der Republik — wurde das Abkommen jedoch nicht erfüllt.

Im Februar d. J. bekräftigte Ferdinand Marcos erneut die Bereitschaft der Regierung, mit kompetenten Vertretern der MNLF zu verhandeln.

Die Moslembewegung im Süden der Philippinen ist zweifellos eine interne Angelegenheit des Landes. Aber imperialistische und hegemonistische Kreise sind um ihrer eigensüchtigen Interessen willen nicht abgeneigt, mit Hilfe

mohammedanischer Separatisten auf die philippinische Regierung Druck auszuüben. Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß die Führung der MNLF von außen zur Koordinierung der Kampfhandlungen mit der schon lange auf den Philippinen wühlenden pekinghörigen „Neuen Volksarmee“ gedrängt wird.

Doch damit nicht genug. Man bedient sich auch anderer Methoden. So brachte das in Manila erscheinende „Bulletin Today“ im April einen Artikel des Inhalts, ein emigrierter Führer der MNLF sei wiederholt in der Sowjetunion gewesen, wo ihm jegliche Unterstützung zugesagt worden sei. In dem Artikel wurde sogar berichtet, die UdSSR habe der MNLF geholfen, in Vietnam Versorgungstützpunkte für die Einheiten anzulegen, die im Süden der Philippinen operieren.

Was ist dazu zu sagen? Nur soviel: „Bulletin Today“ hat sich alles aus den Fingern gesogen. Die Sowjetunion hat sich nie in die inneren Angelegenheiten der Philippinen eingemischt und unterhält zu den Separatisten keinerlei Kontakte.

In wessen Interesse die antisowjetische Verleumdung liegt, ist klar. Den imperialistischen Kreisen und Peking paßt die Entwicklung der freundschaftlichen sowjetisch-philippinischen Beziehungen nicht. Sicherlich erkennt die öffentliche Meinung der Philippinen, wer hinter derlei Publikationen steckt.

N. ALEXEJEV

Vor noch nicht langer Zeit erschien in Frankreich ein Buch von Francis Courtade, betitelt „Der Fluch des französischen Films“. Es handelt von dessen Geschichte. Courtade kommt zu dem Schluß, daß das Kino in Frankreich eine chronische Wirtschaftskrise und noch schwerere Ideenkrise durchmacht. Allerdings seien durchaus nicht alle Regisseure und Darsteller von ihr befallen. Die einen blieben beim herkömmlichen Unterhaltungsfilm, während die anderen nach Kräften bemüht seien, gegen ihn Front zu machen.

Film und Profit

Der Verleih liegt fast ausschließlich in Händen der Gesellschaften UGC, Parafrance und Gaumont. Von ihnen hängt es ab, ob ein Producer einen geplanten Film machen lassen kann. Bei ihnen gilt aber meistens nur ein Wertmesser: der zu erwartende Kassenerfolg.

Hier ein anschauliches Beispiel. Die berühmte französische Filmschauspielerin Annie Girardot erzählt, wie Louis Bertucelli seinen Film „Dr. Françoise Gailland“ drehte, in dem sie die Titelrolle spielt. Nachdem das Recht erworben worden war, einen Film nach dem packenden Roman „Ein Schrei“ von Noëlle Lorient herzustellen, und nachdem festgestellt, wer die Regie führen wird, schrieben die Drehbuchverfasser „ein Szenarium für Idioten“. Sie sei entsetzt gewesen. Die Titelgestalt sei „das genaue Gegenteil ihres Urbilds aus dem Roman“ gewesen. Während der Aufnahmen, von denen sie wegen des Kontrakts nicht zurücktreten konnte, mußte sie einen aufreibenden Kampf führen. Oft schob sie das Drehbuch beiseite, griff nach dem Roman und suchte durchzusetzen, daß man sich an ihn hielt. „Ich glaube“, schloß sie, „das Einzige, was ich geschafft habe, ist, daß eine Katastrophe verhütet werden konnte. Die Direktoren der Kinos und der Verleih haben über alles zu bestimmen. Sie machen Geld und pfeifen auf das Werk, das verfilmt wird.“

Andere Schauspieler, die nicht so berühmt wie die Girardot sind, werden zum Spielball der Producer. Kein Wunder, daß viele von ihnen Producer werden wollen und eigene Gesellschaften gründen. Der Film hat aber nicht viel Nutzen davon. Der vorzügliche Darsteller Jean-Paul Belmondo (er ist bei Cerito Films) gibt sich für Unterhaltungsfilme oft minderwertiger Qualität her. Das trifft zum Teil auch für Alain Delon

* Moro ist ein dortiger Sammelbegriff für die mohammedanischen Völkerschaften im Süden der Philippinen.

MIT DEM STROM UND DAGEGEN

Alexander BRAGINSKI

(Adel Productions) und andere Darsteller zu.

Natürlich gibt es Ausnahmen. Der bekannte Michel Piccoli (Les Films-66) finanzierte z. B. die Herstellung eines ernst zu nehmenden Films nach dem Roman „Im wilden Zustand“ von Georges Conchon (Goncourt-Preis). Er handelt vom Kampf eines jungen afrikanischen Landes gegen die Hinterlassenschaft des Kolonialismus. Gebraucht wurden 13 Mio Franc. Piccoli brachte nur 9 Mio Franc zusammen. Da begnügten sich alle Beteiligten, auch der Producer (der selbst eine Rolle übernommen hatte), mit Mindesthonoraren, der Film konnte gedreht werden und hat Aufsehen erregt.

Ein ebensolches Risiko ging unlängst Alain Delon ein. Er finanzierte den Antikriegsfilm „Der Feldscher“ (Regie: Pierre Granier-Deferre). Dieser handelt von einem neuen Krieg, und es ist absichtlich nicht gesagt, wer ihn führt und wo-

für. Er soll davor warnen, was für Schrecken neue Erfindungen mit sich bringen können, wenn sie unverantwortlichen Leuten in die Hände geraten. Ein derartiges Thema hätte man Delon kaum zugetraut. Er galt ja bis vor kurzem als Producer und Darsteller, dem es um den reinen Kassenerfolg zu tun ist.

Das genaue Gegenteil zu dieser ersten und manchmal sogar opferwilligen Einstellung ist die der Hersteller von Pornofilmen. Diese Leute haben überhaupt keine Prinzipien. Ihre Machwerke entsprechen dem niedrigsten Geschmacksniveau und bringen, da ihre Herstellung nicht viel kostet, klotziges Geld ein. Damit erklärt sich weitgehend auch der Umfang dieser Produktion. Von den 269 Streifen, die 1978 in den Verleih kamen, waren 166 Pornofilme!

Das Filmgeschäft

Dieses produziert wie am laufenden Band und greift um des Kassenerfolgs willen auch aktuelle, ja akute Fragen auf. Meistens verwässert es sie aber und desorientiert das Publikum. Es kommt allerdings auch vor, daß die Hersteller Fragen zu beantworten suchen, die das Leben mit sich bringt. Eine solche Ausnahme war Jacques Derays Film „Ein Schmetterling auf der Schulter“.

Das Thema ist die Schutzlosigkeit

Szenenbild aus dem Film „Ein Schmetterling auf der Schulter“ (Hauptdarsteller: Lino Ventura)

In dem Film „Das Auge des Herrn“ wirkten viele bekannte Schauspieler mit



Patrick Dewaere in dem Film „Der Kopfstoß“ („Unvernunft“)

von Menschen in der westlichen Gesellschaft. Der Held (ihn spielt Lino Ventura) wohnt im Hotel und öffnet einmal aus Versehen statt der eigenen Tür die Tür nebenan. Er sieht auf dem Fußboden eine Leiche liegen, bekommt im selben Augenblick einen Schlag auf den Kopf und verliert das Bewußtsein. Später glaubt ihm das niemand. Da entschließt er sich, der Sache selbst nachzugehen, obwohl er weiß, daß er sich dadurch jemandes Ungnade zuzieht. Der Film sagt aus, daß ein Menschenleben „unter gewissen Umständen“ nichts wert ist.

Ähnlich ist das Thema in Claude d'Annas Streifen „Die Ordnung und Sicherheit der Welt“. Die Zentralgestalt, eine Frau, muß sterben, weil sie einigen Mammutfirmen „zuviel weiß“. Es wird geschildert, wie sie sich an den Naturschätzen junger Staaten Afrikas bereichern. Der Regisseur selbst erklärt den Sinn seines Films folgendermaßen: „Je mehr der Imperialismus weichen muß, desto gewalttätiger wird er. Er raubt, mordet, hungert Menschen aus.“

Das Filmgeschäft hat auch noch andere nicht uninteressante Streifen herausgebracht, z. B. Ariane Mnouchkines „Molière“, Frank Cassentis und Eric Rohmers Filme nach Dichtungen aus dem 12. Jahrhundert — dem „Rolandslied“ und dem „Parsival“ — und eine kürzlich erschienene Filmvariante von Molières „Geizigem“ mit Louis de Funès in der Titelrolle.

Meistens bemühen sich die Leute vom Filmgeschäft aber gar nicht,



ihren Machwerken einen soliden Anstrich zu geben, und verhehlen nicht, daß es ihnen um den Zulauf geht. Dafür sind ihnen alle Mittel recht. Nehmen wir z. B. Michael Langs „Strandhotel“. Die Gestalten haben nichts anderes im Sinn, als einen Gespielen wenigstens für ein paar Stunden zu finden. Früher einmal debütierte Lang mit einem feinen Film nach der Erzählung „Ein Mädchen mit weißen Heftfäden“ von Claire Gallois. Schon sein zweiter Streifen, „Hierher, kleine Engländerinnen!“, stimmte die Kritik mit seinen banalen Gags mißtrauisch. Die Hauptsache wurde damit aber erreicht: Der Film lockte das junge Publikum an. Lang hatte den Erfolgstrick heraus und ist heute ein Regisseur ausgesprochener Kassenschlager.

Von diesen sticht zweifellos Jean-Jacques Annauds „Kopfstoß“ („Unvernunft“) ab. Dieser Komödienfilm handelt von einem jungen Arbeiter, der auf eine falsche Beschuldigung hin eingesperrt wird. Die tragikomischen Situationen machen das Publikum nicht nur mit einem sympathischen Filmhelden bekannt (den Patrick Dewaere spielt), sie geben auch ein recht objektives Sittenbild von der französischen Provinz. Das Bemerkenswerteste aber ist, daß die Zentralgestalt ein Arbeiter war, was beim französischen Filmgeschäft nicht oft vorkommt.

Von dessen Produktionen machen die Krimis einen hohen Prozentsatz aus. Höchste Erlöse brachte unlängst Georges Lautners „Spitzel oder Gangster“ mit Jean-Paul Belmondo. Das ist die Geschichte von einem Polizisten, der sich in der Unterwelt einschleicht, um sie hochgehen zu lassen. Für Belmondo ist es in letzter Zeit typisch, daß er wie hier zwei verschiedene Rollen spielt. Der Gedanke, daß die Polizei nichts gegen die immer unverschämter werden Verbrecher ausrichten kann, geht aber sehr bald in schlüpfrigen Szenen unter.

Kämpfender Film

In der Welt des freien Unternehmertums hat die fortschrittliche Filmproduktion keinen leichten Stand. Ihre Bahnbrecher lassen sich aber nicht entmutigen. Ihnen verdankt eine neue Richtung ihr Entstehen, die der Eingreiffilm genannt wird. Manche dieser Streifen brechen sich sogar in den großen Verleih Bahn, z. B. Patrick Poidevins „Gemeinsames Gedächtnis“ und René Richons „Barrikade auf dem Montmartre“. Beide Filme handeln von der Pariser Kommune, die das bürgerliche Filmgeschäft nicht son-

derlich interessiert, Poidevins Film wird in der „Humanité“ eine dokumentarische Betrachtung über die Erfahrungen der Kommune und über ihre Beisteuer zur revolutionären Arbeiterbewegung genannt. Richon hat seinen Spielfilm mit ungeheuren Anstrengungen für karge Mittel hergestellt. Es ist die Geschichte von der letzten Barrikade auf dem Montmartre. Die Verflechtung verschiedener Kunstgenres, z. B. der Malerei — ein Filmheld ist Maler, und seine Bilder leben im Film auf — und des Musicals, machen die Gestalten koloritvoll und heben ihre lebensbejahende Kraft hervor. Bemerkenswert ist, daß in diesem Film, der keine Einnahmen versprach, viele französische Filmstars, z. B. Danièle Delorme, Jean-Luc Bideau, Raymond Bussière und Philippe Noiret, Rollen übernahmen.

Der kämpfende Film schildert nicht selten, wie der Kapitalismus die Menschenrechte mit Füßen tritt. So z. B. „Bako, das andere Ufer“ von Jacques Champreux. Bako ist ein Wort aus der Sprache einer Völkerschaft Afrikas und bedeutet „das andere Ufer“. Bei den Auswanderern von der Völkerschaft der Bambara ist es gleichbedeutend mit Frankreich. Um seine Angehörigen nicht verhungern zu lassen, geht Boubacar Sako, der Filmheld, heimlich auf Arbeit nach Frankreich, heimlich, weil er keinen Reisepaß bekäme. In Dakar trifft er Lamine, einen Freund aus Guinea, und sie reisen zusammen weiter: aus Segenal nach Mauritanien, dann über die Kanarischen Inseln nach Barcelona. Mit viel Mühe erreicht Boubacar Paris. Er war 15 Monate unterwegs und erreicht Paris, nur um hier erschöpft zusammenzubrechen und zu sterben.

Die Heldin des Films „Zum anderen Ufer“ von Jérôme Kanapa, Dorothee Bancel, kommt aus Martinique nach Paris, und nicht allein: mit ihren Kindern und ihrer Schwester. Sie alle bekommen ständig die Feindseligkeit der Spießer zu fühlen. C. Gros-Dubois erzählt in seinem Film „O Madiana“ die Geschichte eines Mannes von den Antillen, dem es in Paris ebenso ergeht wie den Gestalten des Films „Zum anderen Ufer“.

Zu dieser Art Filmen kann man auch den mutigen Streifen „Die Frage“ von Laurent Heynemann nach dem sehr bekannten Buch des Kommunisten Henri Alleg „Hochnotpeinliches Verhör“ über den tapferen Kampf der Patrioten Algeriens gegen die französischen Kolonisatoren zählen.

Die aktivistische Sparte des kämpfenden Films sind allerlei professionelle und halbprofessionelle Gruppen,

die Filme für Klubs, Kundgebungen und Versammlungen machen. Manche ihrer Filme kamen auch in den Verleih. Das geschah mit zwei Streifen von Filmleuten aus Saint-Nazaire unter René Votier. Sie hießen „Mit 20 in Aurès“ und „Die Irre aus Toujane“ und hatten den Kampf gegen den Kolonialismus in Afrika zum Thema.

Als zum kämpfenden Film gehörig betrachten sich verschieden eingestellte Vereinigungen. Es gibt kommunistische, sozialistische und andere. Eine Bauerngruppe hat im Rahmen der Vereinigung Front paysan mehrere Filme gedreht. Alle diese Gruppen haben es sehr schwer, sie arbeiten nur aus Liebe zur Sache und packen meistens heiße Eisen an.

Im Mai 1968 entstanden, als beispieldose Streiks über Frankreich hinweggingen, schildert der Eingreiffilm, wie er auch genannt wird, den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Rechte. Viele Filme handeln von den Streiks in den Betrieben von Lip in Besançon, z. B. „Lip 73—74: Das Gefühl der Zusammengehörigkeit“. Ein reger Teilnehmer dieser Richtung, Serge Poljinski, hat unlängst gemeinsam mit Sandra Zadeh einen Streifen über die Lage der Frau, „Das wirkliche Recht“, inszeniert. Das ist ein Spielfilm mit eingebauten Interviews, die, der „Humanité“ zufolge, das Interessanteste daran sind. Ein außerordentlich ernstes Thema hat der Film „Das Auge des Herrn“, den die Gruppe Les films du Sabre unter Stéphane Kurcs Regie herausgebracht hat. Da wird enthüllt, wie es in der bürgerlichen Fernsehjournalistik zugeht. Um die Hersteller zu unterstützen, haben auch hier wie in der „Barrikade auf dem Montmartre“ viele bekannte Schauspieler — Daniel Gélin, Michel Aumont, Marina Vlady, Jean-Claude Brialy u. a. — mitgewirkt.

Das sind wohl die wichtigsten Tendenzen der französischen Filmproduktion. Alles in einem Artikel zu erfassen, ist natürlich schwierig, aber eins kann man mit Gewißheit sagen: Beim französischen Film sind viele talentierte Künstler tätig, die sich Gedanken über die wichtigsten Fragen der Allgemeinheit machen und in ihren Werken auf diese Fragen eingehen. Infolge der wirtschaftlichen und ideellen Krise des französischen Films haben sie es nicht leicht. Sie schwimmen aber dennoch gegen den Strom, und das läßt hoffen.

Das Abkommen von Camp David ist unvollkommen, aber nach über 30 Jahren Krieg und Feindschaft der erste reale Schritt zum Frieden im Nahen Osten. Weshalb schließt sich die UdSSR selbst von dem eingeleiteten Prozeß aus?

M. Abd al-Raouf
London



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Gennadi
KOBJAKOW

Die Sowjetunion weiß sehr wohl, daß die Völker des Nahen Ostens endlich Frieden wollen. Aber ist es ihnen denn gleichgültig, was das für ein Frieden ist und welcher Preis dafür gezahlt wird?

Konkret im Nahen Osten ist die Gewährleistung des legitimen Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung bis hin zur Bildung eines eigenen Staates das Unterpfand für gerechten und daher dauerhaften Frieden. Gab es die Voraussetzungen dafür? Gewiß. Denken wir an die Genser Nahostkonferenz, bei der die Sowjetunion und die USA Kopräsidenten waren. Denken wir auch an die sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 1. Oktober 1977, in der ganz unmißverständlich gesagt wird: Die Regelung muß umfassend sein, alle interessierten Seiten berücksichtigen und dem palästinensischen Volk seine legitimen Rechte sichern.

Leider ist das aus mehreren Gründen nicht realisiert worden. Da ist erstens der unverhohlene Expansionismus Israels, das den Ostteil von Jerusalem annektiert hat und weiter in den okkupierten arabischen Gebieten Siedlungen baut. Nicht nur, daß Israel die PLO nicht als einzigen bevollmächtigten Vertreter der palästinensischen Araber anerkennt, es leugnet auch, daß es überhaupt ein arabisches Volk von Palästina gibt.

Zweitens steht Washingtons Politik der Lösung des Nahostproblems im Wege. Unter dem Druck Israels und der zionistischen Lobby hat das Weiße Haus die Abmachung mit der UdSSR verworfen. Es hat erklärt, es erkenne die PLO nicht an und werde einen unabhängigen palästinensischen Staat

nicht zulassen. Verhängnisvoll war auch Ägyptens Abgehen von der arabischen Solidarität. Kairo hat Separat-Abmachungen mit Israel unter der Schirmherrschaft der USA vorgezogen. Um ihres Wohlwollens willen hat es nicht nur die Zusammenarbeit mit der UdSSR aufgegeben, sondern sich auch in vielen Fragen feindlich zu ihr gestellt. Deshalb sollte man nicht von einem „Selbstausschluß“ der UdSSR sprechen, sondern sagen, die USA haben bewußt versucht, unser Land von der Lösung der Nahostprobleme fernzuhalten, denn sie kennen die Konsequenz der Sowjetunion in diesen Dingen.

So kam das Abkommen von Camp David zustande, das den Interessen gerechten Friedens im Nahen Osten radikal zuwiderläuft. Solchen Abkommen will die Sowjetunion nicht beitreten. „Camp-David-Frieden“ ist Befriedung des Aggressors, der Versuch, den israelischen Expansionismus juristisch zu verankern.

Naturngemäß wurde Camp David praktisch von allen arabischen Völkern verurteilt. Die Palästinenser sind strikt gegen das Abkommen. Deshalb sind trotz teilweiser Erfüllung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages die Verhandlungen über eine unzulängliche „Autonomie“ für die palästinensische Bevölkerung in die Sackgasse geraten. Die PLO gewinnt in der Welt weiter an Ansehen. Der Beweis: Österreich hat

die PLO offiziell anerkannt, Indien die PLO-Mission in Delhi zur diplomatischen Vertretung erhoben, in der UNO wird die gerechte Sache der Palästinenser unterstützt.

Tel Aviv aber setzt die Aggressionshandlungen gegen Libanon fort, schürt die Spannung an der syrischen Grenze und treibt den Bau israelischer Siedlungen im okkupierten Westjordanland voran. In Frage gestellt ist auch die für 1982 geplante Räumung eines Drittels von Sinai. Schließlich geht das Wetrüsten in der Region unter Regie von Israel und Ägypten nicht etwa zurück, sondern voran. Das hat mit „Friedensvertrag“ nichts zu tun, eher mit einem trilateralen Kriegspakt Kairo—Tel Aviv—Washington.

Wir sind nicht für das maximalistische Prinzip „alles oder nichts“. Aber die Partner von Camp David, die dieser Tage in Washington versucht haben, die ägyptisch-israelischen Verhandlungen aus der Sackgasse zu holen, mögen es noch so schlau anstellen, sie können nicht verhehlen, daß es zu einem wirklich gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden im Nahen Osten nur kommen kann, wenn sich die israelischen Truppen an die Grenze von 1967 zurückziehen, die Palästinenser das Recht auf Gründung eines eigenen Staates erhalten und die Sicherheit aller Staaten der Region, auch Israels, international garantiert ist. Das ist jüngst nur noch offensichtlicher geworden.



Sagen Sie bitte etwas zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns und Brasilien.

W. MASLOW
Kurgan, UdSSR

Brasilien gehört zu den größten Handelspartnern der Sowjetunion in Lateinamerika. In jüngster Zeit entwickeln sich unsere Wirtschaftsbeziehungen besonders reg. 1979 hatten wir einen Warenaustausch von 179,9 Mio Rubel.

Brasilien liefert der UdSSR traditionelle Exportgüter wie Kakao, Soja, Mais, Textilien und Schuhe. Im sowjetischen Export nehmen Werkzeugmaschinen und Anlagen großen Raum ein. Unser Land hat den Bau des Wasser-

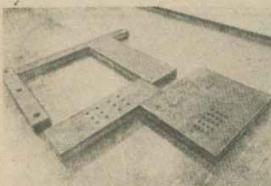
kraftwerkes Capivara technisch unterstützt. Für Sobradinho, das jetzt errichtet wird, liefern wir einen Teil der Anlagen.

Brasiliens Regierung wehrt sich gegen Washingtons Versuche, sie zur Mithilfe bei Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion zu nötigen. In einer Botschaft an den Nationalkongreß äußerte Präsident João Figueiredo unlängst Interesse am Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Eine etwas längliche Vorstellung

„Bei uns macht ein Häufchen Amateure die Außenpolitik“ und „Die Regierung Carter hat keine Ahnung, wie man Außenpolitik betreibt“, und deshalb „können wir uns nicht noch eine Amateurvorstellung leisten, die vier Jahre dauert“. Ähnliches hört man in den USA ziemlich oft, aber diese Äußerungen stammen von einem Berufsdiplomaten, der auf eine 12jährige Amtszeit zurückblickt. Er heißt Thomas Hutson und war die letzten anderthalb Jahre amerikanischer Konsul in Moskau. Er sagte das, als er nach Omaha (Nebraska), wo er beheimatet ist, auf Urlaub kam. Sofort reichte er beim Staatsdepartement schriftlich seinen Rücktritt ein.

Ein Kunstquiz



In Ottawa kann sich das werte Publikum an einem Kunstwerk eigener Art von einem gewissen David Rabinowitch erbauen. Es besteht aus fünf rostigen flachen Metallstücken, in die Reihen von Löchern gebohrt sind. Die Rezension im „Globe and Mail“ war in Fragen und Antworten gehalten. Hier einige von ihnen: Wozu hingehen und sich das „Werk“ ansehen, wo der Künstler doch keinen Handschlag daran getan hat? Es lohnt nicht hinzugehen, denn die Me-

talstücke sind nur Abfälle von einem Brückenbau. Welch tieferen Sinn hat das „Werk“? Keinen tiefen, sondern einen schweren — es wiegt 2500 kg. Und was stellt es dar? Nichts.

Wenn das nicht zieht!



Die Schweizer verlieren die Lust zu den zahlreichen Volksbefragungen, die dort veranstaltet werden. Voll Besorgnis darüber hat die Bundesregierung den Kantonbehörden Gegenmaßnahmen nahegelegt: eine Plakataktion, möglichst bequeme Zeiten für die Stimmabgabe, gemeinverständliche Gesetzesvorlagen usw. Die Gemeinde Cully glaubt, mehr tun zu müssen, sie gibt jedem Bürger eine Zählkarte auf ein Jahr. Darauf wird bei jeder Teilnahme an einer Abstimmung ein Vermerk gemacht. Bei 13 Vermerken bekommt man von dem erstklassigen Weißwein „Le Réserve des Conseillers“ 18 Flaschen zum rein symbolischen Preis von 6,50 Franc; der zweite Preis sind 6 Flaschen. Wer nur dreimal oder noch weniger zu den Urnen schreitet, geht leer aus.

Scotland Yard rächt sich

Wieder haben die Londoner Scotland Yard zur Zielscheibe ihres Spotts ge-

macht. In der Presse erschien eine lange Liste von Organisationen und Personen, die die Beamten als verdächtig im Auge behalten sollen. Da stehen neben Berufsverbrechern: die Presseagentur Fleet Street News (die mehrmals die Korruption von Polizisten brandmarkte), ein Arzt und ein Rechtsanwalt (die Anzeigen wegen gesetzwidrigen Vorgehens der Polizei mit Gutachten unterstützen), Dick Lee, ein ehemaliger Kriminaloberinspektor (der unlängst ein Buch über Korruption bei Scotland Yard herausgegeben hat).

Pfiffiger als Lockheed

Noch ein US-Konzern, der, um seinen Vertrieb zu fördern, ausländische Amtspersonen bestochen hat, ist straflos ausgegangen: der Flugzeugbaukonzern Grumman, ein Hauptlieferant des Pentagons. Laut „Newsday“ hat er „nützlichen Leuten“ in Saudi-Arabien, Marokko, Malaysia und anderen Ländern 7,5 Mio Dollar „geschenkt“. Eine Untersuchung hat das bestätigt, die Sache kam aber nicht vor Gericht, weil die CIA dagegen war — es hätten ja Tatsachen ans Licht kommen können, die im Staatsinteresse besser im Dunkeln bleiben.

Im Jenseits weitersitzen?

Der Ägypter Muhammed al-Khadidi war in Kuwait als Lehrer tätig und brachte es fertig, sich Ersparnisse seiner dort arbeitenden Landsleute anzueignen und auf sein Konto nach Kairo zu überweisen. In den letzten anderthalb Jahren waren es 2 Mio Dollar. In Kuwait bekommt man für jede einzelne Gaunerei 7 Jahre. Nach diesem Gesetz mußte Khadidi 1351 Jahre sitzen.

Sie konnte noch von Glück sagen

Mrs. Penelope Arno, die Frau eines in Saudi-Arabien tätigen britischen Chirurgen, wurde vor kurzem zu 80 Peitschenhieben verurteilt, weil sie auf einer Party die Gäste mit harten Getränken bewirtet hatte. Ihr Mann mußte deshalb ins Gefängnis.

Rekorde



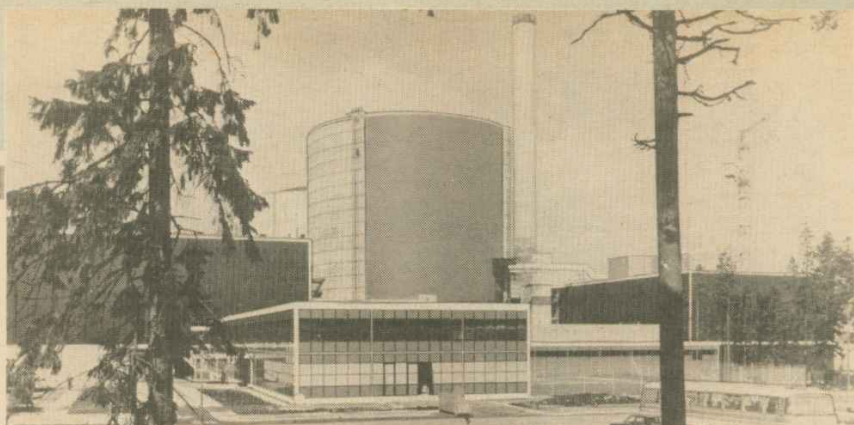
Der Geologiestudent Rip Howell von der Universität in Lafayette (USA) wollte unbedingt berühmt werden, aber Vorkommen von Bodenschätzen findet man nicht alle Tage. Er setzte sich in eine Badewanne voll Ketchup, entstieg ihr nach 17,5 Stunden und meldete einen Weltrekord im „Ketchupsitzen“ an.

Was darf es sein?



In Paris ist ein neues Kochbuch mit 120 Rezepten erschienen. Da gibt es Fleischpasteten, die man in der Backröhre garschmoren, Blutwurst, die man in Alufolie dünsten soll, zum Nachtisch Maroni oder Quarkgebäck mit Vanillezucker usw. Uns bleibt nur noch übrig, für Interessenten den Titel des Buches anzugeben. Es heißt: „Die neue Küche für den vierbeinigen Liebling“.

Zeichnungen:
V. Trintschenko



V/O Atomenergoexport leistet ausländischen Kunden beim Bau von Atomkraftwerken, Kernanlagen und -forschungszentren (einschließlich der notwendigen Apparaturen), von Entsalzungsanlagen für See- und Salzwasser technische Hilfe, besorgt den Ex- und Import von Atomenergie- und Spezialanlagen, Baustoffen, Anlagen und Geräten, u. a. für physikalische Forschungen und zur Lösung praktischer Aufgaben der Kernphysik.

V/O Atomenergoexport liefert Atomenergie- und Spezialanlagen, die den höchsten modernen Anforderungen gerecht werden und eine wirtschaftliche und störungsfreie Arbeit der Stationen und Anlagen unter allen klimatischen und geologischen Bedingungen gewährleisten.

Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit der gelieferten Anlagen werden garantiert.

V/O Atomenergoexport

- führt Arbeiten zur Auswahl des Baugeländes aus;
- übernimmt Projektierungsarbeiten, leistet Engineering Service, führt Projektierungs- und Schürfaufträge sowie Versuchsarbeiten auf Wunsch des Kunden aus;
- liefert Grund-, Hilfs-, Bau- und Montage- sowie Spezialanlagen;
- übernimmt Montage und Inbetriebnahme;
- versorgt Atomkraftwerke mit atomarem Brennstoff;
- stellt Bau- und Montagefacharbeiter bis zur Inbetriebnahme;
- übernimmt die Ausbildung von Spezialisten in der UdSSR wie im Land des Kunden.

In Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen managt V/O Atomenergoexport den Bau von Objekten der Kernenergiewirtschaft in Drittländern.

ATOMENERGOEXPORT

In allen Fragen des Baus von Objekten der Kernenergiewirtschaft und von Spezialanlagen, des Ex- und des Imports von Anlagen und Baustoffen, der technischen und anderer Serviceleistungen wenden Sie sich bitte an

**V O Atomenergoexport, UdSSR, Moskau, 113324,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1**

Telegrammadresse: Moskau Atomenergoexport
Ruf: 220-14-36, 231-80-34
Tele x: 7597



Im Objektiv: VENEZUELA

Dieses Land, früher eine spanische Kolonie, errang 1821 die Unabhängigkeit. Seine Geschichte kennt viele Bürgerkriege, Palastrevolutionen, Machtkämpfe reaktionärer Cliquen und blutige Diktaturen. Seit 1958, als der Diktator Pérez Jiménez, eine Kreatur Washingtons, gestürzt

Moderne Gebäude neben Hütten, in denen ein Drittel der Einwohnerschaft von Caracas, der Landeshauptstadt, haust

wurde, besteht in Venezuela eine bürgerliche Demokratie.

Venezuela ist sehr reich an hochprozentigem Eisenerz, an Steinkohle, Gold, Diamanten, Nickel und Uran. Sein größter Reichtum aber ist das Erdöl. Mit seinen Vorkommen, seiner Förderung und seinem Export nimmt die Republik den ersten Platz in Lateinamerika ein, und deshalb ist sie eins der höchstentwickelten dortigen Länder geworden. Für die Landwirtschaft sind die Naturverhältnisse äußerst günstig.

Bis vor kurzem waren alle Wirtschaftszweige unumschränkt von ausländischen größtenteils nordamerikanischen Monopolen beherrscht. Seit zehn Jahren macht sich die Republik aber allmählich von der Übermacht des Auslandskapitals frei. Die Erzminen und die Erdölindustrie sind verstaatlicht worden. Immer energischer kämpfen die Venezolaner um wirkliche wirtschaftliche Unabhängigkeit.



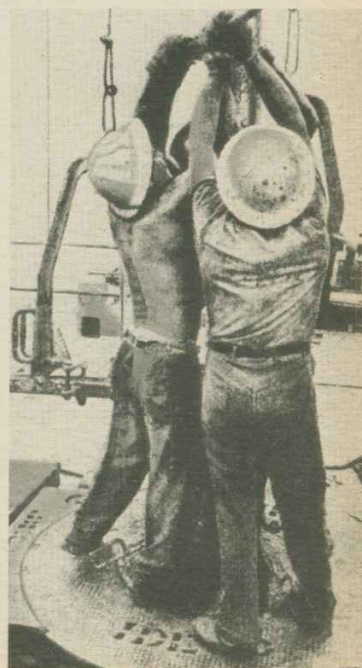
In Caracas wickelt sich der Verkehr mehrstöckig ab

TASS-Fotos



Glasbläser

Arbeiter auf einem Bohrfurm



Das Geburtshaus des Nationalhelden Simón Bolívar, der in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts den Kampf für die Befreiung Venezuelas und anderer lateinamerikanischer Länder von der Spanierherrschaft anführte



Arbeitslose in einem Elendsviertel

